

## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 25. Sitzung des Rates findet am

**Mittwoch, 06.09.2023, 16:00 Uhr,**

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

---

### **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1.      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2023
2.      Fragestunde
3.      Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
  - 3.1      Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche
  - 3.2      Einführung eines Migrations-Dashboards
  - 3.3      Selfie-Pionts
  - 3.4      Stellplätze für Fahrräder im Parkhaus Morleystraße
  - 3.5      Barrierefreie Veranstaltungen
  - 3.6      Sachstand Schülerticket als Deutschlandticket
4.      Parkraumbewirtschaftung;  
3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
5.      Parkraumbewirtschaftung Siegerlandhalle
6.      Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet
7.      Nutzungsvereinbarung Musikpavillon
8.      Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2023
9.      Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2022 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW
10.     Haushalt 2022  
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2023

11. Bericht über den Haushaltsvollzug 2023
12. Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW
13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung KVP Schleifmühlchen
14. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien - Stellungnahme der Stadt Siegen
15. Quartiersmanagement Geisweid
16. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)  
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen
17. Namentliche Besetzung des Haupt- und Finanzausschuss und der Fachausschüsse
18. Nachbesetzung in sonstigen Gremien

## **B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2023
2. Personalangelegenheit
3. Abschluss eines Vertrages zur Durchführung der Preisträgerausstellung zur 9. Verleihung des Förderpreises zum Rubenspreis der Stadt Siegen mit der Museum für Gegenwartskunst Siegen gGmbH
4. Aufwandsentschädigung für den Sprecher/die Sprecherin der Freiwilligen Feuerwehr und seine/ihre Stellvertreter/Stellvertreterinnen
5. Genehmigung von Verträgen mit Stadtverordneten, Ausschussmitgliedern und den Geschäftsbereichsleitungen
6. Verschiedenes
7. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

Siegen, 24.08.2023

Steffen Mues  
Bürgermeister

## Nachtragsbekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 25. Sitzung des Rates findet am

**Mittwoch, 06.09.2023, 16:00 Uhr,**

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

---

### **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

19.      Bebauungsplan Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" im Stadtteil Siegen  
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
- Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
20.      Erlass einer Satzung der Universitätsstadt Siegen über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet „Untere Kampenstraße“ in Siegen-Mitte
21.      "Europa fängt in der Kommune an" - Projektteilnahme der Stadt Siegen

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 01.09.2023

Steffen Mues  
Bürgermeister

## Nachtragsbekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 25. Sitzung des Rates findet am

**Mittwoch, 06.09.2023, 16:00 Uhr,**

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

---

### **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

zu TOP 3.6      Einführung des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler

22.              Ersatzneubau Hallenbad Weidenau mit Mitteln aus dem Bundesprogramm  
"Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und  
Kultur"  
- Durchführungsbeschluss -

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter  
[www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 04.09.2023

Steffen Mues  
Bürgermeister



## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 25. Sitzung des Rates**

vom:            **06.09.2023**

von:            **16:00 Uhr**

bis:            **17:23 Uhr**

Ort:            **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

### **Anwesend waren:**

#### Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen  
Stv Becker, Melanie  
Stv Bell, Achim  
Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie  
Stv Bleckmann, Lisa  
Stv Böcking, Verena  
Stv Boller, Joachim  
Stv Christian, Thomas  
Stv Cziba, Ansgar  
Stv Dil, Yilmaz  
Stv Dylong, Barbara  
Stv Eberlein, Birgit  
Stv Eckhardt, Klaus  
Stv Englert, Franz  
Stv Grimm, Benjamin  
Stv Grisse, Robert  
Stv Groß, Michael  
Stv Hähner, André  
Stv Harnacke, Maik  
Stv Heilmann, Martin  
Stv Helm, Martin

Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Hof, Felix  
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah  
1. stellv. BM Jung, Angela  
2. stellv. BM Kamieth, Jens  
Stv Keßler, Silvia  
Stv Klein, Henning  
Stv Klein, Marc  
Stv Köckritz, Anja Alexandra  
Stv Könen, Wolfgang Max  
Stv König, Svenja  
Stv Kraft, Florian  
Stv Krumm, Heike  
Stv Lorenz, Reiner  
Stv Mäckeler, Bernd  
Stv Molzberger, Adhemar  
Stv Nüchtern, Markus  
Stv Patt, Alexander  
Stv Pfeifer, Joachim  
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth  
Stv Reifenrath, Frank  
Stv Rompf, Jürgen  
Stv Rompf-Selimi, Nazlije  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiltz, Ingmar  
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin  
Stv Schneider, Rainer  
Stv Schneider, Silke  
Stv Schoew, Torsten  
Stv Schulz, Kenny  
Stv Schwarz, Sibylle  
Stv Schwarzer, Michael  
Stv Shirley, Julia  
AM Simon, Ursula  
Stv Six, Annette  
Stv Sondermann, Christian Paul  
Stv Stahl, Peter H.  
Stv Steffe, Roland  
Stv Stinner, Jürgen  
Stv Thimm, Heiko  
Stv Tigges, Johannes  
Stv Wagener, Tanja  
Stv Walter, Klaus Volker  
Stv Weber, Frank  
Stv Dr. Zybill, Christian

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

VA Steffens                                  Personalrat

Von der Verwaltung:

StK Cavelius

StBR Schumann

Dezernent Schmidt

Städt. VD Werthenbach                  Persönlicher Referent

VA Helmes                                  Abt.-L. 1/1

Städt. OVR Runge                          Abt.-L. 1/2

VA Dr. Schutz                              Leiterin Medien und Öffentlichkeitsarbeit

VA Schneider                              Personalrat

StARin Münker                              Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Lechthaler, Tim

Stv Schulz, Jürgen

Stv Steuber, Hartmut

Stv Wittenburg, Samuel

**A.            ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 19 bis 21 ergänzt.

**1.            Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2023**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**25. Rat 06.09.2023**

**2.            Fragestunde**

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

**25. Rat 06.09.2023**

### **3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

#### **3.1 Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche - Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong**

Vorlage Nr. AT 275/2023

Da der Antrag bereits in den Fachausschüssen abgelehnt wurde wird dem Thema Klimaschutz offenbar keine große Bedeutung beigemessen, so Herr Steffe. Er zieht den Antrag zurück.

**25. Rat 06.09.2023**

#### **3.2 Einführung eines Migrations-Dashboards Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong**

Vorlage Nr. AT 276/2023

Die Unterbringung von Geflüchteten und die Finanzierung bringt die Kommunen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Die Antragsteller sind daher der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf Information und Transparenz haben, so Herr Steffe.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt:

- 1) Die Verwaltung der Stadt Siegen veröffentlicht monatlich ein aktuelles Migrations-Dashboard, welches (vergleichbar mit den Corona-Zahlen) das aktuelle Migrations-Geschehen in der Stadt Siegen erfasst.
- 2) Veröffentlichungsort ist die Homepage der Stadt Siegen ([www.siegen.de](http://www.siegen.de)).
- 3) Im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren wurde am 25.01.2023, sowie am 15.03.2023 eine Präsentation zur Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern in der Stadt Siegen vorgestellt.

Diese Zahlen werden nicht nur den Mitgliedern des Ausschusses und des Rates präsentiert, sondern auch den Bürgern der Stadt Siegen die ein Recht darauf haben zu erfahren, wie sich die aktuelle Flüchtlingssituation innerhalb ihrer Kommune, der Stadt Siegen, darstellt. |

Zusätzlich bzw. ergänzend zu den in der Präsentation dargestellten Zahlen listet das Migrations-Dashboard daher detailliert auf:

- Zahl gemeldeter Asylneuzuweisungen
- Zahl der in der Stadt lebenden anerkannten Asylbewerber
- Anzahl der in der Stadt lebenden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Anzahl ausreisepflichtiger Personen

- Anzahl der ausreisepflichtigen Personen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde (Geduldete)
- Anzahl erfolgter Rückführungen
- Anzahl ukrainischer Kriegsflüchtlinge

**Beratungsergebnis: 3 Stimmen dafür, 64 dagegen, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

### **3.3 Selfie-Pionts** **Antrag der UWG-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 277/2023

Ergänzend zum Antrag regt Frau Schmidt an, eine Hinweistafel mit „#“ zu entwickeln, worauf zusätzliche Informationen zu den jeweiligen Standorten erhältlich sind.

Herr Schiltz spricht sich dafür aus, den Auftrag direkt an die Gesellschaft für Stadtmarketing zu erteilen. Auch eine Kooperation mit der Universität – Fachbereich Kunst – sieht er als sinnvoll an.

Herr Bell befürwortet aus Sicht der Antragsteller die Hinweise.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung ermittelt attraktive Orte im Stadtbereich einschließlich der Außenbereiche für Selfie-Points und stellt diese zur Beratung im Kulturausschuss sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften vor. Des Weiteren führt die Verwaltung Gespräche mit der Stadtmarketing Siegen GmbH um zu klären, ob die Kosten für die Installation von Selfie-Points und die weitere Unterhaltung und Vermarktung von der Stadtmarketing Siegen GmbH übernommen werden kann. Auch weitere Sponsoren aus dem Handel wären vorstellbar.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen (AfD-Team Dylong)**

**25. Rat 06.09.2023**

### **3.4 Stellplätze für Fahrräder im Parkhaus Morleystraße**

Vorlage Nr. AT 282/2023

Im Verlauf der Diskussion zwischen Frau Jung, Herrn Boller und Herrn Groß für die Antragsteller, Herrn H. Klein, Herrn Weber, Frau Schneider, Herrn Könen, Herrn Bell, Herrn Nüchtern und Herrn Schiltz für ihre Fraktionen sowie Herrn Cavelius für die KEG als Eigentümerin des Parkhauses werden Anregungen und Hinweise gegeben, die in den nachstehenden Beschluss (*kursiv markiert*) einfließen.

Die Zielrichtung des Antrages insgesamt, mehr überdachte Abstellplätze für Fahrräder zu schaffen, ist unbestritten.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob/wie im Parkhaus Morleystraße (*vorrangig*) bzw. in anderen städtischen Parkhäusern Parkplätze für PKW in eine Parkvorrichtung für Fahrräder umgewandelt werden können.

*Alternativ soll die Anlegung von überdachten ebenerdigen Fahrradabstellflächen untersucht werden.*

Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die Parkanlage wird vom PKW-Parkraum abgetrennt und erhält möglichst einen eigenen Zugang.
- Die Anlage bleibt 24 Stunden an allen Tagen geöffnet.
- Die Fahrradabstellflächen erhalten eine Videoüberwachung.
- Zur besonderen Förderung des Fahrradverkehrs werden keine (*wenn möglich*) oder nur geringe Parkgebühren erhoben.
- Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und Fahrradanhänger sind zu berücksichtigen.

*Die Ergebnisse werden dem Arbeitskreis „Fuß- und Radverkehr“ so rechtzeitig vorgelegt, dass eventuell erforderliche Investitionen im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2024 besprochen werden können.*

Der Rat der Stadt Siegen erteilt eine entsprechende Weisung zur Umsetzung an die Mitglieder des Aufsichtsrates der KEG.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

### **3.5      Barrierefreie Veranstaltungen**

Vorlage Nr. AT 283/2023

Der Vorschlag des Inklusionsbeirates wird von allen Fraktionen begrüßt und ein systematisches Konzept für sinnvoll erachtet.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dass ein umfassendes Konzept zur Durchführung barrierefreier öffentlicher Veranstaltungen erstellt wird, in dem die Teilhabe aller Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen berücksichtigt wird.

Dabei sollen die im Antrag detailliert aufgeführten Punkte zu

- Mobilität
- Sinnesbeeinträchtigungen (Gehörlosigkeit / Blindheit)
- Einfache Sprache
- Vorankündigungen
- Interaktionsmöglichkeiten
- Schulungen und Sensibilisierung

Berücksichtigung finden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

### **3.6 Sachstand Schülerticket als Deutschlandticket Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 285/2023

#### **zu TOP 3.6 Einführung des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler**

Vorlage Nr. VL 1499/2023

Herr Schmidt nimmt verwaltungsseitig umfassend Stellung zur Position der Stadt Siegen, möglichst bald allen Schülerinnen und Schülern die Nutzung des Deutschlandtickets zu ermöglichen.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, sich unter heute bekannten und geltenden Rahmenbedingungen an einem kreisweit und regional abgestimmten Modell gem. Runderlass des Landes Nordrhein-Westfalen vom 02.06.2023 zur Ausgabe eines preisreduzierten Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler, die bisher keinen Anspruch auf Fahrkostenübernahme nach der Schülerfahrkostenverordnung (SchfkVO) NRW haben, zu beteiligen.
2. Dem Abschluss eines entsprechenden Nachtrags zum bestehenden SchülerTicket-Vertrag mit der Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd (VGWS), vertreten durch die Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd (VWS) als Vertragspartner der VGWS, wird zugestimmt. Dieser Nachtrag bestimmt die Finanzierung eines Zuschusses in Höhe von monatlich 20 Euro je abonniertem Deutschlandticket über einen regionalen Fonds für diese Zielgruppe.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen (AfD – Team Dylong)**

**25. Rat 06.09.2023**

**4. Parkraumbewirtschaftung;  
3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Vorlage Nr. VL 1433/2023

**Beschluss:**

Gemäß Vorlage VL 1433/2023 A

**4.1 Parkraumbewirtschaftung;  
Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Vorlage Nr. VL 1433/2023 A

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (PSA) im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“ in der als Anlage 1 (incl. Hinweis Umsatzsteuer) beigefügten Fassung, mit der Änderung, die Gebühren für ein Tagesticket

- auf dem Parkplatz der Siegerlandhalle von 5,00 € auf **7,00 €** sowie
- auf dem Zentralparkplatz Weidenau und auf dem Bismarckplatz von 3,00 € auf **5,00 €**

zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 64 Stimmen dafür, 3 dagegen (AfD -Team Dylong), 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

**5. Parkraumbewirtschaftung Siegerlandhalle**

Vorlage Nr. VL 1475/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Anpassung der Entgelte für die Benutzung des Parkraumes der Siegerlandhalle während Veranstaltungen auf 4,00 € bei Abend- und 7,00 € bei Ganztagesveranstaltungen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**



## 6. Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet Siegen

Vorlage Nr. VL 1472/2023

Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Standort Burgstraße nicht geeignet, da zusätzlicher Verkehr in die ohnehin stark frequentierte Sackgasse hineingezogen wird, so Herr Boller.

Am Obergraben sollte der Standort so gebaut werden, dass der Fußgängerweg nicht beeinträchtigt wird.

Der Standort Burgstraße ist konkret auf dem Parkplatz am Oberen Schloss und ist primär für Gäste des Museums bzw. des Schlossparks gedacht, erklärt Herr Runge.

=> *Der Vorschlag von Herrn Schumann, sowohl den Standort Burgstraße als auch eine Ergänzung in der Straße Neumarkt vorzusehen findet allgemein Zustimmung.*

Herr K. Schulz weist darauf hin, dass beim Standort Poststraße in Weidenau die geplante Verlegung des Wochenmarktes mit bedacht werden sollte.

### Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt das Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur und die Verteilung der städtischen Potenzialflächen zum eigenwirtschaftlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur an Drittanbieter.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

## 7. Nutzungsvereinbarung Musikpavillon

Vorlage Nr. VL 1421/2023

### Beschluss:

Der Rat der Universität Siegen beschließt den Nutzungsvertrag und die Nutzungsbedingungen für die Vermietung des Musikpavillons im Schlosspark Oberes Schloss.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

**8. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2023**

Vorlage Nr. VL 1461/2023

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.*

**25. Rat 06.09.2023**

**9. Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2022 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW**

Vorlage Nr. VL 1464/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2021 und 2022 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

**10. Haushalt 2022  
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2023**

Vorlage Nr. VL 1478/2023

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.*

**25. Rat 06.09.2023**

**11. Bericht über den Haushaltsvollzug 2023**

Vorlage Nr. VL 1481/2023

Herr Cavelius gibt eine aktuelle Übersicht über den laufenden Haushalt. Die Prognose für 2024 lässt ungeachtet der derzeit guten Einnahmen aus Gewerbesteuern einen erneuten Rückfall in die Haushaltssicherung erwarten.

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2023 zur Kenntnis.*

**25. Rat 06.09.2023**

**12. Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW**

Vorlage Nr. VL 1428/2023

Bezugnehmend auf den Ergänzungsantrag (sieht TOP 12.1) erklärt Herr Schumann, dass die Aufwendungen für diese Maßnahme in Höhe von rd. 230.000 Euro im nächsten Jahr zusätzlich veranschlagt werden müssten, um keine anderen Maßnahmen streichen zu müssen.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neuerfassung des Zustands für Straßen, Straßenmanagementsystem, gemäß §29 KomHVO NRW alle 10 Jahre, für das Jahr 2026.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 1 der Vorlage aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung von Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 2 der Vorlage aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung des Bauprogramms für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 3 der Vorlage aufgeführte Prioritätenliste als Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

**zu TOP 12      Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD****Beschluss**

Die in VL 1428/2023 – Anlage 1 – aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung der Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 – 2029 wird wie folgt geändert:

Die geplante Sanierung der Tragdeckschicht in der Hambergstraße wird über die Bergkuppe hinaus bis zum Ende der Hambergstraße = Beginn der Straße „In der Winchenbach“ erweitert und endet nicht, wie in der Anlage aufgeführt, bereits bei der Einmündung zur Straße „Am schwarzen Barth“.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

**13.      Überplanmäßige Mittelbereitstellung KVP Schleifmühlchen  
hier: Baubehelf Bohrfahlwand Ufermauer Weiß**

Vorlage Nr. VL 1484/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 115.000 € für die Investitionsmaßnahme T120204084/7852000 - Kreisverkehrsplatz Schleifmühlchen-.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T120201124 - ZOB Geisweid - in gleicher Höhe.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 11 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)**

**25. Rat 06.09.2023**

**14.      Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren  
Energien  
hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1463/2023

=> *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Vorlage zur Kenntnis.*

**25. Rat 06.09.2023**

**15. Quartiersmanagement Geisweid**

Vorlage Nr. VL 1489/2023

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Rückgabe der Fördermittel für die Durchführung eines Quartiersmanagements in Siegen-Geisweid sowie die Teilaufhebung des Durchführungsbeschlusses 2727/2019.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****25. Rat 06.09.2023****16. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)  
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen**

Vorlage Nr. VL 1259/2023 und VL 1259/2023 A

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wensch“, „Obere Wensch“ sowie „Vordere Wensch“, „Innenstadt“.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****25. Rat 06.09.2023****17. Namentliche Besetzung des Haupt- und Finanzausschuss und der Fachausschüsse**

Vorlage Nr. VL 1480/2023

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Rates wählen in den Haupt- und Finanzausschuss sowie in die Fachausschüsse die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Personen (ausgenommen wegen Rücktritt Annika Müller).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****25. Rat 06.09.2023**

**18. Nachbesetzung in sonstigen Gremien**

Vorlage Nr. VL 1492/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt/ benennt:

1. **Herrn Robert Bingener** (s. B.) als 1. persönlicher Vertreter von Herrn Ingmar Schiltz in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld.
2. **Herrn Felix Hof** als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld.
3. **Herrn Wolfgang Könen** als ordentliches Mitglied in den Aufsichtsrat der SVB.
4. **Frau Annette Six** als 1. persönliche Vertreterin von Herrn Michael Schwarzer in den Vergabeausschuss.
5. **Herrn Dr. Bernd Knapp** als beratender Mitglied (Seniorenbeirat) in den AK Wohnbaulandentwicklung.
6. **Herrn Rolf Schirmacher** als 1. persönlicher beratender Vertreter (Sachverständiger BUND) von Herrn Zapletal in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.
7. **Herrn Daniel Tobisch** als Sachverständiger (VWS) in den/die
  - a) Verkehrsausschuss
  - b) AK des Verkehrsausschusses
8. **Frau Eva Hagen** (s. B.) als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss VI - Eiserfeld.
9. **Frau Bärbel Michel** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost.
10. **Frau Gisela Schneider** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost.
11. **Herrn José-Antonio Garcia-Lopez** (s. B.) als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss V - Siegen-West.
12. **Frau Annette Six** als
  - ordentliches Mitglied in
    - a) die Ausstellungskommission + AK Rubenspreis
    - b) die Kommission für Partnerschaften
  - 1. persönliche Vertreterin für Herrn Schwarzer in den
    - c) den VHS-Beirat

- d) den AK Straßennamen
- e) den AK Abfallwirtschaft

13. **Herrn Michael Schwarzer** als
- ordentliches Mitglied in
    - a) den VHS-Beirat
    - b) die Baumkommission
  - 1. persönlicher Vertreter von Frau Six in
    - c) den AK Klimaschutz
    - d) die AK des Verkehrsausschusses
14. **Frau Sarah Gatersleben** (s. B.) als 1. Persönliche Vertreterin in die Ausstellungskommission + AK Rubenspreis.
- 

Des Weiteren wählt/ benennt der Rat der Universitätsstadt Siegen ergänzend zur Vorlage VL 1480/2023 (TOP 17 öT) folgende Personen in die Fachausschüsse:

15. **Frau Zemra Zekic** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
16. **Herrn Kersten Riebe** (s. B.) als
- a) 1. persönlicher Vertreter von Herrn Weber in den Sport- und Bäderausschuss
  - b) stellv. Mitglied in den Ausschuss für Schule und Bildung
17. **Herrn Simon Schulte** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
18. **Herrn Tim Gries** (s. B.) als stellv. Mitglied in den
- a) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
  - b) Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

- 19.      Bebauungsplan Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" im Stadtteil Siegen**  
**hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**  
**- Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände"**  
**im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**

Vorlage Nr. VL 1503/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 13 a BauGB.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

- 20.      Erlass einer Satzung der Universitätsstadt Siegen über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet „Untere Kampenstraße“ in Siegen-Mitte**

Vorlage Nr. VL 1506/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet „Untere Kampenstraße“ in Siegen-Mitte die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

- 21.      "Europa fängt in der Kommune an" - Projektteilnahme der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1507/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nominiert Herrn Kenny Schulz als aktives Mitglied am Projekt „Europa fängt in der Kommune an“.

**Beratungsergebnis: 64 Stimmen dafür, 3 dagegen (AfD - Team Dylong), 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**



**22. Ersatzneubau Hallenbad Weidenau mit Mitteln aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"**  
**- Durchführungsbeschluss -**

Vorlage Nr. VL 1505/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Teilnahme am Projektaufruf für die Maßnahme „Neubau des Hallenbades Weidenau als Ersatz für das bestehende Hallenbad Weidenau und das Hallenbad Löhrtor“ bei dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.“ (SJK) des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**25. Rat 06.09.2023**

**Persönliche Erklärung des Stadtverordneten Michael Schwarzer**

„Seit einiger Zeit sitzen zwei Fraktionen in diesem Rat für die AfD. Zwei Fraktionen, wie sie unterschiedlicher kaum sein können in Weltbild, Werteverständnis, politischem und moralischem Kompass; mehr als offensichtlich ist eine davon in der falschen Partei. Aufgrund der Tatsache, dass wir von Anfang an in maßgeblichen Funktionen in dieser Partei waren, gab es für uns keinerlei Zweifel, dass wir die wahre AfD vertreten. Doch nach kritischem Abgleich mit der Realität mussten wir feststellen, dass die AfD auch in ihrer Gesamtheit personell nicht mehr in der Lage ist, die selbstgesteckten Ziele politisch umzusetzen. Wir können das nicht länger ignorieren und ziehen mit unserem Austritt die einzig mögliche Konsequenz.

Ab sofort werden wir als **Fraktion "Liberal-Konservatives Bündnis"** unsere Kraft, unsere Expertise und unser politisches Engagement allen Kollegen zur Verfügung stellen, die sich mit uns gemeinsam dem Wohl der Siegener Bürger verpflichtet sehen. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Bürger unserer Stadt darüber aufzuklären, warum es ganz sicher nicht die AfD sein kann, die die offenkundigen und allgegenwärtigen Probleme lösen wird, und ihnen stattdessen vertrauenswürdige Alternativen zu bieten.“

**25. Rat 06.09.2023**

gez.  
Bürgermeister

gez.  
Schriftführerin

## A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	AfD- Fraktion – Team Dylong
Eingang	19.07.2023
Federführend	GB 4/ Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Sport- und Bäderausschuss** 09.08.2023

**Bauausschuss** 16.08.2023

**Rat** 06.09.2023

Betreff:

**Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche  
- Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong**

im Rat der Stadt Siegen

AfS-Fraktion • Schanzenweg 35• 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
19. Juli 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

44/4

Ø 215

Siegen, 18. Juli 2023

**Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Vorbesprechung in der Sitzung des Sport- und Bäderausschusses am Rates 09.08.2023, des Bauausschusses am 16.08.2023 und des Rates am 06.09.2023**

**Betreff: Antrag zur Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadbrachfläche**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Herren Ausschussvorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Wege bitten wir Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der beiden Ausschüsse und des Rates der Stadt Siegen am 06.09.23 zu setzen.

**Der Rat beschließt:**

1) Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadbrachfläche des Freibades Geisweid. Diese innovative und nachhaltige Lösung wird nicht nur zur Nutzung erneuerbarer Energien und damit zur Kostensenkung beitragen, sondern darüber hinaus die Ertragssituation des Freibades verbessern.

**Begründung:**

Leider sind die Besucherzahlen der Freibäder der Stadt Siegen in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen. Besucherzahlen, wie noch in den 70er oder 80er Jahren



sind in weiter Ferne. Etwa max. 50 Tsd. Besucher besuchen das Freibad Geisweid im Jahr.

Selbst an sehr warmen Sommertagen ist das Freibad und die zugehörigen Liegewiesen nicht mehr voll belegt.

Die Nutzung des Freibades findet in den Sommermonaten von Mai bis Anfang September, also für ca. 4 Monate statt.

Damit bleiben die angebotenen Freiflächen den Großteil des Jahres völlig ungenutzt und werden selbst an heißen Tagen nicht genutzt.

Letztlich handelt es sich um Brachflächen.

Im hinteren Teil des Freibades Geisweid ist eine solche ungenutzte „Liege- oder Spielwiese“ vorhanden. Diese Brachflächen könnten einer sinnvolleren wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Die PV/Solarthermie Hybridanlage kombiniert die Vorteile von Photovoltaik- und Solarthermie-Technologien, um sowohl elektrische Energie als auch Wärmeenergie zu erzeugen. Die Brachfläche des Freibades bietet eine ideale Umgebung für die Installation einer solchen Anlage, da sie über ausreichend Platz und eine optimale Ausrichtung verfügt, um die Sonnenenergie effizient zu nutzen.

Vorteile der PV/Solarthermie Hybridanlage:

1. Erzeugung von sauberer Energie: Die Hybridanlage wird dazu beitragen, den örtlichen Energiebedarf durch die Nutzung erneuerbarer Energien zu decken. Dadurch werden die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert und die CO<sub>2</sub>-Emissionen gesenkt.
2. Kosteneinsparungen: Durch die Produktion von sowohl elektrischer Energie als auch Wärmeenergie wird die Hybridanlage dazu beitragen, die Energiekosten des Freibades zu senken. Die erzeugte Elektrizität kann für den Eigenverbrauch genutzt oder in das lokale Stromnetz eingespeist werden. bei Einspeisung in das lokale Stromnetz können auch im Herbst / Winter/ Frühjahr Erträge erzielt werden.
3. Nutzung der Abwärme: Die Solarthermiekomponente der Anlage kann die erzeugte Wärmeenergie nutzen, um die vorhandene Anlage zu unterstützen, und damit die Energieeffizienz erhöhen. Dadurch kann der Energieverbrauch des Freibades weiter reduziert werden.
4. Gemeinschaftsnutzen: Die Installation einer solchen Anlage wird ein positives Beispiel für erneuerbare Energien in der Gemeinde setzen. Es wird Interessierten ermöglicht, die Anlage zu besichtigen und das Bewusstsein für den Umweltschutz zu stärken.



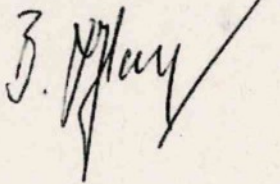
im Rat der Stadt Siegen

Die Finanzierung für die Errichtung der PV/Solarthermie Hybridanlage könnte durch eine Kombination aus öffentlichen Mitteln, Förderprogrammen, Partnerschaften mit privaten Unternehmen und möglicherweise Crowdfunding über den Förderverein erfolgen. Die genaue Finanzierungsstruktur müsste weiter ausgearbeitet werden, um die beste Lösung für unsere Gemeinde zu finden.

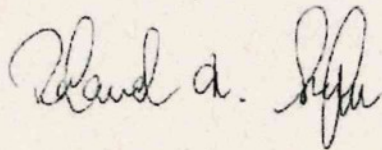
Zur Umsetzung des Projekts schlage ich vor, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die aus Vertretern der Gemeindeverwaltung, Experten für erneuerbare Energien und anderen relevanten Interessengruppen besteht. Diese Arbeitsgruppe sollte eine detaillierte Machbarkeitsstudie durchführen, mögliche weitere Standorte analysieren, Finanzierungsoptionen prüfen und einen Zeitplan für die Umsetzung erstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong  
Fraktionsvorsitzende



Roland Steffe  
stellv. Fraktionsvorsitzender



## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>AfD-Fraktion - Team Dylong</b>
<b>Eingang</b>	<b>19.07.2023</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 5, Abt. 5/1</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Betreff:

**Einführung eines Migrations-Dashboards**  
**Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong**



AfS-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG	
19. Juli 2023	
GB	5
Abt.	5/1

Siegen, 18. Juli 2023

**Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 06.09.2023**

**Betreff: Einführung eines Migrations-Dashboards**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Wege bitten wir Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates der Stadt Siegen am 06.09.23 zu setzen.

**Der Rat beschließt:**

- 1) Die Verwaltung der Stadt Siegen veröffentlicht monatlich ein aktuelles Migrations-Dashboard, welches (vergleichbar mit den Corona-Zahlen) das aktuelle Migrations-Geschehen in der Stadt Siegen erfasst.
- 2) Veröffentlichungsort ist die Homepage der Stadt Siegen ([www.siegen.de](http://www.siegen.de)).
- 3) Im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren wurde am 25.01.2023, sowie am 15.03.2023 eine Präsentation zur Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern in der Stadt Siegen vorgestellt.

Die AfD-Fraktion – Team Dylong, Steffe, Simon hält es aber darüber hinaus für erforderlich, dass diese Zahlen nicht nur den Mitgliedern des Ausschusses und des Rates präsentiert werden, sondern dass die Bürger der Stadt Siegen ein Recht darauf haben zu erfahren, wie sich die aktuelle Flüchtlingssituation innerhalb der



ihrer Kommune, der Stadt Siegen, darstellt.

Zusätzlich bzw. ergänzend zu den in der Präsentation dargestellten Zahlen listet das Migrations-Dashboard daher detailliert auf:

- Zahl gemeldeter Asylneuzuweisungen
- Zahl der in der Stadt lebenden anerkannten Asylbewerber
- Anzahl der in der Stadt lebenden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Anzahl ausreisepflichtiger Personen
- Anzahl der ausreisepflichtigen Personen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde (Geduldete)
- Anzahl erfolgter Rückführungen
- Anzahl ukrainischer Kriegsflüchtlinge

**Begründung:**

Die Migrationskrise betrifft Deutschland aktuell wieder in einem erheblichen Ausmaß, das durchaus mit der Migrationswelle der Jahre 2015/16 vergleichbar ist.

244.132 Menschen beantragten im Jahre 2022 in Deutschland Asyl.

([www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 11.1.2022)

Nach dem russischen Angriff auf das Staatsgebiet der Ukraine kamen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bis Februar 2023 ca. 1,1 Mio. ukrainische Kriegsflüchtlinge nach Deutschland. ([www.destatis.de](http://www.destatis.de))

Die Kommunen sind bei der Unterbringung der Flüchtlinge überlastet. Ohne die privaten Wohnangebote wäre die Lage noch weitaus dramatischer. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags äußerte dazu: "Gerade die Städte, die besonders viele Geflüchtete aufnehmen, stoßen an ihre Grenzen".

„In einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und den hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) haben der Main-Taunus-Kreis und seine Kommunen Reformen für die Verteilung von Flüchtlingen sowie eine Steuerung des Zuzugs gefordert. „Steuern und begrenzen Sie den Zustrom an Flüchtlingen aktiv! Schauen Sie genau hin, wer unserer Hilfe bedarf und wer nicht! Führen Sie Menschen, die sich unrechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, auch aktiv zurück, damit wir unsere Ressourcen für die einsetzen können, die wirklich unserer Hilfe bedürfen! Diesen Menschen mit großer Kraft und hohem Einsatz zu helfen, entspricht unserem Selbstverständnis und unserem Wertekompass“, heißt es in dem



im Rat der Stadt Siegen

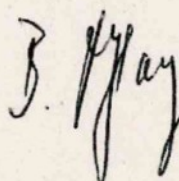
Schreiben, das von Landrat Michael Cyriax (CDU), der Ersten Kreisbeigeordneten Madlen Overdick (Die Grünen), den Kreisbeigeordneten Johannes Baron (FDP) und Axel Fink (CDU) sowie von sämtlichen Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen unterzeichnet wurde."

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.1.2023)

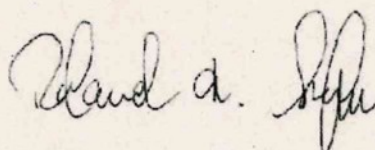
Dieser Brief zeigt exemplarisch, vor welche Herausforderungen das aktuelle Migrationsgeschehen die Kreise, Städte und Gemeinden stellt. Die AfD-Fraktion – Team Dylong wünscht sich für die Bevölkerung der Stadt Siegen, wie auch für politische Entscheidungsträger ein erhöhtes Maß an Transparenz, um die genannten Herausforderungen gemeinsam besser bewältigen zu können. Hierzu bedarf es aber valider Zahlen, um eine faktenbasierte Diskussionsgrundlage zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong  
Fraktionsvorsitzende



Roland Steffe  
stellv. Fraktionsvorsitzender



## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>UWG- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>26.07.2023</b>
<b>Federführend</b>	<b>Medien- und Öffentlichkeitsarbeit</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Betreff:

**Selfie-Pionts**

**Antrag der UWG-Fraktion**



UWG-Fraktion im Rat der Stadt Siegen • Markt 2 • 57072 Siegen

An den  
Bürgermeister der Stadt Siegen  
Herrn Steffen Mues  
Rathaus, Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
26. Juli 2023	
GB <b>K15</b>	PR
Abt.	INSTITUTE

*SMS Guelch*  
Siegen, 24.07.2023

*Ø 214*

## **Antrag gemäß § 9 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Rates am 06.09.2023**

### **Selfie-Points**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in mehreren deutschen Städten und Gemeinden sind Selfie-Points zu finden. Sie zeigen besondere Punkte, wo es sich lohnt ein Selfie – also ein Selbstportrait mit dem Smartphone – zu machen. Diese können dann einfach und schnell in den sozialen Netzwerken wie Facebook, Whats App, Instagram und Twitter hochgeladen werden, wo Sie sich rasant verbreiten. Die Markierungen zeigen Besuchern, wo sich ein Selbstportrait besonders lohnt, sie sind so platziert, dass sie eine perfekte Selbstportrait-Möglichkeit mit den bekanntesten Sehenswürdigkeiten und den schönsten Ecken der Stadt bieten.

Bürger, Touristen und Influencer nutzen diese besonderen Punkte um in den sozialen Netzwerken die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und leisten somit gleichzeitig einen Beitrag für die touristische Vermarktung der Stadt.

Eine weitere Möglichkeit zu den Markierungen der Selfie-Points ist die Installationen eines überdimensionalen Schriftzuges mit dem Namen der Stadt Siegen, der als Selfie-Point genutzt werden kann. Auch eine Installation in Form eines Herz oder Bilderrahmens aus heimischem Stahl mit Schriftzug, „Willkommen in Siegen“ oder „Rubensstadt Siegen“ im Schlosspark, mit Blick auf den Park und das Schloss wäre vorstellbar.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung ermittelt attraktive Orte im Stadtbereich, inklusive der Außenbezirke, für Selfie-Points und stellt diese zur Beratung im Kulturausschuss sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften vor. Des Weiteren führt die Verwaltung Gespräche mit der

Stadtmarketing Siegen GmbH um zu klären, ob die Kosten für die Installation von Selfie-Points und die weitere Unterhaltung und Vermarktung von der Stadtmarketing Siegen GmbH übernommen werden kann. Auch weitere Sponsoren aus dem Handel wären vorstellbar.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Achim Bell', with a stylized flourish at the end.

Achim Bell  
Fraktionsvorsitzender

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>16.08.2023</b>
<b>Federführend</b>	<b>Büro BM</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

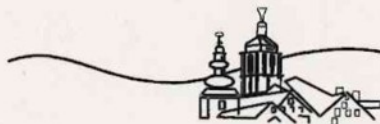
☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Betreff:

**Stellplätze für Fahrräder im Parkhaus Morleystraße**



EINGANG BÜRGERMEISTER	
16. Aug. 2023	
CD	PR
Abt.	INSTITUTE



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen  
Markt 2  
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2  
57072 Siegen

404-1432  
[gruene@siegen.de](mailto:gruene@siegen.de)

16.08.2023

**Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 06.09.2023**  
**Stellplätze für Fahrräder im Parkhaus Morleystraße**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

für die Ratssitzung am 06.09.2023 bitten wir um die Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung:

**Beschlussvorschlag**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Parkhaus Morleystraße zehn Parkplätze für PKW in eine Parkvorrichtung für Fahrräder umzuwandeln.

Dabei sollen folgende Eckdaten berücksichtigt werden:

- Die Parkanlage wird vom PKW-Parkraum abgetrennt und erhält möglichst einen eigenen Zugang.
- Die Parkanlage bleibt 24 Stunden an allen Tagen geöffnet.
- Die Fahrradabstellflächen erhalten eine Videoüberwachung.
- Zur besonderen Förderung des Fahrradverkehrs werden keine Parkgebühren erhoben.
- Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und Fahrradanhänger sind zu berücksichtigen.

Der Rat der Stadt Siegen erteilt eine entsprechende Weisung zur Umsetzung an die Mitglieder des Aufsichtsrates der KEG.

**Begründung**

Auch in Siegen gibt es einen Bedarf an witterungsgeschützten, sicheren Fahrräder-Stellplätzen. In der Innenstadt wohnen zahlreiche Menschen, die in ihrem Wohnhaus keine Abstellmöglichkeiten für Fahrräder haben. Zudem gibt es viele Beschäftigte, die in der Innenstadt arbeiten, die gerne mit dem Fahrrad zu ihrem Arbeitsplatz fahren würden, wenn es sichere, witterungsgeschützte Abstellmöglichkeiten für ihr Rad gäbe. Auch für Kund\*innen der Geschäfte in der





**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Innenstadt wird dies ein wichtiges Angebot sein, um für ihre Einkäufe mit dem Rad in die Stadt zu fahren.

Wir schlagen in einem ersten Schritt vor, im Parkhaus Morleystraße einen Teil der Fläche abzutrennen. Hierfür eignet sich die Fläche im rechten Teil des Gebäudes im Erdgeschoss bis zur Abfahrt/Auffahrt der PKW. Ein eigener Zugang ist dort vorhanden, dieser müsste noch fahrradtauglich gestaltet werden.

Nach Einrichtung dieses Angebotes sollte dies öffentlich beworben und bekannt gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß  
Fraktionsvorsitzender

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Inklusionsbeirat</b>
<b>Eingang</b>	<b>14.08.2023</b>
<b>Federführend</b>	.

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Betreff:

**Barrierefreie Veranstaltungen**



14. AUG. 2023

## Inklusionsbeirat der Universitätsstadt Siegen

Nicole Scherzberg • Hatzfeldstraße 15 • 57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
16. Aug. 2023	
GB	SD
Abt.	PR
INSTITUT	

An den Bürgermeister  
der Universitätsstadt Siegen  
Herrn Steffen Mues  
Markt 2  
57072 Siegen

Siegen, 02.08.2023

### Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung Barrierefreie Veranstaltungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

Der Inklusionsbeirat der Universitätsstadt Siegen stellt folgenden Antrag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, das ein umfassendes Konzept zur Durchführung barrierefreier öffentlicher Veranstaltungen erstellt wird, indem die Teilhabe aller Menschen mit unterschiedlicher Beeinträchtigung berücksichtigt wird.

Hintergrund des Antrages ist, dass zurzeit noch viele öffentliche Veranstaltungen der Stadt Siegen Menschen mit Beeinträchtigung ausgrenzt und ihnen somit die soziale Teilhabe an der Stadtgesellschaft verwehrt oder blockiert wird.

Der Inklusionsbeirat der Stadt Siegen möchte im Rahmen seiner Vertretung für die Belange der Menschen mit Behinderung beziehungsweise auf den Antrag, die Frage stellen, inwieweit die Barrierefreiheit bei städtischen öffentlichen Veranstaltungen umgesetzt wird, unter Berücksichtigung, dass Barrierefreiheit nicht nur rollstuhlgerechte Zugänge zu Gebäuden über Rampen und Aufzüge bedeutet, sondern auch die

- Belange von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigung, wie die
- Belange von Menschen mit kognitiven sowie die
- körperlichen Beeinträchtigungen oder auch
- den sprachlichen Hintergrund berücksichtigt,

um sicherzustellen, dass allen Bürgern und Bürgerinnen die soziale Teilhabe bei den öffentlichen Veranstaltungen ermöglicht wird.



Aus diesem Grund stellt der Inklusionsbeirat den Antrag ein Veranstaltungskonzept für städt. öffentliche Veranstaltungen zu erstellen, wo folgende Fragen Berücksichtigung finden:

**Fragen zur Mobilität:**

- Sind die Veranstaltungsorte für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wie Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer gut zugänglich?
- Gibt es barrierefreie Zugänge, Aufzüge und Rampen, um auch Menschen mit Gehhilfen den Zugang zu ermöglichen?
- Gibt es bereitgestellte Behindertenparkplätze?

**Fragen zur Sinnesbeeinträchtigungen (Gehörlosigkeit/ Blindheit):**

- Werden Veranstaltungen für gehörlose Personen barrierefrei gestaltet?
- Sind Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdendolmetscher bei Vorträgen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Events anwesend?
- Gibt es Maßnahmen, um blinde oder sehbehinderte Menschen in die Veranstaltungen einzubeziehen, beispielsweise durch Audio-Beschreibungen oder taktil erfassbare Informationen?

**Einfache Sprache:**

- Wird bei öffentlichen Veranstaltungen auf eine sprachlich einfache und leicht verständliche Kommunikation geachtet, um Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder Deutsch als Fremdsprache die Teilnahme zu erleichtern?

**Vorankündigungen:**

- Werden im Vorfeld der Veranstaltungen Informationen zur Barrierefreiheit bereitgestellt?
- Gibt es eine klare und zugängliche Kommunikation darüber, welche Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zur Verfügung stehen?

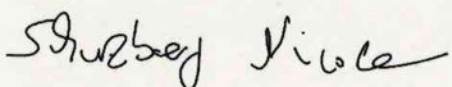
**Interaktionsmöglichkeiten:**

- Wird bei öffentlichen Veranstaltungen darauf geachtet, dass alle Teilnehmenden die Möglichkeit haben, sich aktiv einzubringen und Fragen zu stellen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten?

**Schulungen und Sensibilisierung:**

- Werden die Organisatorinnen und Organisatoren sowie das Veranstaltungspersonal regelmäßig geschult, um ein Bewusstsein für die Bedürfnisse von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen zu schaffen und angemessen darauf einzugehen?

Mit freundlichen Grüßen



Nicole Scherzberg  
Vorsitzende des Inklusionsbeirates  
der Universitätsstadt Siegen



Ulrich Neus  
stellverh. Vorsitzende

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>23.08.2023</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 5, Abt. 5/4</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Betreff:

**Sachstand Schülerticket als Deutschlandticket**  
**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**





Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen  
Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
23. Aug. 2023	
GB 5	PR
Abt. 5/4	INSTITUTE

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2  
57072 Siegen

404-1432  
[gruene@siegen.de](mailto:gruene@siegen.de)

23.08.2023

**Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 06.09.2023**  
**Sachstand Schülerticket als Deutschlandticket**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,  
für die Ratssitzung am 06.09.2023 bitten wir um die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes auf die Tagesordnung:

**Beschlussvorschlag**

„Schülerticket als Deutschlandticket in Siegen – Sachstandsbericht der Verwaltung und evtl. Beschluss über die weitere Vorgehensweise“

**Begründung**

In der letzten Zeit kam es zu irritierenden Berichten in den Medien über die Umwandlung des Schülertickets in das Deutschlandticket. So gab es zum Beispiel die Schlagzeile „Kein Schüler-Deutschlandticket in Siegen“ (WR, 15.08.2023).

Deshalb halten wir eine klare und zeitnahe Information der Öffentlichkeit und des Rates über die geplanten Maßnahmen, den Zeitplan ihrer Umsetzung und gegebenenfalls die Kosten für die Stadt Siegen für erforderlich. Die Aufnahme dieses Themas als Tagesordnungspunkt und der Sachstandsbericht der Verwaltung sollen die Grundlage für eine Diskussion im Rat und für daraus folgende mögliche Beschlüsse schaffen.

Mit freundlichen Grüßen  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

*Joachim Boller*

Joachim Boller  
Stadtverordneter





# WR 15.8.2013 Kein Schüler-Deutschlandticket in Siegen

Bürgermeisterkonferenz kassiert Ankündigung des ZWS. Jede Stadt muss selbst entscheiden

**Siegen-Wittgenstein.** Ob und wann aus dem Schülerticket in Siegen-Wittgenstein ein Deutschlandticket wird, ist wieder offen. Der Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) hatte angekündigt, dass ab 1. Februar das Schülerticket für die Schüler, die weiter als dreieinhalb Kilometer von der Schule entfernt wohnen, kostenlos zum Deutschlandticket aufgewertet wird. Die anderen müssen, wenn sie das wollen, 29 Euro im Monat bezahlen – sonst bleibt es bei der kostenlosen Netzcard für Siegen-Wittgenstein und Olpe. Diese Zusage muss der ZWS nun zurückziehen.

Die Bürgermeisterkonferenz hat am Freitag klargestellt, dass eine

solche Finanzierungszusage weder in der Hoheit der Kreisverwaltung noch der Bürgermeister liegt. Vielmehr seien Beschlüsse der Räte der Städte und Gemeinden erforderlich, sagt Kreuze als Bürgermeister Walter Kiß, Vorsitzender der Bürgermeisterkonferenz, auf Nachfrage dieser Zeitung. „Das hatte man wohl übersehen.“

## **Ziel: Gleiches Angebot für alle**

Zu klären sei, wie teuer die Aufwertung der Schülertickets für die Kommunen werden würde und wie verlässlich und langfristig die Zusagen von Bund und Land zur Finanzierung des Deutschlandtickets seien.

Landesweit bedeutet das Ange-

bot an die „Nicht-Freifahrtberechtigten“, das Schüler-Deutschlandticket für 29 Euro dazuzukaufen, eine Verbesserung – fast überall müssen die nämlich für das Schülerticket bezahlen. In Siegen-Wittgenstein und Olpe allerdings bezahlt der ZWS das Schülerticket für alle. Bei dieser einheitlichen Lösung für alle Schülerinnen und Schüler, also auch für die ohne Anspruch auf die Übernahme der Fahrtkosten, soll es bleiben, findet Walter Kiß: „Die Unterscheidung halte ich für nicht zielführend. Wir müssen eine Lösung hinbekommen, die gerecht für alle ist.“

Konkret geht es um 25.000 Schülerinnen und Schüler, die – nach

den Kriterien des Landes – zu nah an der Schule wohnen. Wenn sie auch das Deutschlandticket bekommen sollen, müssten die Kommunen 29 Euro pro Monat hinblättern, das wären bis zu acht Millionen Euro im Jahr, je nach dem, ob das Ticket für zehn oder elf Monate bezahlt werden muss. Für das „Upgrade“ der 21.000 Freifahrtberechtigten käme das Land auf.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat ein Interesse daran, das Schülerticket für alle zu retten. Das würde scheitern, wenn die Kommunen ihr Geld zurückziehen und dafür selbst Deutschlandtickets kaufen – dann nur für, denen sie die Fahrkarten bezahlen muss. szu

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: Schulen  
Bearbeitet von: A. Brüser, C. Uhr

Siegen, 30.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

### Einführung des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler

#### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, sich unter heute bekannten und geltenden Rahmenbedingungen an einem kreisweit und regional abgestimmten Modell gem. Runderlass des Landes Nordrhein-Westfalen vom 02.06.2023 zur Ausgabe eines preisreduzierten Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler, die bisher keinen Anspruch auf Fahrkostenübernahme nach der Schülerfahrkostenverordnung (SchfkVO) NRW haben, zu beteiligen.
2. Dem Abschluss eines entsprechenden Nachtrags zum bestehenden SchülerTicket-Vertrag mit der Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd (VGWS), vertreten durch die Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd (VWS) als Vertragspartner der VGWS, wird zugestimmt. Dieser Nachtrag bestimmt die Finanzierung eines Zuschusses in Höhe von monatlich 20 Euro je abonniertem Deutschlandticket über einen regionalen Fonds für diese Zielgruppe.

#### Sachverhalt / Begründung:

##### 1. Ausgangslage – Solidarmodell SchülerTicket -

Seit dem Schuljahr 2014/2015 ist in den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein das SchülerTicket Westfalen Süd etabliert. Es ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern (SuS) unabhängig von ihrer Einstufung nach der Schülerfahrkostenverordnung die kostenlose und uneingeschränkte Nutzung des ÖPNV in beiden Kreisen, und zwar sowohl für den Schulweg als auch in der Freizeit. Zum Schuljahresbeginn 2023/2024 haben alle SuS das SchülerTicket Westfalen Süd mit Gültigkeitsdauer für das gesamte Schuljahr erhalten. In der Universitätsstadt Siegen erhalten derzeit ca. 9.800 Schülerinnen und Schüler ein Schülerticket. Die Finanzierung des SchülerTickets Westfalen Süd wird zum einen über die Kommunen sichergestellt, die als Schulträger für alle freifahrt- und teilfreifahrtberechtigten Schülerinnen und Schüler die regulären Fahrpreise für die Strecke Wohnort-Schule (Pflichtleistung) leisten und zum anderen

die beiden Kreise, die für diesen Zweck in Summe rd. 6,1 Mio. Euro pro Schuljahr zahlen. Die Finanzierung der Kreise erfolgt über die Kreisumlage der Städte und Gemeinden.

Unabhängig von weiteren Entscheidungen zur Einführung des Deutschlandtickets bleibt diese seit Jahren bestehende Regelung für das SchülerTicket Westfalen Süd unangetastet, so dass auch alle nichtfreifahrtberechtigten SuS den ÖPNV in beiden Kreisen weiterhin ohne finanzielle Selbstbeteiligung (Eigenanteil Eltern) nutzen können.

Dessen ungeachtet können die Schulträger individuell entscheiden, ob sie darüber hinaus das Deutschlandticket für SuS einführen wollen.

Die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen hat bisher die Zielsetzung verfolgt, dass alle Schülerinnen und Schüler künftig sowohl das Schülerticket im hiesigen Verkehrsverbund nutzen wie auch die Option, daran das Deutschlandticket andocken zu können. Aus Sicht der Verwaltung sollte die Region hinter die bisherige kinder-, jugend- und familienfreundliche Lösung nicht zurückfallen.

Die erforderliche Abstimmung zur Einführung des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler mit dem Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe, dem ZWS und der VGWS über die möglichen Auswirkungen und die Festlegung der Vorgehensweisen insbesondere zur Finanzierung gestalten sich mühsam. Unabgestimmte Presseerklärungen des ZWS sind nur ein Beispiel hierfür.

Das Ansinnen der Universitätsstadt Siegen, eine möglichst zeitgleiche Einführung für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig davon, ob sie freifahrt-, teilfreifahrt- oder nicht berechnete SuS sind, umzusetzen, war nicht erfolgreich.

## 2. Deutschlandticket

Zum 1. Mai 2023 wurde das Ticketsortiment im Nahverkehr mit Einführung des Deutschlandtickets erheblich vereinfacht. Für die Schülerbeförderung ergeben sich damit wesentliche finanzielle Auswirkungen, da die bisher differenzierten Preisstufen mit teilweise hohen finanziellen Aufwendungen bei großen Entfernungen in der Schülerbeförderung durch das Deutschlandticket mit einem einheitlichen Preis von monatlich 49 Euro abgelöst werden können.

Dadurch ergeben sich teils erhebliche Minderkosten für die jeweiligen Schulträger.

Gleichzeitig steigt mit der Einführung des Deutschlandtickets für SuS die Attraktivität des Schülerfahrverkehrs über den Bereich des Verkehrsraumes Siegen-Wittgenstein und Olpe hinaus, da das Deutschlandticket nicht nur für den Weg zur Schule und die beiden Kreise, sondern darüber hinaus auch in der Freizeit ganzjährig deutschlandweit genutzt werden kann.

Vor dem Hintergrund unmittelbarer Einsparpotenziale für die Schulträger besteht die Möglichkeit für freifahrt- und teilfreifahrtberechnete SuS, zusätzlich zum bestehenden Schülerticket ohne finanzielle Selbstbeteiligung ein Deutschlandticket zu buchen.

Durch die Nutzung des Deutschlandtickets für die freifahrt- und teilfreifahrtberechtigten SuS könnte sich für die Universitätsstadt Siegen ein Einsparpotential von rd. 49.000 Euro pro Monat ergeben. Diese Summe kommt jedoch nur zustande, wenn alle Erziehungsberechneten dieser berechneten Gruppen das Deutschlandticket für ihr Kind beantragen. (Ermittelt auf Basis der Zahlungen im Schuljahr 2022/2023.)

Mit Runderlass vom 02.06.2023 hat das Land weitere Hinweise zum Deutschlandticket für SuS in Nordrhein-Westfalen gegeben. Diese Hinweise bilden ein mögliches Modell ab, das auch nicht freifahrtberechtigten SuS, also solchen, die keinen Anspruch auf Übernahme der Schülerfahrkosten nach der Schülerfahrkostenverordnung haben (= „Selbstzahler“), die Möglichkeit bietet, ein Deutschlandticket zum vergünstigten Preis von monatlich 29 Euro zu erwerben. Die Differenz zum Preisniveau von monatlich 49 Euro (also 20 Euro) ist bei Umsetzung dieses Modells vom Schulträger zu übernehmen.

Bei Übernahme des Landesmodells wären zur Finanzierung der Tickets mindestens die Einsparungen der Schulträger, die aus der Absenkung der bisherigen Preise für das Schulwegmonatsticket für anspruchsberechtigte SuS auf Deutschlandticket-Niveau entstehen, an einen regionalen Finanzierungsfonds abzutreten. Das Modell sieht vor, dass der Finanzierungsfonds die auskömmliche Finanzierung des preisreduzierten Tickets für Selbstzahler in einem größeren Tarifraum gewährleisten soll. Für die Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe ist dies der Tarifraum der Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd (VGWS). Mit Beteiligung an einem solchen gemeinsamen Finanzierungsfonds übernimmt das Land die Garantie, eventuelle Fehlbeträge auszugleichen, sofern die eingezahlten Mittel nicht auskömmlich sind.

Das im Runderlass beschriebene Modell hat empfehlenden Charakter. Individuelle Finanzierungsmodelle auf Kreisebene sind ausdrücklich gestattet, erhalten aber keine finale Ausgleichsgarantie durch das Land. Ebenso ist der Einstieg in das Landesmodell wie auch in individuelle kommunale Modelle unterjährig jederzeit möglich.

### **3. Vorgehen Kreise und Kommunen**

Im Zuge einer Informationsveranstaltung zur Umstellung des VGWS-SchülerTicket-Solidarmodells in ein Deutschlandticket wurde den kommunalen Schulträgern am 26.07.2023 ein Überblick über mögliche Varianten vorgestellt.

Hierbei wurde sowohl auf die Grundzüge des Landesmodells gem. Runderlass vom 02.06.2023, dessen Einbettung in das bestehende SchülerTicket Westfalen Süd, mögliche Mischformen als auch die Aspekte Finanzierung, Vertrieb und praktisches Handling für Schulträger, Schulen sowie Schülerinnen und Schüler eingegangen.

### **4. Umsetzung Landesmodell gem. Runderlass und finanzielle Auswirkungen**

Vorgeschlagen wird, dass sich alle Schulträger einheitlich dem Landesmodell anschließen und einen entsprechenden Nachtragsvertrag zur Überführung des SchülerTicket-Solidarmodells der VGWS in das landesweite Modell „Deutschlandticket Schule“ zeichnen. Hierbei gehen sie eine vertragliche Verpflichtung ein, die bislang gezahlten Leistungen für Freifahrt- und Teilfreifahrtberechtigte auf Grundlage der jeweiligen Preisstufe eines Schulwegmonatstickets Westfalen-Süd, welche im Rahmen der jährlichen Tarifmaßnahmen fortzuschreiben sind, über zwölf Monate eines Schuljahres hinweg an die VWS als Vertragspartner zahlen.

Die bei den Schulträgern potentiell einsparbaren Mittel (bisherige Schulwegkosten größer 49,00 Euro) dienen der regionalen Rabattierung von Deutschlandtickets für Nichtfreifahrtberechtigte auf 29,00 Euro und gehen in einen fiktiven Fonds auf VGWS-Ebene ein. Die Aufwendungen des Kreises zur Finanzierung des SchülerTickets Westfalen Süd fließen ebenfalls in den Fonds ein.



Nichtfreifahrtberechtigte können eigenständig wählen, ob sie ein Deutschlandticket in Anspruch nehmen wollen. Sie können das Ticket bei Bedarf individuell über das Verkehrsunternehmen für 29,00 Euro beziehen.

Sollten die eingezahlten Mittel der Schulträger im Fonds nicht zur Rabattierung der Nichtfreifahrtberechtigten ausreichen, z. B. aufgrund zu hoher Nachfrage in dieser Gruppe, finanziert das Land NRW die Differenz. Ein entsprechender Antrag wäre im Anschluss über die Tarifgemeinschaft – hier VGWS – zu stellen.

Allerdings geht der Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) derzeit davon aus, dass Mittel aufgrund geringer Nachfrage im Fonds verbleiben und es so zu Rückflüssen (Einsparungen) an die Schulträger kommt. (Allgemein wird bei den Aufgabenträgern von einer Abnahmequote des Deutschlandtickets durch nichtfreifahrtberechtigte SuS von zwanzig Prozent für die Sekundarstufe I und II bzw. von zehn Prozent für die Primarstufe ausgegangen.)

Sollten sich diese Abnahmequoten für nicht berechnete SuS bestätigen, wären mit Blick auf die derzeitigen Schülerzahlen aus dem Fonds Kosten in Höhe von rd. 22.400,00 Euro mtl. zu decken.

Die Ersparnisse, die sich aus der Abnahme der freifahrt- und teilfreifahrtberechtigten SuS ergeben könnten, stellen sich wie folgt dar:

Annahme Abnahmequote	Abnehmende SuS	monatliche Zahlung SJ 22/23	monatliche Zahlung bei Abnahme	monatliche Zahlung für nichtabnehmende SuS (Durchschnitt: 67€)	Ersparnis pro Monat
100%	2757	184.240,00 €	135.093,00 €	0,00 €	49.147,00 €
80%	2206	184.240,00 €	108.094,00 €	36.917,00 €	39.229,00 €
60%	1654	184.240,00 €	81.046,00 €	73.901,00 €	29.293,00 €
40%	1103	184.240,00 €	54.047,00 €	110.818,00 €	19.375,00 €
20%	551	184.240,00 €	26.999,00 €	147.802,00 €	9.439,00 €

Die möglichen Ersparnisse reduzieren sich selbstverständlich um die aus dem Fonds notwendigen Beträge.

Sofern sich alle Schulträger diesem Modell anschließen, ist damit ab dem 1. Februar 2024 für alle SuS in den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein die Grundlage für die Nutzung eines Tickets für Bus und Bahn zur Schule und in der Freizeit in ganz Deutschland gelegt.

## 5. Sonstiges

Den Verkehrsunternehmen in der VGWS werden laut MUNV sämtliche Fahrgeldausfälle aus dem Deutschlandticket über den ÖPNV-Rettungsschirm ausgeglichen.

Die Entscheidung über die Teilnahme am Landesmodell obliegt jedem Schulträger einzeln. Sofern eine Teilnahme am Landesmodell nicht erfolgt, entfällt im Zuständigkeitsbereich des Schulträgers für die nichtfreifahrtberechtigten SuS die Möglichkeit, ein rabattiertes Deutsch-

landticket zu erwerben. Sie können aber weiterhin mit dem SchülerTicket Westfalen Süd den ÖPNV in den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein nutzen.

Die Umsetzung des Landesmodells sowie die kostenlose Abgabe des Deutschlandtickets Schule an die frei- und teilfreifahrtberechtigten Schüler steht unter dem Vorbehalt einer vollumfänglichen Finanzierung des Deutschlandtickets seitens des Bundes und der Länder über den 31.12.2023 hinaus.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>     			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>     			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Wirtschaftsförderung  
Bearbeitet von: Nicole Kühn

Siegen, 01.06.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>20.06.2023</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>22.08.2023</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>23.08.2023</b>
<b>Rat</b>	<b>06.09.2023</b>

Kurzbezeichnung:

**Parkraumbewirtschaftung;  
3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“.

### **Sachverhalt / Begründung:**

In seiner Sitzung vom 22.02.2023 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen Änderungen in der Entgeltstruktur beschlossen, die eine Anpassung der Parkgebührenordnung in der geltenden Fassung erforderlich machen. Die seinerzeit beschlossene Parkraumkonzeption für genau definierte Bereiche bzw. Straßen im Stadtgebiet entfällt vollständig.

Zur Verdeutlichung der Änderungen sind in Anlage 2 (Synopsis) die Inhalte der Parkgebührenordnung mit Inkrafttreten vom 15.10.2019 den neuen Regelungen ab 01.10.2023 gegenübergestellt.

Die Kosten der Umstellung von den insgesamt 30 vorhandenen Parkscheinautomaten werden sich nach Schätzung der Straßenunterhaltung auf ca. 4.000,00 € bis 4.500,00 € belaufen. Ein verbindliches Angebot zur Umstellung auf Grundlage der aktuellen ggfs. zu der Vergangenheit abweichenden Konditionen wurde von der Straßenunterhaltung bei dem Wartungsvertragspartner angefragt.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
ca. 4.500,00 €				

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Ansatz 2023: 70.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 12020100 Sachkonto 5216050
--	---	-------------------------------	---	---

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <b>Derzeit kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit sich die Änderungen in der Entgeltstruktur der Parkgebühren auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen auswirken.</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

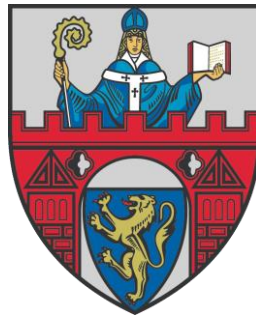
gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [81\\_010\\_Parkgebührenordnung\\_neu](#)
2. [Synopsis 2023 Anlage 2 zur Vorlage](#)

**Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen  
(Parkgebührenordnung)**

Ordnungsziffer	Zuständigkeit	Ratsbeschluss vom
81.010	Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung	06.09.2023

Aufgrund des § 6a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919) in der zurzeit geltenden Fassung, des § 38 Buchst. b in Verbindung mit den §§ 29, 30 und 33 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NRW S. 528) in der zurzeit geltenden Fassung und des § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung vom 05.07.2016 (GV NRW S. 515) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Siegen am 06.09.2023 folgende 3. Änderungssatzung beschlossen:

## **§ 1 Gebührenpflicht**

1. Soweit das Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen nur nach Bedienung eines Parkscheinautomaten zulässig ist, werden Gebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.
2. Das gleiche gilt, soweit die Überwachung der Parkzeit aufgrund digitaler Bezahlungssysteme erfolgt.

## **§ 2 Gebührenhöhe**

1. Der gebührenpflichtige Zeitraum und die zulässige Parkzeit sind auf dem Parkscheinautomaten bzw. einer entsprechenden Beschilderung angegeben.
2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.
  - a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.
  - b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.

## **§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte**

1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.
2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.



## **§ 4**

### **Inkrafttreten**

Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

## Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

Synopse (es werden nur §§ erwähnt, bei denen sich Änderungen ergeben)

Alte Fassung	Neue Fassung
Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)	Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
<p><b>§ 2 Gebührenhöhe</b></p> <p>2. Die Gebühr beträgt für jede angefangene Stunde der Inanspruchnahme 0,50 EUR, sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.</p>	<p><b>§ 2 Gebührenhöhe</b></p> <p>2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.</p> <p>a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.</p> <p>b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.</p>
<b>§ 3 Geltungsbereich der Parkraumkonzeption</b>	entfällt
	<p><b>§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte</b></p> <p>1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.</p> <p>2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet und durch den jeweiligen Anbieter von dem Gebührenschuldner erhoben und entgegengenommen. Diese Parkgebühren werden von allen Anbietern an die Universitätsstadt Siegen abgeführt. Von den Anbietern sind entsprechende Nachweise für die Universitätsstadt Siegen zu führen. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d.</p>

	h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.
<b>§ 6 Inkrafttreten</b>  Diese 2. Änderungssatzung tritt am 15.10.2019 in Kraft.	<b>§ 4 Inkrafttreten</b>  Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Wirtschaftsförderung  
Bearbeitet von: Nicole Kühn

Siegen, 14.07.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss	22.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Parkraumbewirtschaftung;  
Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (PSA) im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“ in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

### Sachverhalt / Begründung:

Bei der Umsetzung des am 22.02.2023 im Rahmen der Haushaltsberatungen gefassten Ratsbeschlusses zur Parkgebührenhöhe im Gebiet der Stadt Siegen haben sich in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften am 20.06.2023 bei der Beratung über die Vorlage 1433/2023 Unklarheiten zu den Themen Tagestickets, Höchstparkdauer sowie Sonderregelungen für bestimmte Bereiche ergeben, welche bei der ursprünglichen Beschlussfassung nicht bedacht wurden und durch die Verwaltung wie folgt aufgearbeitet wurden:

## 1. Tagestickets

Auf den drei großen Parkplätzen Bismarckparkplatz, Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Parkplatz an der Siegerlandhalle ist es bislang möglich, ein Tagesticket zu einem Preis von 3,00 € bzw. 5,00 € zu lösen. Dies ermöglicht Besucher\*innen bzw. Arbeitenden mit langer Verweildauer das Parken in der Innenstadt bzw. im Stadtteil Weidenau zu vergleichsweise geringen Konditionen.

Diese Möglichkeit soll auch weiterhin bestehen, sodass im Rahmen der geplanten Änderungen in der Entgeltstruktur zum 01.10.2023 auch die Preise der Tagestickets angepasst werden sollten.

Seitens der Verwaltung wird in Abstimmung mit der KEG Siegen mbH und der Siegerlandhalle für den Parkplatz an der Siegerlandhalle eine Erhöhung von 5,00 € auf 8,00 € vorgeschlagen sowie für den Bismarckplatz und den Zentralparkplatz Weidenau eine Erhöhung von 3,00 € auf 6,00 €.

## 2. Höchstparkdauer bzw. Programmierung der PSA

### **2.1 Höchstparkdauer**

Bei der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 22.02.2023 ergibt sich insbesondere das Problem, dass für alle bewirtschafteten Bereiche am Straßenrand jeweils eine Höchstparkdauer (15 Minuten, 30 Minuten, 1, 2 oder 3 Stunde/n) festgelegt ist. Der neue Gebührentarif sieht vor, dass die erste halbe Stunde auf allen Parkflächen 1,00 € kosten soll. Jede weitere Stunde auf Parkflächen am Straßenrand soll 2,00 €, auf großen Parkplätzen und in Parkhäusern 1,50 € kosten. Diese Taktung hat zur Folge, dass die PSA nicht mehr interpolieren und eine Bezahlung der Gebühren folglich nicht mehr in Zwischenschritten möglich ist. Personen, die die jeweils erlaubte Höchstparkdauer auf den Flächen am Straßenrand ausschöpfen möchten, haben nicht die Möglichkeit, eine Gebühr für genau 15 Minuten, eine, zwei oder drei Stunden zu entrichten, sondern müssen aufgrund der beschlossenen Taktung „*Erste halbe Stunde -> jede weitere Stunde...*“ und der daraus resultierenden fehlenden Interpolation direkt Gebühren für 30 Minuten, 1,5 Stunden, 2,5 Stunden bzw. 3,5 Stunden zahlen. Es wird alsdann Parkzeit bezahlt, welche tatsächlich nicht in Anspruch genommen werden darf.

### **Beispiel 1 „Juliusstraße“:**

<b>bezahlte</b> Parkzeit	<b>erlaubte</b> Höchstparkdauer 1 Stunde	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
0,5 Stunden		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	(Höchstparkdauer
<b>1,5 Stunden</b>	<b>1 Stunde</b>	3,00 €	1,50 €

**Beispiel 2 „Grafestraße“:**

<b>bezahlte</b> Parkzeit	<b>erlaubte</b> Höchstparkdauer 2 Stunden	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
0,5 Stunden		1,00 €	-
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	1,50 € / Std.
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	1,50 € / Std.
<b>2,5 Stunden</b>	<b>2 Stunden</b>	5,00 €	3,00 €

In dem Beispiel 1 wird eine Gebühr in Höhe von 3,00 € entrichtet, welche einer tatsächlichen Parkzeit von 1,5 Stunden entsprechen müsste. Aufgrund der festgelegten Höchstparkdauer für diesen Bereich von einer Stunde darf die tatsächlich bezahlte Parkzeit nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Bei Überschreitung der Höchstparkdauer würde im Falle einer Kontrolle durch den kommunalen Ordnungsdienst trotz entrichteter Gebühren unter Umständen ein Verwarngeld ausgesprochen.

In diesem Fall müsste neben der Anpassung der Gebührenhöhe bzw. der oben beschriebenen pauschalen Gebührenerhebung auch die Anpassung der Höchstparkdauer für die entsprechenden Bereiche erfolgen.

- Bereiche mit bisher 15 Minuten Höchstparkdauer
  - neu: Kurzzeitparkzonen entfallen vollständig, 30 Minuten Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 1 Stunde Höchstparkdauer
  - neu: 1,5 Stunden Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 2 Stunden Höchstparkdauer
  - neu: 2,5 Stunden Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 3 Stunden Höchstparkdauer
  - neu: 3,5 Stunden Höchstparkdauer

Alternativ müsste die Taktung der Gebühren angepasst und der Beschluss vom 22.02.2023 insoweit geändert werden, sodass

- die erste halbe Stunde auf allen Flächen mit 1,00 € berechnet wird,
- die zweite halbe Stunde ebenso auf allen Flächen mit 1,00 € berechnet wird
- für die Bereiche am Straßenrand, in denen länger als eine Stunde geparkt werden darf jede weitere Stunde mit 2,00 €, auf großen Parkplätzen jede weitere Stunde mit 1,50 € berechnet wird.

Die Parkgebühren würden jedoch auch in diesem Fall weiterhin mit Pauschalen berechnet, sodass der Parkende auch bei einem Aufenthalt von wenigen Minuten in allen Bereichen gezwungen ist, die jeweilige Pauschale zu zahlen.

**2.2 Programmierung der PSA**

Die unter 2.1 beschriebene Problematik entsteht nicht bzw. eine Anpassung der jeweiligen Höchstparkdauer ist nicht erforderlich, wenn die beschlossenen Gebühren nicht pauschal



berechnet werden, sondern weiterhin der linear-progressive Tarif angewendet wird. Dies führt auch dazu, dass der Aufwand der Umstellung so gering wie möglich gehalten wird. Gewährleistet ist, dass der am 22.02.2023 beschlossene erhöhte Gebührentarif Geltung hat, allerdings wird die Parkzeit mit jedem Münzeinwurf bis zur geltenden Höchstparkdauer vom jeweiligen PSA in Zwischenschritten berechnet.

### Beispiel 1 „Juliusstraße“:

<u>bezahlte</u> Parkzeit	<u>erlaubte</u> Höchstparkdauer 1 Stunde	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
30 Minuten		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde wird mit 2€ berechnet, aber im linear-progressiven Tarif			
weitere 15 Minuten	2,00 € anteilig	0,50 €	
weitere 9 Minuten	2,00 € anteilig	0,30 €	
weitere 6 Minuten	2,00 € anteilig	0,20 €	1,50 €
<b>1 Stunde</b>	<b>1 Stunde</b>	2,00 €	

### Beispiel 2 „Grafestraße“:

<u>bezahlte</u> Parkzeit	<u>erlaubte</u> Höchstparkdauer 2 Stunden	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
30 Minuten		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde wird mit 2€ berechnet, aber im linear-progressiven Tarif			
weitere 15 Minuten	2,00 € anteilig	0,50 €	
weitere 9 Minuten	2,00 € anteilig	0,30 €	
weitere 6 Minuten	2,00 € anteilig	0,20 €	1,50 € / 2. Std.
weitere 18 Minuten	2,00 € anteilig	0,60 €	
weitere 42 Minuten	2,00 € anteilig	1,40 €	
<b>2 Stunden</b>	<b>2 Stunden</b>	4,00 €	3,00 €

Der bisher in bestimmten Bereichen, zum Beispiel „Neumarkt bis Burgstraße“ oder „Poststraße“ geltende Kurzzeitparktarif von 15 Minuten, wäre durch die Interpolation weiterhin gewährleistet. Dieser Kurzzeitparktarif wird bisher mit 0,30 € berechnet und wird dann unter Berücksichtigung des neuen Tarifs ab dem 01.10.2023 mit 0,50 € berechnet.

Seitens der Verwaltung wird daher vorgeschlagen, dass die Parkscheinautomaten weiterhin so programmiert werden, dass diese interpolieren und der zuvor erläuterte linear-progressive Tarif Anwendung findet, sodass eine nachvollziehbare Gebührenstruktur aus Rechtssicherheitsgründen und auch unter dem Aspekt der Kundenfreundlichkeit gewährleistet ist. Eine Anpassung der jeweiligen Höchstparkdauer ist entbehrlich.

### 3. Sonderregelungen

Für den Parkplatz an der Siegerlandhalle existiert bisher die Regelung, dass zwecks Unterstützung des Ticketshops ein Parken zu den Öffnungszeiten des Ticketshops für die Dauer von bis zu einer Stunde kostenfrei möglich ist. In diesem Zusammenhang wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen diese Regelung grundsätzlich beizubehalten, die Dauer einer kostenlosen Parkmöglichkeit allerdings von einer Stunde auf 30 Minuten zu verkürzen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme  ca. 4.500,00 €	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---	-----------------------	--------------------------	--	---

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit  Ansatz 2023: 70.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 12020100 Sachkonto 5216050
--	---	-------------------------------	---	---

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Derzeit kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit sich die Änderungen in der Entgeltstruktur der Parkgebühren auf die CO <sub>2</sub> -Emissionen auswirken.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

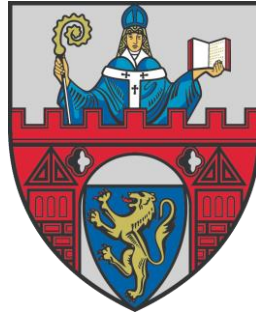
Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [81 010 Parkgebührenordnung NEU2023](#)
2. [Synopsis 2023 Anlage 2 zur Vorlage](#)

**Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen  
(Parkgebührenordnung)**

Ordnungsziffer	Zuständigkeit	Ratsbeschluss vom
81.010	Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung	06.09.2023

Aufgrund des § 6a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919) in der zurzeit geltenden Fassung, des § 38 Buchst. b in Verbindung mit den §§ 29, 30 und 33 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NRW S. 528) in der zurzeit geltenden Fassung und des § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung vom 05.07.2016 (GV NRW S. 515) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Siegen am 06.09.2023 folgende 3. Änderungssatzung beschlossen:

## **§ 1**

### **Geltungsbereich**

1. Für das Parken auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen im Verkehrsraum der Universitätsstadt Siegen werden, sofern die Bedienung von Parkscheinautomaten vorgeschrieben ist, Parkgebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.
2. Das gleiche gilt, soweit die Überwachung der Parkzeit aufgrund digitaler Bezahlungssysteme erfolgt.

## **§ 2**

### **Gebührenhöhe**

1. Der gebührenpflichtige Zeitraum und die zulässige Parkzeit sind auf dem Parkscheinautomaten bzw. einer entsprechenden Beschilderung angegeben.
2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.
  - a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.
  - b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.
3. Für die Großparkplätze an der Siegerlandhalle, dem Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Bismarckplatz ist der Erwerb eines Tagestickets möglich. Die Gebühren betragen für ein Tagesticket
  - a) auf dem Parkplatz an der Siegerlandhalle 8,00 €,
  - b) auf dem Zentralparkplatz Weidenau 6,00 € und
  - c) auf dem Bismarckplatz 6,00 €.

Auf dem Großparkplatz an der Siegerlandhalle ist ein Parkvorgang zum Besuch des Ticketshops von bis zu 30 Minuten kostenfrei möglich.

4. Die Gebührenpflicht entsteht für die erste viertel (Kurzzeitparkzonen) bzw. halbe Stunde in voller Höhe. Im Anschluss ist eine Buchung in kürzeren Intervallen und Zahl-schritten möglich. Die buchbaren Zeiten sind von der gewählten Zahlart abhängig. Als

Zahlarten stehen Barzahlung sowie digitale Bezahlssysteme (Smartparking) zur Verfügung.

### **§ 3**

#### **Gebührenerhebung durch Dritte**

1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.
2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.

### **§ 4**

#### **Inkrafttreten**

Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

## Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

Synopse (es werden nur §§ erwähnt, bei denen sich Änderungen ergeben)

Alte Fassung	Neue Fassung
Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)	Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
<b>§ 1 Gebührenpflicht</b>	<b>§ 1 Geltungsbereich</b>
<p><b>§ 2 Gebührenhöhe</b></p> <p>2. Die Gebühr beträgt für jede angefangene Stunde der Inanspruchnahme 0,50 EUR, sofern im Folgenden nichts Anderes bestimmt ist.</p>	<p><b>§ 2 Gebührenhöhe</b></p> <p>2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.</p> <p>a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.</p> <p>b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.</p> <p>3. Für die Großparkplätze an der Siegerlandhalle, dem Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Bismarckplatz ist der Erwerb eines Tagestickets möglich. Die Gebühren betragen für ein Tagesticket</p> <p>a. auf dem Parkplatz an der Siegerlandhalle 8,00 €,</p> <p>b. auf dem Zentralparkplatz Weidenau 6,00 € und</p> <p>c. auf dem Bismarckplatz 6,00 €.</p> <p>Auf dem Großparkplatz an der Siegerlandhalle ist ein Parkvorgang zum Besuch des Ticketshops von bis zu 30 Minuten kostenfrei möglich.</p> <p>4. Die Gebührenpflicht entsteht für die erste viertel (Kurzzeitparkzonen) bzw. halbe Stunde in voller Höhe. Im Anschluss ist eine Buchung in kürzeren</p>



	<p>Intervallen und Zahlschritten möglich. Die buchbaren Zeiten sind von der gewählten Zahlart abhängig. Als Zahlarten stehen Barzahlung sowie digitale Bezahlssysteme (Smartparking) zur Verfügung.</p>
<b>§ 3 Geltungsbereich der Parkraumkonzeption</b>	entfällt
	<p><b>§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.</li> <li>2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet und durch den jeweiligen Anbieter von dem Gebührensschuldner erhoben und entgegengenommen. Diese Parkgebühren werden von allen Anbietern an die Universitätsstadt Siegen abgeführt. Von den Anbietern sind entsprechende Nachweise für die Universitätsstadt Siegen zu führen. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.</li> </ol>
<p><b>§ 6 Inkrafttreten</b></p> <p>Diese 2. Änderungssatzung tritt am 15.10.2019 in Kraft.</p>	<p><b>§ 4 Inkrafttreten</b></p> <p>Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.</p>

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Siegerlandhalle  
Bearbeitet von: Wolfgang Schneider

Siegen, 08.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

---

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>24.08.2023</b>
---	-------------------

---

<b>Rat</b>	<b>06.09.2023</b>
------------	-------------------

---

Kurzbezeichnung:

**Parkraumbewirtschaftung Siegerlandhalle**

---

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Anpassung der Entgelte für die Benutzung des Parkraumes der Siegerlandhalle während Veranstaltungen gemäß den untenstehenden Ausführungen auf 4,00 € bei Abend- und 8,00 € bei Ganztagesveranstaltungen.

### Sachverhalt / Begründung:

Mit der Verwaltungsvorlage Nr. 1433/2023 wurde dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften die 3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen zur Beratung vorgelegt. Daraus folgt eine deutliche Erhöhung der Parkentgelte.

Der Parkplatz der Siegerlandhalle wird allerdings bei Großveranstaltungen nicht über die aufgestellten Parkscheinautomaten, sondern aktiv mit Hilfe von Parkwächtern bewirtschaftet, um einen reibungslosen Ablauf zu ermöglichen. In Anlehnung an die Erhöhung der Entgelte bei der Bewirtschaftung über Parkscheinautomaten sollten auch die geforderten Entgelte für die aktive Bewirtschaftung mit Parkwächtern angepasst werden.

Derzeit beträgt die Parkgebühr für eine Abendveranstaltung pauschal 2,00 € pro Parkplatz (Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen mit Wirkung vom 01.06.2012), bei Ganztagesveranstaltungen werden 5,00 € abgerechnet.

Zeitgleich mit Inkrafttreten der 3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen sollten daher die Gebühren für die aktive Bewirtschaftung der Parkflächen der Siegerlandhalle auf 4,00 € pro Parkplatz bei einer Abendveranstaltung und 8,00 Euro pro Parkplatz bei einer Ganztagesveranstaltung angehoben werden.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2024	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 20.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 15020100 Sachkonto 4461906
--	---	-------------------------------	---	---

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

#### In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Wirtschaftsförderung  
Bearbeitet von: Sebastian Kölsch

Siegen, 03.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>22.08.2023</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>24.08.2023</b>
<b>Rat</b>	<b>06.09.2023</b>

Kurzbezeichnung:

### **Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet Siegen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt das Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur und die Verteilung der städtischen Potenzialflächen zum eigenwirtschaftlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur an Drittanbieter.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

##### **1. Sachverhalt:**

Der Umstieg auf Elektromobilität im Bereich PKW ist in vollem Gange, um den Straßenverkehr zeitnah umwelt- und klimafreundlicher zu gestalten.

Damit dieser Umstieg nachhaltig gelingt, ist ein flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau auch von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur unabdingbar, um den Bedarf durch die rasant ansteigende Zahl an Neuzulassungen für batterieelektrische Fahrzeuge decken zu können.

Neben dem Ausbau von ausschließlich privat oder dienstlich genutzter Lademöglichkeiten, gilt es auch dem zunehmenden Bedarf über die Bereitstellung von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur gerecht zu werden.

Hierzu können sowohl halböffentliche Flächen (öffentlich zugängliche Flächen auf privatem Grund, z.B. Discounter-Parkflächen) als auch rein öffentliche Flächen für eine Nutzung in Betracht kommen.

Für den Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen kommt auch auf die Stadt Siegen als Oberzentrum der Region Südwestfalen eine zentrale Rolle zu.

## **2. Historie:**

Im Rahmen eines Bundesförderprogramms und dem anschließenden Vergabeverfahren hat die Stadt Siegen gemeinsam mit den Siegener Versorgungsbetrieben in den vergangenen Jahren den Ausbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur vorangetrieben.

Die Beschaffung und der Betrieb der Ladeinfrastruktur erfolgte durch die SVB, die Herstellung der Ladepunkte und die damit verbundenen Kosten durch die Stadt Siegen.

Im Zuge dieses Förderprogramms wurden E-Fahrzeuge sowie Hardware für öffentliche und nicht öffentliche Ladesäulen beschafft. Das Programm ist mittlerweile ausgelaufen und die Beschaffungskosten mit dem Fördergeber abgerechnet.

Der Rat der Stadt Siegen hat für das Jahr 2023 insgesamt 50.000€ für den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur zur Verfügung gestellt.

Diese Mittel werden derzeit für die Herstellungs- und Inbetriebnahmekosten für drei noch ausstehenden Ladestationen benötigt.

Diesbezüglich wird auf die in der **Anlage 1** gekennzeichnete bestehende Ladeinfrastruktur verwiesen.

## **3. Weiteres Vorgehen:**

Im nächsten Schritt geht es nun darum, die zukünftige Ausrichtung der Stadt Siegen für den weiteren Ausbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur auf städtischen Flächen zu definieren.

Laut der Nationalen Plattform Elektromobilität findet der Großteil der Ladevorgänge (85 %) an Standorten im privaten Raum statt.

Dazu zählen das Laden zu Hause in der Garage des Eigenheims oder auf dem Parkplatz bzw. in der Tiefgarage von Mehrfamilienhäusern, sowie das Laden beim Arbeitgeber, d.h. auf dem Firmengelände. Das Laden an öffentlich zugänglichen Standorten macht 15 % der Ladevorgänge aus. Die Ladeinfrastruktur befindet sich also am Straßenrand oder auf öffentlichen Parkplätzen. In dem Zusammenhang sind auch die unterschiedlichen Ladebedarfe und die damit verbundenen Anforderungen zu beachten. Die regelmäßige Ladung bzw. Nachtladung findet an Standorten statt, an denen hohe Standzeiten erzielt werden. Hier ist vor allem der Parkplatz am Wohnort und beim Arbeitgeber betroffen.

Schnellladung erfolgt jenseits der täglichen Routinefahrten, z.B. bei Ausflügen bei denen eine größere Reichweite überwunden werden muss.

Darüber hinaus findet Zwischendurchladen statt, z.B. beim Einkaufen, dem Besuch öffentlicher Einrichtungen oder bei Freizeitaktivitäten.

In gemeinsamen Abstimmungsgesprächen mit den beteiligten Fachabteilungen wurden zentrumsnahe Potenzialflächen identifiziert, die vorbehaltlich einer konkreten Prüfung zur Machbarkeit, geeignet erscheinen, um öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur zu errichten. Zielgruppen sind hier insbesondere private Nutzer in den Kernlagen des Stadtgebietes, sowie Anwohner, die aufgrund der Begebenheiten am Wohnort keine ausreichenden Möglichkeiten zum Aufbau von Ladeinfrastruktur am Wohneigentum oder an Mietwohnungen haben.

Für die Wahl geeigneter Standorte für Schnellladesäulen im öffentlichen Bereich wurden folgende Kriterien identifiziert, die es zu berücksichtigen gilt:

**a) Verkehr:**

Die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs ist zwingend zu berücksichtigen. Es soll ein möglichst störungsfreier und öffentlich sichtbarer Standort gewählt werden, durch den der Straßenverkehr nicht beeinflusst wird, der zudem aber möglichst ungehindert und problemlos angefahren werden kann.

**b) Parkflächen:**

Der Standort soll im Einklang mit den dort vorherrschenden Parkverhalten und dem Nutzerverhalten stehen.

Es muss daher im Einzelfall abgewägt werden, inwieweit z.B. Anwohnerparkplätze oder bewirtschaftete Parkplätze als Standort in Frage kommen und genutzt werden können, oder ob evtl. sogar einzelne Parkplätze für die zum Betrieb erforderlicher Technik (Ladesäulen, Zähleranschlusssäulen und Trafostationen) wegfallen müssten. Die Bereitstellung von ladefähigen Parkflächen ist ohne die genannten Einschränkungen nicht möglich und die Ziele nicht erreichbar.

**c) Grünflächen / Tiefbau:**

Großteile des Stadtgebietes sind begrünt, was die Auswahl an Potenzialstandorten einschränkt.

Im Rahmen von notwendigen Tiefbauarbeiten zum Ausbau von Stromnetzkapazitäten und -anschlüssen, sowie bei der Herstellung von Säulenfundamenten, können Schäden in Wurzelbereichen von Bäumen entstehen und dadurch eine Gefahrenquelle darstellen.

Aus diesem Grund ist im Bereich von Baumkronen keine Errichtung von Anlagen möglich, sodass Standorte allein aus diesem Grund nicht weiter beplant werden können. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass öffentliche Flächen durch die genannten Tiefbauarbeiten nicht übermäßig in Mitleidenschaft gezogen werden.



**d) Netzinfrastuktur:**

In unmittelbarer Nähe der Standorte muss ausreichende Netzleistung vorhanden sein. Gegebenenfalls wird genügend Platz zum Errichten einer Trafostation und weiterer erforderlicher Infrastruktur inklusive Fundamente benötigt.

Unter Beachtung dieser Anforderungen wurden die in der **Anlage 2** aufgeführten Potenzialflächen identifiziert.

**4. Umsetzungsstrategie:**

Bislang wurde städtische Ladeinfrastruktur über Vergabeverfahren beschafft und finanziert. Trotz Ausschöpfung von Fördergeldern trug die Stadt Siegen einen erheblichen Eigenanteil an der Finanzierung.

Da die SVB als Betreiberin die Erträge aus dem Betrieb generiert, ist seitens der Stadt Siegen keine Refinanzierung der Investition gegeben. Die Stadt Siegen kann allerdings nicht als Betreiberin von eichrechtskonformer Ladeinfrastruktur fungieren und ist somit auf Leistungen Dritter angewiesen.

Zudem ist die Umsetzung der einzelnen Baumaßnahmen mit einem enormen Koordinations- und Abstimmungsaufwand verbunden, da mit sehr vielen verschiedenen Akteuren (Stromversorger, Betreiber, Elektriker, Tiefbauer, interne Abteilungen etc.) zusammengearbeitet wird, welches in der Vergangenheit neben den marktbedingten Lieferschwierigkeiten zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen geführt hat.

Seitens verschiedener Marktteilnehmer wurde das Interesse zum eigenwirtschaftlichen Ausbau gegenüber der Stadt Siegen bekundet. In diesem Fall spricht die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr Empfehlungen zur Handhabung aus, die auch die Grundlage für die vorgeschlagene Vorgehensweise bilden.

Die Empfehlungen zielen darauf ab, die aufgezeigten Flächen an Dritte zum eigenwirtschaftlichen Ausbau und Betrieb anzubieten. Ein Vergabeverfahren wäre in diesen Fällen obsolet. Dies wird auch seitens der Wirtschaftsförderung favorisiert, zumal die aufgezeigten Probleme mit Koordinierungsaufwand, Betrieb und großem finanziellem Risiko vermieden würden.

Anbietern wird, im Falle einer positiven Vermittlung, die Nutzung einer Fläche per Sondernutzungserlaubnis oder Gestattung zum Betrieb von Ladeinfrastruktur ermöglicht.

Gute Erfahrungen mit diesem Modell wurden mit der Installation und dem Betrieb der Schnellladsäule durch das Unternehmen SchnellDC auf dem Bismarckparkplatz bereits gemacht.

Generell benötigen Anbieter einen Zeitraum von 8-10 Jahren, damit sich das Invest refinanziert hat, sodass auch entsprechende Erlaubnisse / Gestattungen über diesen Zeitraum erteilt werden sollten.

Vor dem Hintergrund eines stark wachsenden Wettbewerbs in diesem Bereich gilt es daher ein Vorgehen zu bestimmen, um die stark begrenzten öffentlichen Flächen im Interesse der Stadt zu verteilen, aber auch eine Monopolisierung zu vermeiden.

So behält die Stadt die Kontrolle über eine ausgewogene Verteilung und es wird verhindert, dass ein oder mehrere Anbieter zu große Dominanz an der gesamtstädtischen Ladeinfrastruktur erlangen, was wiederum zu nachteiligen Wettbewerbsverhältnissen führen und negative Einflüsse auf die Preisstruktur haben könnte.

Die Flächen werden den Interessenten demnach im Ermessen der Behörde nach Örtlichkeit und Einzelfallentscheidung angeboten, bzw. zugeteilt. Hierbei wird auch berücksichtigt, ob an einem Standort ein Schnelladesystem bevorzugt wird, oder ob Normalladen mit Wechselstrom von Vorteil ist.

Generell sollte der Fokus zukünftig auf dem Ausbau von Schnellladesäulen liegen, da durch kürzere Lade- und Standzeiten einem größeren Nutzerkreis das Laden ermöglicht wird und dadurch der Flächen- und Ressourcenverbrauch für Ladeinfrastruktur gering gehalten wird.

Grundsätzlich bevorzugen Anbieter stark frequentierte Standorte mit hoher Sichtbarkeit und Aufenthaltsqualität, da sich diese verhältnismäßig zügig amortisieren. Dies birgt die Gefahr, dass das Interesse bei Standorten in weniger frequentierten Lagen wesentlich geringer ist und diese evtl. nur schwer vermittelbar sind. Von Anbieterseite wurde signalisiert, auch Standorte betreiben zu wollen, die weniger wirtschaftlich sind, wenn dafür die eigene Anzahl im Stadtgebiet ausreicht, um dies ausgleichen zu können.

Sollte bei der Verteilung deutlich werden, dass manche Potenzialflächen nicht zeitnah vermittelt werden können, so könnte das seitens der Nationalen Leistelle für Ladeinfrastruktur bereitgestellte Flächentool genutzt werden.

Hierbei handelt es sich um eine Vermittlungsplattform, in der sowohl private als auch öffentliche Flächen zur Nutzung an Dritte angeboten werden können.

Bei erfolgreicher Umsetzung des Standortkonzeptes und zeitnaher Vermittlung der Standorte kann die Stadt Siegen somit einen großen Beitrag zur Bedarfsdeckung an öffentlichen Lademöglichkeiten leisten.

Eine Gesamtübersicht der möglichen Ladeinfrastruktur bei Ausnutzung der aufgeführten Potenzialflächen ist in der **Anlage 3** zu sehen.

## **5. Ausblick:**

Der dargestellte Prozess bezieht sich vorerst auf zentrumsnahe Areale des Siegener Stadtgebietes. Es handelt sich hierbei jedoch um einen dynamischen Vorgang, der einen stetigen Ausbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur auf städtischen Flächen vorsieht. In einem nächsten Schritt soll der Fokus auf weitere Stadtteilzentren, sowie auch auf Rand- und Wohnlagen gelegt werden.

Der Umstieg auf Elektromobilität wird nur gelingen, wenn öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur auch auf privaten, halböffentlichen Flächen errichtet und bereitgestellt wird.

Seit einigen Monaten ist die Zahl der öffentlich zugänglichen Ladepunkte in Siegen rückläufig, da bislang Lademöglichkeiten von Privatanbietern (z.B. Autohäuser, Fachgeschäfte, Firmen etc.) nur noch für interne Zwecke genutzt werden oder ausschließlich für Kundschaft zur Verfügung gestellt werden.

Um den Ausbau zu forcieren, ist mit Datum 25.03.2021 das vom Bund auferlegte Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) in Kraft getreten, welches den Aufbau von gebäudeintegrierter Lade- und Leitungsinfrastruktur bei Neubauten oder größeren Gebäude-renovierungen verpflichtend regelt.

Danach werden Eigentümer von Wohn- und Nichtwohngebäuden mit größeren Parkplätzen verpflichtet, Ladeinfrastruktur vorzusehen.

Darüber hinaus müssen ab dem 01.01.2025 auch Bestandsgebäude mit mehr als 20 Parkplätzen unabhängig von einer Renovierungsabsicht Lademöglichkeiten nachweisen.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Die Umsetzung des Konzeptes stellt mit dem Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der CO <sub>2</sub> -Emissionen dar.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

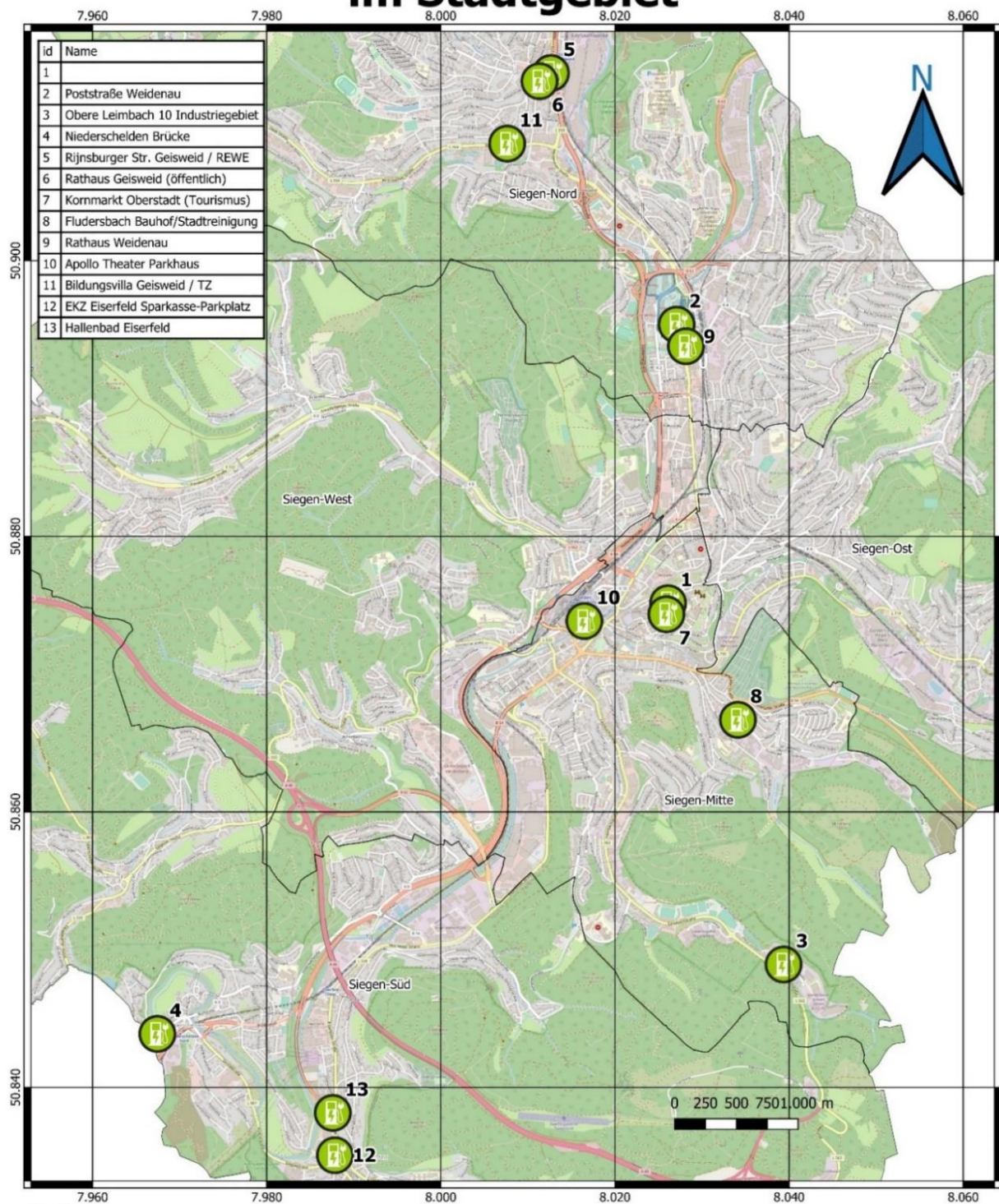
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

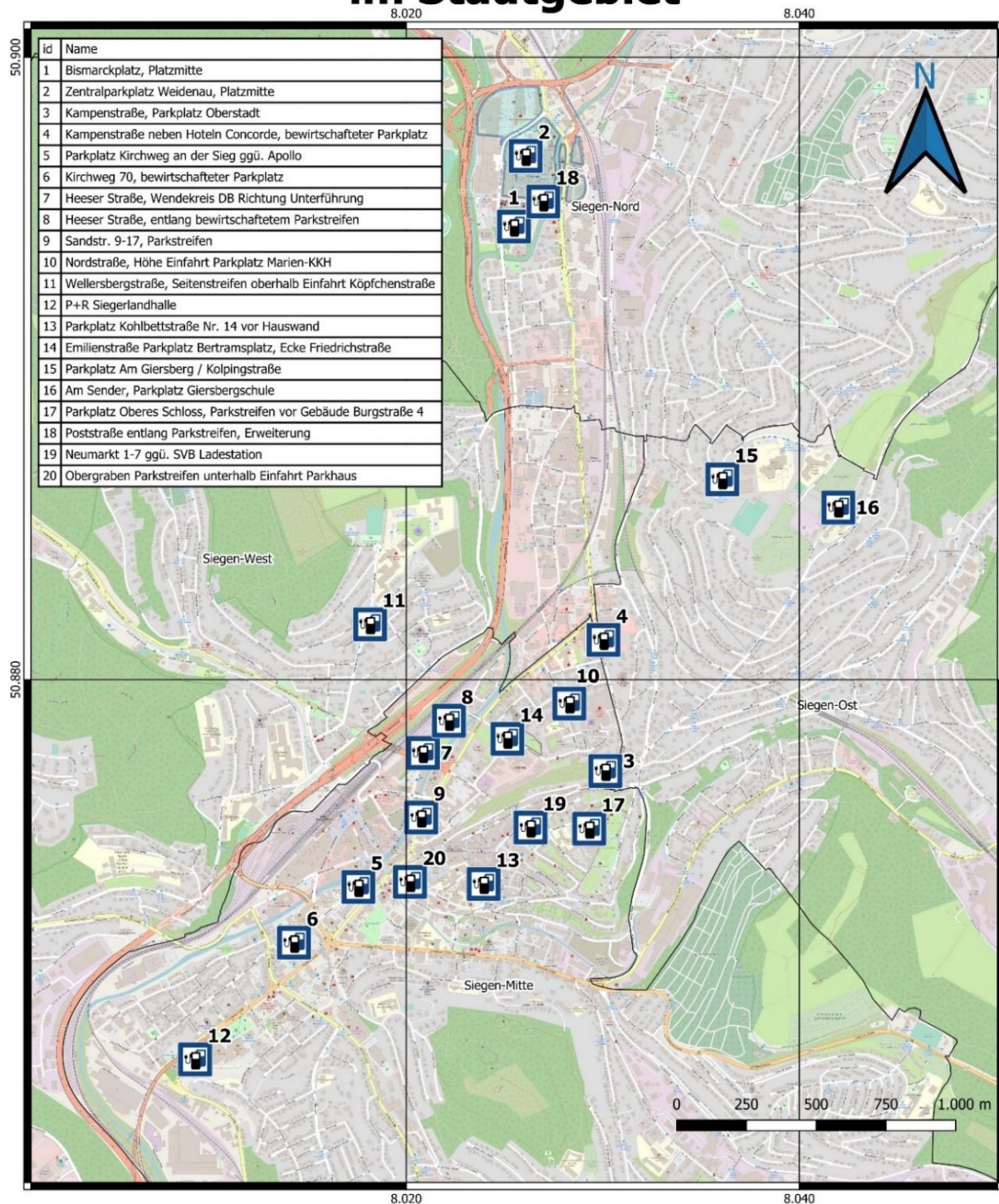
1. [Anlage 1 - Ladeinfrastruktur Bestand](#)
2. [Anlage 2 - Ladeinfrastruktur Potenzialflächen](#)
3. [Anlage 3- Ladeinfrastruktur Gesamt](#)

# Geförderte Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet



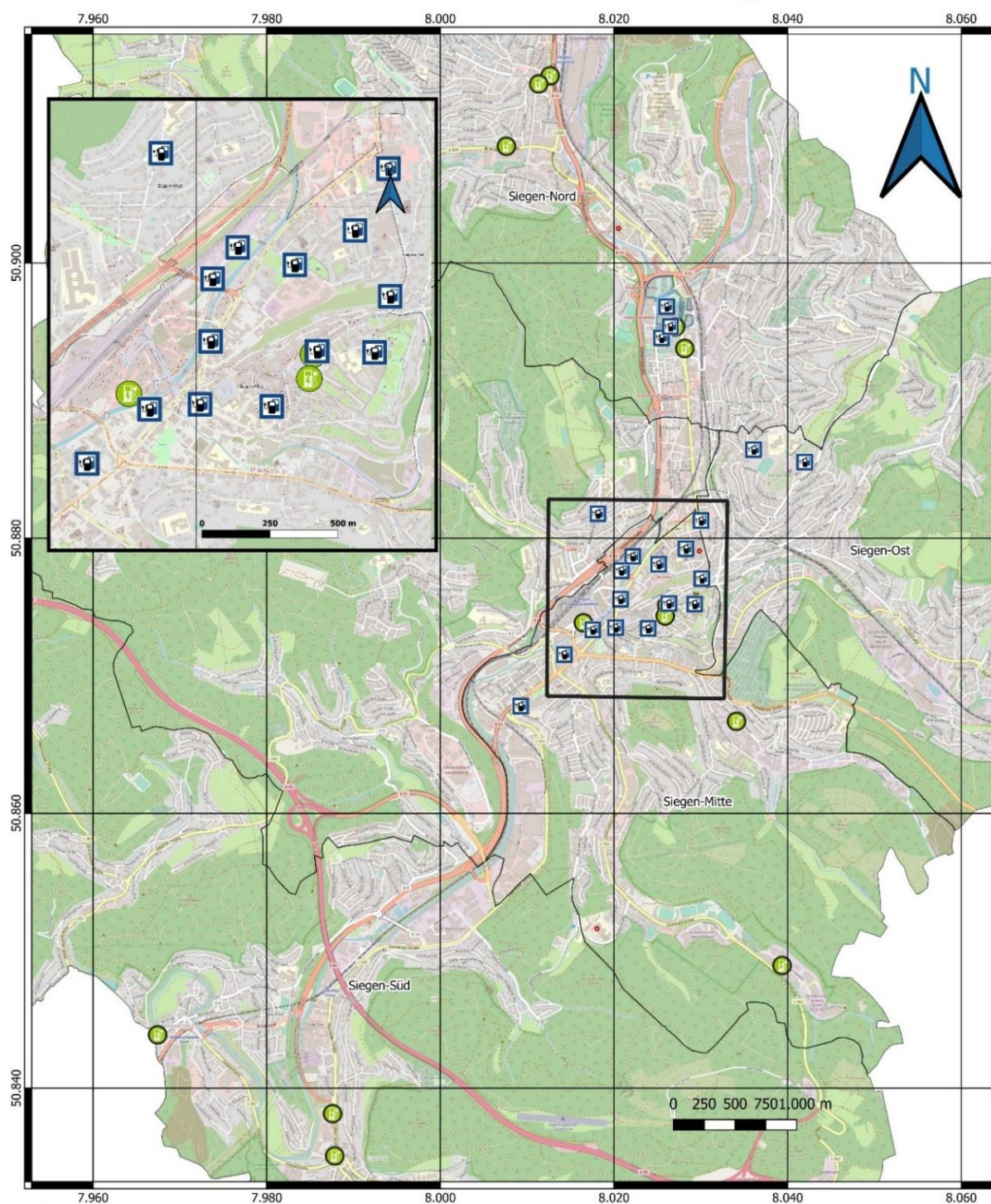


# Potenzialstandorte für Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet





# Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Kulturförderungen und -veranstaltungen  
Bearbeitet von: Sarah Wissenbach

Siegen, 25.05.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	08.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

### Nutzungsvereinbarung Musikpavillon

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universität Siegen beschließt den Nutzungsvertrag und die Nutzungsbedingungen für die Vermietung des Musikpavillons im Schlosspark Oberes Schloss.

#### Sachverhalt / Begründung:

Nach der Neugestaltung der Spielfläche Musikpavillon im Schlosspark Oberes Schloss soll diese nun auch für nichtstädtische Kulturveranstaltungen geöffnet werden. Die Nutzung soll dabei kostenlos sein, lediglich die Nebenkosten für Strom und ggf. den Platzwart werden in Rechnung gestellt. Eine Kautions kann je nach Veranstaltungsart hinterlegt werden.

Zwischen der Stadt Siegen als Vermieterin und der/dem Nutzer/in wird ein Nutzungsvertrag geschlossen. Die Nutzungsvereinbarung als Anlage zum Vertrag regelt dazu die Details.

Als Mietgegenstand gilt die Fläche, inklusive der ansteigenden Bestuhlung und in den Sommermonaten die Zeltüberdachung und die Sonnenschirme.

Am Musikpavillon sollen keine politischen oder weltanschaulichen Veranstaltungen stattfinden. Auch Veranstaltungen gewerblicher und kommerzieller Art sind nicht erlaubt. Auch ist das Erheben von Eintrittsgeldern nicht gewünscht.

Veranstaltungen der Stadt Siegen sollen bei der Vermietung der Fläche generell Vorrang vor Anfragen externer Nutzer haben. In den Sommermonaten wird der Musikpavillon sonntags

durch die Veranstaltungsreihe „Sonntagnachmittags um 4“ belegt. An den Samstagen in den Sommerferien steht der Musikpavillon dem Kindertheater zur Verfügung. Der kulturelle Aspekt einer Veranstaltung entscheidet über die Vermietung.

Die jeweiligen Veranstalter übernehmen während der Mietzeit die Haftung und die Verkehrssicherungspflicht. Zudem holt der Veranstalter die notwendigen Genehmigungen ein. Die Veranstaltungen müssen bis 22.00 Uhr beendet werden. Grillen und offenes Feuer ist genauso untersagt wie pyrotechnische Effekte.

Die Vermietung des Musikpavillons erfolgt über die Abteilung 2/4-1.

Der Verwaltungsvorlage beigelegt sind die Nutzungsbedingungen und der Nutzungsvertrag.

**Finanzielle Auswirkungen**    ☒ ja    ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div style="height: 80px;"></div>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  <div style="height: 100px;"></div>			

i.A.

gez.

Astrid Schneider  
Abteilungsleiterin

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

**NUTZUNGSVERTRAG**  
**für den Musikpavillon im Schlosspark des Oberen Schlosses in Siegen**  
(Nutzungsgegenstand ist näher bezeichnet unter Punkt 1 der Nutzungsbedingungen)

Der folgende Nutzungsvertrag wird zwischen der

**Universitätsstadt Siegen**

**Markt 2**

**57072 Siegen**

**vertreten durch den Bürgermeister (nachfolgend Vermieterin genannt)**

und

---

---

---

vertreten durch \_\_\_\_\_

(nachfolgend Nutzer/in genannt) geschlossen.

**1) Veranstaltungsdetails:**

Der Musikpavillon wird am \_\_\_\_\_ in der Zeit von

Aufbau: \_\_\_\_\_ Uhr

Veranstaltung: \_\_\_\_\_ Uhr

Abbau: \_\_\_\_\_ Uhr

für folgende Veranstaltung:

---

genutzt.

## **2) Nutzungsordnung:**

Bestandteil dieses Vertrages ist die Nutzungsordnung für den Musikpavillon im Schlosspark Oberes Schloss in der jeweils gültigen Fassung. Die Nutzer/in bestätigt durch die geleistete Unterschrift ausdrücklich deren Anerkennung.

## **3) Genehmigungen**

Die/der Nutzer/in verpflichtet sich zur Einholung aller erforderlichen ordnungs- bzw. verkehrsbehördlichen Genehmigungen und Gestattungen, und weist diese vor der Veranstaltung der Vermieterin nach.

## **4) Mietzins:**

Der Musikpavillon wird der Nutzerin/dem Nutzer kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Kosten für Personal und Strom werden im Anschluss an die Veranstaltung, nach tatsächlichem Aufwand, in Rechnung gestellt. Der Preis pro Kilowattstunde Strom beträgt derzeit 0,60 €/kwh. Der Platzwart wird mit 32 €/Std. berechnet.

Von den Nutzungsbedingungen und des Nutzungsvertrages abweichende Vereinbarungen sind nur dann wirksam, wenn sie von der Vermieterin schriftlich bestätigt werden.

Der Vermieterin steht auf dem vermieteten Gelände das alleinige Hausrecht zu, das außer den zuständigen Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen und dem Platzwart im Rahmen des Mietvertrages weiteren Personen übertragen werden kann.

## **5) Kautions:**

Die Vermieterin behält sich vor eine Kautions in Höhe von 500 € in bar zu erheben. Die Kautions wird nach der Veranstaltung, wenn der Musikpavillon im ordnungsgemäßen Zustand übergeben wird, wieder ausgezahlt.

## **6) Verkehrssicherheit:**

Für die Dauer der Veranstaltung einschließlich Auf- und Abbau wird der Nutzerin/dem Nutzer die Verkehrssicherungspflicht hinsichtlich der gemieteten Fläche einschließlich aller Zuwege verantwortlich übertragen. Hierzu gehören insbesondere das Freihalten der erforderlichen Rettungswege und die Beseitigung möglicher Unfallquellen (z.B. Stolperfallen durch Versorgungskabel).

## **7) Haftung**

Die Nutzerin/der Nutzer trägt das gesamte Haftungsrisiko der Veranstaltung einschließlich der Auf- und Abbauzeiten. Die/der Nutzer/in haftet insbesondere für alle durch ihn bzw. den



Veranstalter, dessen Beauftragte, Besucher oder Gäste in Zusammenhang mit der Veranstaltung verursachten Personen- und Sachschäden, die im Nutzungsbereich des Musikpavillons, im Bereich der Zugänge, an den technischen Einrichtungen (Stromkasten) sowie Bäumen und Pflanzungen entstanden sind.

## **8) Rücktritt vom Vertrag**

Die Vermieterin ist berechtigt, insbesondere dann von dem Vertrag zurückzutreten, wenn

- a) durch die beabsichtigte Veranstaltung eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, eine Schädigung des Ansehens der Vermieterin oder ein Verstoß gegen die guten Sitten zu befürchten ist
- b) oder vereinbarte Kautionsleistung nicht geleistet wird
- c) oder die/der Nutzer/in den Verpflichtungen aus den Nutzungsbedingungen nicht nachkommt.

Die Vermieterin kann von einem vereinbarten Termin oder Reservierung insbesondere dann zurücktreten, wenn die/der Nutzer/in die ihr/ihm überlassene Vertragsausfertigung nicht fristgerecht unterzeichnet zurückgibt.

Die Nutzerin/der Nutzer verzichtet auf die Geltendmachung jeglicher Schadensersatzansprüche, wenn die Vermieterin aus vorstehenden Gründen von dem Rücktrittsrecht Gebrauch macht.

## **9) Vertragsabschluss**

Die ausgefüllten und unterschriebenen Vertragsausfertigungen sind umgehend vor der Veranstaltung an die Vermieterin zurückzusenden. Der Vertrag wird rechtsgültig mit der Rücksendung einer von der Vermieterin unterschriebenen Vertragsausfertigung an die Mieter. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

## **10) Schlussvorschrift**

Soweit keine gesetzlichen Regelungen entgegenstehend, insbesondere §§ 38 ff. ZPO, wird für alle aus oder in Zusammenhang mit den Vertragsverhältnissen sich ergebende Streitigkeiten als Gerichtsort Siegen vereinbart. Als Erfüllungsort wird Siegen vereinbart.

Sofern eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam ist, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt.

---

Ort, Datum

Der Bürgermeister  
im Auftrag Abteilung 2/4-1(Vermieterin)

---

Ort, Datum

Nutzer/in

## **Nutzungsbedingungen für den Musikpavillon im Schlosspark des Oberen Schlosses in Siegen**

Die folgenden Nutzungsbedingungen sind Bestandteil des Nutzungsvertrages:

- Gegenstand des Nutzungsvertrages ist die Fläche des Musikpavillons mit der Zeltkonstruktion (in den Sommermonaten) und der ansteigenden Bestuhlung (im folgenden Musikpavillon genannt) im Schlosspark des Oberen Schlosses in 57072 Siegen. Der Musikpavillon ist eine öffentliche Einrichtung der Universitätsstadt Siegen und dient kulturellen Zwecken soweit die Veranstaltungen nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind.
- Die Terminvergabe, Organisation und Platzbewirtschaftung obliegt dem Bürgermeister, Arbeitsgruppe 2/-1 Kulturförderung und Veranstaltungen, in Abstimmung mit den erforderlichen Genehmigungsträgern/Ordnungsbehörden.
- Der zur Verfügung gestellte Musikpavillon darf nur für die im Nutzungsvertrag genannte Veranstaltung genutzt werden.
- Die Zeiten, die im Nutzungsvertrag für den Aufbau, für die Veranstaltung und für den Abbau festgelegt sind, sind genau einzuhalten. Die Veranstaltung inkl. Abbau muss spätestens um 22 Uhr beendet sein.
- Vor Abschluss des Nutzungsvertrags ist die Einholung aller behördlichen Genehmigungen bzw. Gestattungen durch die/den Nutzer/in erforderlich.
- Die Fläche ist nicht für Firmen- oder Familienfeiern, politische oder weltanschauliche Veranstaltungen vorgesehen. Veranstaltungen gewerblicher und kommerzieller Art sind ebenfalls nicht erlaubt. Das Erheben von Eintrittsgeldern nicht gestattet.
- Veranstaltungen der Stadt Siegen haben generell Vorrang vor Anfragen externer Nutzer. In den Sommermonaten wird der Musikpavillon sonntags durch die Veranstaltungsreihe „Sonntagnachmittags um 4“ belegt. An den Samstagen in den Sommerferien steht der Musikpavillon dem Kindertheater zur Verfügung. Es besteht kein Anspruch auf die Vermietung des Pavillons.
- Die Gebrauchsüberlassung erfolgt auf Grundlage behördlich genehmigter Rettungsweg- und Bestuhlungspläne mit festgelegter Besucherkapazität zu dem von der Nutzerin/dem Nutzer angegebenen Nutzungszweck.

- Die ansteigende Bestuhlung ist maximal für 400 Besucherinnen und Besucher ausgelegt.
- An den Abspannungen und den Stützen der Zeltkonstruktion darf nichts verändert werden. Auch dürfen keine Gegenstände an die Zeltkonstruktion gehangen werden.
- Die Sonnenschirme können bei Bedarf mitgenutzt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Schirme nach Verwendung wieder eingefahren und mit den Schutzhüllen versehen werden.
- Auf die Einhaltung entsprechender Lärmschutzrichtwerte ist zu achten. Gemäß VDI 2058 (Beurteilung von Arbeitslärm in der Nachbarschaft) bzw. der LAI-Mustervorschrift zur Ermittlung, Beurteilung und Vermeidung von Geräuschemissionen beträgt dieser Richtwert am geöffneten Fenster 45 dB(A) bei Tag (06:00-22:00 Uhr).
- Grillen und offenes Feuer sind untersagt. Auch das Nutzen von pyrotechnischen Effekten ist nicht gestattet.
- Auf Wunsch kann ein Stromanschluss (Schuko 16 A CEE-rot) zur Verfügung gestellt werden. Bitte melden sie diesen rechtzeitig bei der Vermieterin an. Die Kosten pro Kilowattstunde Strom betragen 0,60 €.
- Je nach Veranstaltungsart ist eine Betreuung während der Veranstaltung durch den Platzwart notwendig. Die Kosten für den Platzwart betragen 32,00 €/Std.  
Den Anweisungen des Platzwartes ist Folge zu leisten.
- Die öffentliche Toilettenanlage befindet sich im Untergeschoss der Schlossstuben.
- Alle auftretenden oder verursachten Schäden sind unverzüglich der Vermieterin zu melden. Die/der Nutzer/in übernimmt die volle Haftung für alle Schäden, die durch die Nutzung entstehen.  
Die/der Nutzer/in verpflichtet sich, alle zu Aufbaubeginn sichtbaren Schäden am Musikpavillon der Vermieterin unverzüglich mitzuteilen, ansonsten gilt die Mietsache als in einwandfreiem Zustand übernommen.
- Das Befahren des Schlossgartens ist nur zum Ausladen und Einladen von Equipment gestattet. Danach ist das Fahrzeug unverzüglich zu entfernen. Parkmöglichkeiten befinden sich auf dem Parkplatz „Am Hasengarten“.
- Die Blumenbeete dürfen nicht betreten werden.
- Der Musikpavillon ist besenrein zu hinterlassen und sämtlicher Abfall ist mitzunehmen. Bei außergewöhnlichen Verschmutzungen wird der Reinigungsaufwand zusätzlich berechnet.

- Sämtliche steuerlichen Verpflichtungen obliegen der Nutzerin/dem Nutzer ebenso wie die ggf. anfallenden Gebühren für musikalische Aufführungs- und mechanischen Vervielfältigungsrechte (GEMA, VG Wort, etc.).
- Sollte die Nutzung ausfallen ist die Vermieterin unverzüglich zu informieren
- Die Vermieterin behält sich das Erheben einer Kautions vor.
- Eine Gebrauchsüberlassung an Dritte ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Vermieterin zulässig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: 3/1-1  
Bearbeitet von: Kämmerei

Siegen, 20.07.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss**

**23.08.2023**

**Rat**

**06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2023**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Nach § 83 GO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Der Rat hat den Haushalt 2023 am 22.02.2022 beschlossen. Im 1. und 2. Quartal 2023 waren über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen in Höhe von 93.500,00 € in der Zuständigkeit des Stadtkämmerers erforderlich.

Gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW ist die Deckung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen durch Minderaufwendungen/-auszahlungen von 93.500,00 € gegenüber der Haushaltsveranschlagung sichergestellt worden.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

- [apl üpl 1.+2. Quartal 2023](#)

**Zusammenstellung der dem Rat bekanntzugebenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im 1. + 2. Quartal 2023:**

Kostenträger bzw. Auftrag / Sachkonto	Bezeichnung	HH-Soll einschl. Sollübertra- gungen in €	über- / außer- planmäßige Auszahlung in €	Bemerkung
---	-------------	--	--	-----------

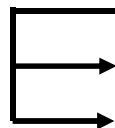
**Konsumtiver Mehraufwand/-auszahlungen**

06020202/ 5232000	Kindertagespflege/ Erstattungen an Kreise bzw. Gemeinden	0,00	<b>10.000,00</b>	Kinder mit Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung wurden in einer Kindertagespflege- stelle des Kreises Siegen-Wittgenstein untergebracht. Für die Kostenerstattung an den Kreis mussten außerplanmäßige Mittel bereitgestellt werden. Die Deckung erfolgte innerhalb des Budgets.
----------------------	--	------	------------------	--

**Investive Mehrauszahlungen**

H090201151/ 7851000	RudS, 5. Bew., Öffentliche WC- Anlage Schlosspark / Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	425.000,00	<b>16.000,00</b>	Aus der aktualisierten Kostenkalkulation ergab sich ein Mehrbedarf, der durch nicht benötigte Restmittel bei H090201150 - RudS, 5. Bew., Bunker Burgstraße - gedeckt wurde.
H011101103/ 7851000	Rathaus Geisweid, Herrichtung Büros / Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	100.000,00	<b>24.500,00</b>	Im Zuge der Baumaßnahme ergaben sich Kostensteigerungen insbesondere aufgrund erforderlicher Brandschutzmaßnahmen. Die Deckung erfolgte durch Minderausgaben von 4.500 € bei I011302101 - Hochbaumaßnahmen und Betriebsvorrichtungen unter Wertgrenze - und 20 T€ bei H011101100 - RH Geisweid, Archiv im ehem. Ratskeller, 2. BA -.
I011101002/ 7832000	Abteilungsübergreifende Mittel / Erwerb bewegl. Vermögen 60 - 800 €	29.400,00	<b>25.000,00</b>	Im Rathaus Geisweid soll der neu erworbene "Sparkassentrakt" mit Büromobiliar ausgestattet werden. Die überplanmäßig benötigten Mittel wurden durch Minderausgaben auf H011101100 - RH Geisweid, Archiv Rathaus im ehem. Ratskeller, 2. BA - gedeckt.
V060301000/ 7831000	KJT Fischbacherberg, Küche f. OGS Hammerhütter Schule / Erwerb bewegl. Vermögen 60 - 800 €	40.000,00	<b>18.000,00</b>	Für den Einbau der Küche sind umfangreiche Anschlussarbeiten für Strom und Wasser erforderlich, für die zunächst konsumtive Mittel eingeplant waren. Da diese Kosten jedoch investiv zu beurteilen sind, wurde eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich, wobei die Deckung aus Minderausgaben bei I030100000 - Schulbaumaßnahmen unter der Wertgrenze - erfolgte.

**93.500,00 Gesamtsumme**



**Mehreinzahlungen: 0,00**

**Minderauszahlungen: 93.500,00**

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Kämmerei  
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 24.07.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss**

**23.08.2023**

**Rat**

**06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2022 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2021 und 2022 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

### Sachverhalt / Begründung:

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sieht in § 116a eine größenabhängige Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO vor.

§ 116a GO NRW hat folgenden Wortlaut:

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. Die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1.500.000.000 Euro.
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus.
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungbericht gemäß § 117 zu erstellen.

Die Befreiungsmöglichkeit gemäß § 116a GO NRW konnte erstmals für das Haushaltsjahr 2019 in Bezug auf den Gesamtabchluss zum 31.12.2019 genutzt werden. Der Rat der Stadt Siegen hat seitdem regelmäßig davon Gebrauch gemacht. Zuletzt hat der Rat am 14.09.2022 beschlossen, vorbehaltlich der Erfüllung der Befreiungskriterien auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2021 zu verzichten (Vorlage Nr. VL 983/2022).

Bei der Prüfung der Voraussetzungen für eine Befreiung sind alle Tochterunternehmen der Stadt Siegen, die dem Grunde nach vollkonsolidierungspflichtig wären, zu berücksichtigen. Dies waren in 2022 die Eigengesellschaften KEG und Stadtmarketing Siegen GmbH, die Mehrheitsbeteiligungen SVB und Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG sowie der ESi als Sondervermögen der Stadt.

Um die gesetzliche Frist für die Entscheidung des Rates bis zum 30.09.2023 einhalten zu können, wurde die Prüfung der Befreiungsvoraussetzungen anhand der vollständig vorliegenden Jahresabschlüsse für 2021 und 2020 vorgenommen. Für 2022 liegen aktuell noch nicht alle Jahresabschlüsse vor; so fehlt u. a. noch der Jahresabschluss der Stadt Siegen.

Wie die beigefügte Auswertung zeigt, werden alle drei Befreiungskriterien in beiden Jahren erfüllt. Dabei besteht zu den Schwellenwerten, ab denen eine Befreiung nicht mehr möglich wäre, ein deutlicher Sicherheitsabstand. Es ist daher davon auszugehen, dass die Befreiungskriterien auch bei Zugrundelegen der Daten aus 2022 erfüllt sind.

Daher kann - auch in der längerfristigen Perspektive - auf die Erstellung eines Gesamtabchlusses verzichtet werden.

Angesichts des überschaubaren Beteiligungsportfolios der Stadt Siegen ergibt sich aus der Erstellung von Gesamtabschlüssen für Politik und Verwaltung kein zusätzlicher Informationsgewinn, der die für die Erstellung und Prüfung anfallenden Kosten rechtfertigen würde. Die Verwaltung empfiehlt daher, die gesetzliche Befreiungsmöglichkeit weiterhin zu nutzen.

Die wirtschaftliche Lage der städtischen Beteiligungen und deren Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen werden ohnehin in dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht ausführlich dargestellt und erläutert.

Sobald das Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen für den Gesamtabschluss zum 31.12.2022 anhand der Jahresabschlüsse 2021 und 2022 abschließend geprüft werden kann, wird die Verwaltung den Rat über das Ergebnis unterrichten.

### nachrichtlich

Die nunmehr für die Jahre 2020 und 2021 vorliegenden Kennzahlen belegen, dass die Befreiungsvoraussetzungen in Bezug auf den Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2021 erfüllt sind. Der Ratsbeschluss vom 14.09.2022, der auf Basis von Daten aus 2019 und 2020 gefasst wurde, wird insoweit bestätigt.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

### **Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

### **Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius  
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Befreiung GA 2022\\_Vorlage\\_Anlagen](#)



**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW  
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

**Anlage 1**

**Datenerfassung**

**A. Jahr der Befreiung:** **2022**

**B. Daten der Kommune**

Name		Bilanzsumme in Euro			Ordentliche Erträge in Euro		
		2021	2020		2021	2020	
Stadt Siegen		1.030.694.436,93	1.039.343.884,94		342.358.556,66	308.303.396,55	

**C. Daten der vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche**

Name	Beteiligungsquote in Prozent		Bilanzsumme in Euro		Anteilige Bilanzsumme in Euro		Ordentliche Erträge in Euro		Anteilige ordentliche Erträge in Euro	
	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020
KEG	100,0	100,0	41.377.852,84	40.988.080,02	41.377.852,84	40.988.080,02	5.262.995,35	5.289.285,60	5.262.995,35	5.289.285,60
SVB	74,9	74,9	65.190.564,99	57.958.404,62	48.827.733,18	43.410.845,06	74.223.899,69	64.075.390,37	55.593.700,87	47.992.467,39
Esi	100,0	100,0	248.607.062,10	242.662.095,05	248.607.062,10	242.662.095,05	26.330.624,02	25.518.191,37	26.330.624,02	25.518.191,37
Esi GmbH	100,0	100,0	0,00	248.417,75	0,00	248.417,75	0,00	1.060,88	0,00	1.060,88
SM Siegen *	100,0	100,0	218.030,03	167.146,18	218.030,03	167.146,18	289.581,55	190.620,05	289.581,55	190.620,05
Stromnetzges.**	74,9	74,9	14.975.208,41	14.448.735,23	11.216.431,10	10.822.102,69	5.954.398,21	7.222.239,43	4.459.844,26	5.409.457,33
<b>Summe</b>			<b>370.368.718,37</b>	<b>356.472.878,85</b>	<b>350.247.109,25</b>	<b>338.298.686,75</b>	<b>112.061.498,82</b>	<b>102.296.787,70</b>	<b>91.936.746,05</b>	<b>84.401.082,62</b>

\* Stadtmarketing Siegen GmbH

\*\* Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG

Die Esi GmbH wurde mit Beschluss des Rates der Stadt Siegen vom 22.09.2021 aufgelöst.

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW  
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

**Anlage 2**

**Auswertung**

**Kriterium 1 - Bilanzsumme**

Berechnung	2021	2020	
Bilanzsumme der Kommune	1.030.694.436,93	1.039.343.884,94	
+	+	+	
Summe der Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	370.368.718,37	356.472.878,85	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
<b>&lt;= 1.500.000.000,00 € ?</b>	<b>1.401.063.155,30</b>	<b>1.395.816.763,79</b>	<b>Das Kriterium ist erfüllt.</b>

**Kriterium 2 - Anteil Erträge**

Berechnung	2021	2020	
Anteilige ordentliche Erträge der verselbständigten Aufgabenbereiche	91.936.746,05	84.401.082,62	
/	/	/	
Ordentliche Erträge der Kommune	342.358.556,66	308.303.396,55	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
<b>&lt; 50% ?</b>	<b>26,85%</b>	<b>27,38%</b>	<b>Das Kriterium ist erfüllt.</b>

**Kriterium 3 - Anteil Bilanzsumme**

Berechnung	2021	2020	
Anteilige Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	350.247.109,25	338.298.686,75	
/	/	/	
Bilanzsumme der Kommune	1.030.694.436,93	1.039.343.884,94	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
<b>&lt; 50% ?</b>	<b>33,98%</b>	<b>32,55%</b>	<b>Das Kriterium ist erfüllt.</b>

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Kämmerei  
Bearbeitet von: AG 3/1-1 Haushalt

Siegen, 10.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss**

**23.08.2023**

**Rat**

**06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

### **Haushalt 2022**

### **- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2023**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Durch Beschluss vom 22.05.2013 (Verwaltungsvorlage 1845/2013) hat der Rat der Stadt Siegen der Grundsatzvorlage über Art, Umfang und Dauer der Übertragung von Haushaltsermächtigungen nach § 22 Absatz 1 KomHVO zugestimmt. Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat nach § 22 Absatz 4 KomHVO eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Die Gesamtsumme der Übertragungen im Ergebnisplan (siehe Anlage 1a und 1b) beträgt rd. 7,3 Mio. €. Die Übertragung dieser Summe in den Ergebnisplan 2023 bedeutet auch, dass entsprechende Auszahlungsmittel in den Finanzplan 2023 übertragen werden.

Im Bereich der Investitionen und Rückstellungen setzt sich die Gesamtsumme in Höhe von rd. 27,2 Mio. € (siehe Anlage 2a und 2b) wie folgt zusammen:

1.	Investitionen	23,3 Mio. €
2.	Konsumtive Auszahlungsermächtigungen für Rückstellungen, etc.	<u>3,9 Mio. €</u>
		27,2 Mio. €

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgte im abgelaufenen Haushaltsjahr kein Baubeginn. Darüber hinaus wurde in vielen Fällen der eingeplante Zahlungsmittelabfluss nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, es lagen jedoch überwiegend bereits eingebuchte Bestellungen (Aufträge) vor.

Die Finanzrechnung in 2022 wird dadurch entsprechend entlastet (s. hierzu auch Verwaltungsvorlage „Haushalt 2022/ Vorläufiges Jahresabschlussergebnis“, Vorlage Nr. VL 1284/2023).

Die Übertragung der Auszahlungsermächtigungen führt dazu, dass in der Finanzrechnung des Jahres 2023 (und nicht wie ursprünglich geplant in 2022) ein entsprechender Liquiditätsabfluss und damit eine Belastung erfolgt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass den zusätzlichen Auszahlungen im investiven Bereich (rd. 23,5 Mio €) auch teilbereichlich zweckgebundene Einzahlungen in Form von Zuweisungen, Veräußerungserlösen und Beiträgen sowie übertragene Kreditermächtigungen in entsprechender Höhe gegenüberstehen.

Die Übertragung von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen fließt in das Ergebnis 2023 ein und bedeutet faktisch eine Ausweitung der Haushaltsansätze 2023. Insofern enthalten die Anlagen jeweils auch das Haushalts-Soll 2023 der betroffenen Konten. Übertragen wurde i. d. R. die voraussichtlich noch benötigte Höhe der zur Verfügung stehenden Ermächtigung.

In Summe ergeben sich folgende fortgeschriebenen Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen in 2023:

	HH-Soll 2023	Übertragungen	fortgeschriebener Ansatz 2023
<b><u>Ergebnisplan</u></b>			
ordentliche Aufwendungen	374.366.750,00	7.343.146,66	381.709.896,66
<b><u>Finanzplan</u></b>			
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	356.171.648,00	11.218.642,21	367.390.290,21
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	47.347.000,00	23.306.428,61	70.653.428,61

Gegenüber dem Vorjahr konnten zumindest die Übertragungen im Ergebnisplan reduziert werden, sie liegen jedoch weiterhin auf relativ hohem Niveau.

Im Bereich des Ergebnisplans (Summe: rd. 7,3 Mio. €) entfällt über die Hälfte der Übertragungen auf Bauunterhaltungsmittel im Gebäudebereich. Hier wurden insgesamt rd. 3,7 Mio. € übertragen, die überwiegend bereits durch Aufträge gebunden waren, um die Finanzierung laufender Unterhaltungsmaßnahmen sicherzustellen.

Die Schwerpunkte der investiven Übertragungen („Reste“ rd. 23,3 Mio. €) liegen in folgenden Bereichen:

- |  |            |
|--|------------|
| - Baumaßnahmen der ZGW   | 6,7 Mio. € |
| - Ausstattung der Schulen (u. a. WLAN-Ausbau, Glasfaser-Anbindung) | 2,9 Mio. € |
| - Stadtentwicklung   | 2,6 Mio. € |
| - Straßenbau   | 2,5 Mio. € |
| - Fahrzeuge in diversen Produkten                                  | 4,2 Mio. € |

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass bei der Haushaltsberatung 2024 insbesondere im investiven Bereich Zurückhaltung angebracht ist. Die enorme Summe von rd. **70,7 Mio. €** (fortgeschriebener Ansatz, siehe Tabelle auf Seite 2) ist prioritär umzusetzen. Dies kann auch im Jahr 2023 nicht vollständig gelingen. Bei der Vielzahl von Baumaßnahmen, welche finanziert bzw. etatisiert werden, stößt die Bauverwaltung in personeller Hinsicht an ihre Grenzen, zumal vakante Stellen t. w. nur verzögert wiederbesetzt werden konnten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius  
Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1a - Ermächtigungsübertragungen 2022 konsumtiv](#)
2. [Anlage 1b - Ermächtigungsübertragungen 2022 konsumtiv](#)
3. [Anlage 2a - Ermächtigungsübertragungen 2022 investiv](#)
4. [Anlage 2b - Ermächtigungsübertragungen 2022 konsumtive Auszahlungsmittel](#)

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung	Übertragung aus 2021	zweckge-bundener Ertrag 2022	Bereitgestellt 2022	noch verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands-ermächtigung 2023
<b>a) zweckgebundene Zuweisungen, Fördergelder, Spenden</b>										
1	03010100	5431400	Billigkeitsleistung CO2-Messgeräte	- €	154.376,28 €	154.376,28 €	154.376,28 €	154.376,28 €	1.000	1.000
2	03010206	5317000	LZ OGS	231.379,14 €	2.429.770,54 €	3.543.846,20 €	67.898,56 €	67.898,56 €	4.000.000	4.231.379
3	03010204	5317000	Betreuungsangebote Grundschulen	280.000,00 €	41.758,50 €	605.000,00 €	425.189,20 €	0,00 €	118.000	398.000
4	03010304	5317000	LZ Geld oder Stelle	25.238,16 €	58.972,70 €	104.979,00 €	10.852,30 €	10.852,30 €	70.000	95.238
5	03010404	5317000	LZ Geld oder Stelle	23.897,31 €	109.905,25 €	127.897,31 €	8.966,02 €	8.966,02 €	207.000	230.897
6	03010604	5317000	LZ Geld oder Stelle	25.206,49 €	42.480,22 €	63.965,65 €	30.432,85 €	30.432,85 €	49.950	75.156
7	03010704	5317000	LZ Geld oder Stelle	14.769,62 €	34.598,28 €	51.169,62 €	16.571,34 €	16.571,34 €	37.400	52.170
8	03010804	5317000	LZ Geld oder Stelle	13.218,10 €	65.301,25 €	95.018,10 €	33.774,83 €	33.774,83 €	100.000	113.218
9	05010306	A050103900-5317800	Bundeszweisungen BIWAQ/Zuwend. An Private Unternehmen	73.265,73	229.991,52	398.265,73	172.354,68	172.354,68	0	73.266
10	05010305	5399010 (früher: 5339110)	Beihilfen nach § 102 III SGB IX	54.693,36 €	50.178,00 €	145.493,36 €	104.058,95 €	63.436,95 €	91.000	145.693
11	06020101	5431400	Billigkeitsleistung CO2-Messgeräte	- €	59.032,34 €	59.032,34 €	59.032,34 €	59.032,34 €	0	0
12	06020101	5281000	Sachleistungen Familienzentrum	95.983,69 €	40.640,50 €	123.283,69 €	122.595,84 €	122.595,84 €		95.984
13	06030105	5281000	Kurse/Spenden	101.721,55 €	27.855,00 €	142.721,55 €	86.566,15 €	86.566,15 €	160.000	314.922
14			Projektbezogene Drittmittel Maßn. D. Einrichtung	49.653,61 €	89.775,29 €	55.053,61 €	90.694,90 €	90.694,90 €		
15			Elternbeiträge Fuchs	3.546,66 €	37.628,57 €	36.614,84 €	22.392,23 €	22.392,23 €		
16			OGS	- 3.561,50 €	- €	1.438,50 €	- 3.561,50 €	- 3.561,50 €		
17	06030105	5019000	13 Plus	12.640,28 €	49.243,20 €	53.040,28 €	29.543,26 €	29.543,26 €	159.600	172.240
								965.927,03	4.993.950,00	5.999.163,70



lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
<b>b) sonstige konsumtive Ermächtigungen</b>								
1	01010100	A010101001 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Geisweid / Zuschüsse an übrige Bereiche	9.009,92	4.749,27	<b>4.749,27</b>	7.500	12.249
2	01010100	A010101002 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Weidenau / Zuschüsse an übrige Bereiche	13.281,10	13.281,10	<b>13.281,10</b>	7.500	20.781
3	01010100	A010101003 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Ost / Zuschüsse an übrige Bereiche	10.650,00	2.650,00	<b>2.650,00</b>	7.500	10.150
4	01010100	A010101004 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Mitte/ Zuschüsse an übrige Bereiche	14.678,90	10.678,90	<b>10.678,90</b>	7.500	18.179
5	01010100	A010101005 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen West/ Zuschüsse an übrige Bereiche	6.280,01	1.980,01	<b>900,00</b>	7.500	8.400
6	01010100	A010101006 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Eiserfeld / Zuschüsse an übrige Bereiche	9.300,07	4.140,07	<b>4.140,07</b>	7.500	11.640
7	01050100	5412010	Rechnungsprüfungsamt / Aufwendungen für Fortbildungen	8.000,00	5.385,00	<b>4.000,00</b>	8.000	12.000
8	01070100	5412010	Steuerverwaltung allgemein / Fortbildungskosten	7.500,00	2.713,01	<b>2.700,00</b>	2.000	4.700
9	01090100	5431050	Recht und Versicherungen / Sachverständigen-, Gerichtskosten	75.000,00	42.496,12	<b>42.000,00</b>	75.000	117.000
10	01100100	5412010	Personalmanagement Allgemein / Aufwendungen für Fortbildungen	282.299,35	84.313,20	<b>82.500,00</b>	192.600	275.100
11	01110100	5215000	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	275.000,00	49.485,61	<b>35.000,00</b>	250.000	285.000
12	01120101	5291020	Organisationsberatung / Gutachter- / Beratungskosten	180.000,00	103.221,20	<b>56.000,00</b>	80.000	136.000
13	01120102	5291000	E-Government / Dienstleistungen	249.100,00	242.678,41	<b>192.000,00</b>	285.000	477.000
14	01130200	5215999	Bauunterhaltung ZGW					0
15		A011302000 - A011302100	Bauunterhaltung Schulen und sonstige Gebäude	6.298.700,00	2.212.868,11		7.826.000	7.826.000
16		davon:	Schulen	2.872.900,00	655.157,01	<b>650.000,00</b>	3.615.000	4.265.000
17			sonstige Gebäude	3.425.800,00	1.557.711,10	<b>1.550.000,00</b>	4.211.000	5.761.000

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
18	01130200	A011302201/ 5215999	Kita Gläserstraße	6.842,76	3.265,49	3.265,49	0	3.265
19	01130200	A011302202/ 5215999	Kommlnv, Bertha-von-Suttner	72.434,78	12.052,08	12.052,08	0	12.052
20	01130200	A011302203/ 5215999	Kommlnv, Jung-Stilling-Schule, Erweiterungsbau	337.903,26	138.080,57	138.080,57	0	138.081
21	01130200	5291000	Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	317.100,00	103.550,66	100.000,00	374.100	474.100
22	02010100	5412030	Feuerschutz und techn. Hilfeleistungen / Aufwendungen für Fortbildung und Dienstreisen	60.000,00	9.390,88	2.500,00	65.000	67.500
23	03010200	5281000	Grundschulen/ Aufwendungen für sonst. Sachleistungen	505.416,15	130.469,53	130.000,00	30.350	160.350
24	03010x02	5271000	Schulen (schulformübergreifend)/ Lernmittel	673.585,08	342.075,17	150.000,00	730.000	880.000
25	04010100	5291000	Kulturförderung - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	80.600,00	14.069,58	14.069,58	16.000	30.070
26	04010102	5291000	Kulturförderung - Stadtfest	152.000,00	31.125,19	16.469,60	152.000	168.470
27	04020100	A040201000/ 5281800	Erstellung einer "Siegener Stadtgeschichte"/ Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	7.000,00	7.000,00	7.000,00	2.000	9.000
28	04020100	A040201000/ 5291800	Erstellung einer "Siegener Stadtgeschichte"/ Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	58.000,00	55.475,00	55.475,00	13.000	68.475
29	04020100	A040201001/ 5291800	Stadtjubiläum, Vortragsreihe mit Sammelband/ Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000	12.000
30	04050100	A040501000/ 5215999	Oberes Schloss, Siegerlandmuseum/ Unterhaltung Gebäude	220.000,00	44.195,22	44.000,00	180.000	224.000
31	04050100	5019000	Museum - Aufwendungen für sonst. Besch.	68.100,00	21.511,59	21.500,00	58.000	79.500
32	04070100	5255000	Apollo Theater - Unterhalt. sonst. bew. Vermögen -	12.000,00	12.000,00	8.000,00	8.000	16.000

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
33	05010200	A050102100/ 5215999 + 5241999	Sammelunterkünfte und Wohnungen/ Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung	607.958,65	100.789,78	100.000,00	628.000	728.000
34	05010303	A050103006/ 5317800	Zuweisungen für die Beratung ausländischer Mitbürger	13.800,00	13.800,00	13.800,00	13.800	27.600
35	06020102	A060201105/ 5215999	Kita Gläserstr., Sanierung Gebäude/Außenanlagen	70.073,13	8.817,64	8.800,00	0	8.800
36	06020203	5281000	Frühe Hilfen / Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	27.000,00	24.193,83	24.190,00	15.000	39.190
37	08010100	5317000	Förderung des Breiten- und Leistungssports/Zuwendungen an Vereine	97.200,00	76.580,91	67.386,04	35.200	102.586
38	08020100	A080201000/ 5215999	Stadien und Sportplätze / Unterhaltung Gebäude	247.390,00	25.598,89	25.000,00	200.000	225.000
39	08030100	A080301000/ 5215999	Hallenbäder / Unterhaltung Gebäude	219.000,00	53.483,86	50.000,00	320.000	370.000
40	08030100	5255010	Hallenbäder / Unterhaltung von Betriebsvorrichtungen	19.000,00	16.790,93	16.000,00	1.000	17.000
41	08030200	A080302000/ 5215999	Freibäder / Unterhaltung Gebäude	460.100,00	127.264,78	120.000,00	470.000	590.000
42	09020100	5215000	Stadtentwicklung allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	77.553,53	72.418,85	30.000,00	50.000	80.000
43	09020100	5291000	Stadtentwicklung allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	233.900,00	208.972,35	100.000,00	115.000	215.000
44	09020100	A090201112/ 5215999	Unterhaltung Gebäude/Bauunterhaltung, kons.Auftrag / RudS, 1. Bew., Erweiterung Aktives Museum	109.000,00	10.194,40	10.194,40	0	10.194
45	09020500	5291000	Verkehrsplanung allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	85.500,00	81.048,95	45.000,00	10.000	55.000
46	12010100	5291000	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	200.000,00	120.445,96	120.000,00	160.000	280.000
47	12020100	5215000	Gemeindestraßen allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	171.534,76	161.622,63	160.000,00	70.000	230.000

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
48	12020X00	5216010	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	1.091.611,14	173.415,59	170.000,00	1.090.000	1.260.000
49	12020X00	5216020	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Brücken	720.301,66	407.857,30	400.000,00	790.000	1.190.000
50	12020100	5216070	Gemeindestraßen allg. / Unterhaltung Lichtsignalanlagen	500.387,72	136.886,06	80.000,00	400.000	480.000
51	13020200	5291000	Städtische Wald- und Forstflächen allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	284.390,17	202.433,07	149.000,00	130.000	279.000
52	13030100	5412010	Friedhofs- und Bestattungswesen allg. / Aufwendungen für Fortbildung	21.000,00	10.517,53	10.517,53	7.000	17.518
53	14010100	A140101000/ 5291800	Klimaschutzmaßnahmen / Aufw.sonstige Dienstleist. m. konsumtiv. Auftrag	557.980,94	372.865,79	372.000,00	200.000	572.000
54	15010100	5291000	Wirtschaftsförderung / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	165.000,00	146.152,28	90.000,00	125.500	215.500
55	15010100	5317000	Wirtschaftsförderung / Zuwendungen an priv. Unternehmen, Vereine	143.000,00	33.372,73	13.000,00	105.000	118.000
56	15020100	A150201000/ 5215999	Siegerlandhalle / Unterhaltung der Gebäude	1.685.000,00	771.766,21	771.700,00	750.000	1.521.700
57	15020100	5291000	Siegerlandhalle / Aufwendungen für Dienstleistungen	169.700,00	18.635,61	15.600,00	290.000	305.600
58	15020200	A150202000/ 5215999	Bismarckhalle / Unterhaltung der Gebäude	67.000,00	42.851,73	16.020,00	80.000	96.020
59	15020203	A150202003/ 5215999	Bismarckhalle Verpachtung / Unterhaltung der Gebäude	205.000,00	134.086,71	40.000,00	5.000	45.000
a) zweckgebundene Mittel:						965.927,03		
Summe der konsumtiven Aufwandsermächtigungsübertragungen						7.343.146,66		
Summe konsumtive Auszahlungsermächtigungen gem. Anlage 1a + 1b:						7.343.146,66		
Summe konsumtive Auszahlungsermächtigungen gem. Anlage 2b						3.875.495,55		
Summe der konsumtiven Auszahlungsermächtigungsübertragungen						11.218.642,21		

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung	
1	I	010201000	01020100	Verwaltungsleitung	8.326,96	5.037,98	5.000,00	6.000,00	11.000,00
2	I	010601000	01060100	Finanzmanagement	5.000,00	3.036,90	3.000,00	2.000,00	5.000,00
3	I	010602000	01060200	Zahlungsabwicklung	12.000,00	10.732,90	10.000,00	6.500,00	16.500,00
4	I	010901000	01090100	Recht und Versicherungen	7.000,00	4.656,14	2.500,00	3.500,00	6.000,00
5	I	011001000	01100100	Personalwirtschaft	30.243,97	9.622,13	2.700,00	3.000,00	5.700,00
6	I	011301001	01130100	Allgemeines Grundvermögen	742.450,58	648.947,31	631.108,16	815.000,00	1.446.108,16
7	I	011301002	01130100	Grunderwerb Gewerbeflächen	200.000,00	200.000,00	30.000,00	200.000,00	230.000,00
8	G	030101001	01130200	Gute Schule, Maßnahmen unter Wertgrenze div. Schulen	50.845,22	50.845,22	50.845,22	0,00	50.845,22
9	G	030104003	01130200	Gute Schule, GS Schießberg naturwissenschaftliche Räume	561.732,72	561.732,72	561.732,72	0,00	561.732,72
10	G	030105001	01130200	Gute Schule, Weiterbildungskolleg (ehem. HS Winch)	253.345,40	191.772,27	191.772,27	0,00	191.772,27
11	G	030106004	01130200	Gute Schule, Gym Löhrtor naturwissenschaftliche Räume	14.780,03	14.780,03	14.780,03	0,00	14.780,03
12	G	030106006	01130200	Gute Schule, FJM Erweiterung Sicherheitsbeleuchtung	36.545,32	36.545,32	36.545,32	0,00	36.545,32
13	G	030106007	01130200	Gute Schule, PPR Sportbodensanierung	36.173,72	36.173,72	36.173,72	0,00	36.173,72
14	G	030106008	01130200	Gute Schule, PPR Prallschutz und Hallentore	18.884,25	18.884,25	18.884,25	0,00	18.884,25
15	G	030106009	01130200	Gute Schule, PPR naturwissenschaftliche Räume	63.261,39	60.641,18	60.641,18	0,00	60.641,18
16	G	030106010	01130200	Gute Schule, Gymn. Löhrtor Sicherheitsbeleuchtungsanlage	11.303,50	11.303,50	11.303,50	0,00	11.303,50
17	H	011101100	01130200	RH Geisweid Archiv Ratskeller 2. BA	71.780,31	7.280,43	7.280,43	205.000,00	212.280,43
18	H	020101101	01130200	FW-Gerätehaus Oberschelden	435.593,19	224.321,61	224.321,61	0,00	224.321,61
19	H	030102103	01130200	Diesterwegschule, Erweiterungsbau	575.000,00	551.506,00	551.506,00	600.000,00	1.151.506,00
20	H	030102105	01130200	Albert-Schweitzer-Schule, Erweiterung 1. BA	1.860.000,00	105.829,01	105.829,01	0,00	105.829,01
21	H	030108008	01130200	Gesamtschule Eiserfeld, Umbau Barrierefreiheit	35.000,00	35.000,00	35.000,00	0,00	35.000,00
22	H	030108101	01130200	Bertha-von-Suttner Gesamtschule, Aufenthaltsraum	112.000,00	30.582,58	30.582,58	0,00	30.582,58
23	H	030108102	01130200	Bertha-von-Suttner Gesamtschule, Erweiterung BMA	126.365,53	66.363,88	66.363,88	0,00	66.363,88
24	H	080201100	01130200	Leimbachstadion, Neubau WC-Anlage	176.000,00	164.588,75	164.588,75	166.000,00	330.588,75
25	H	080301100	01130200	Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau	1.304.500,00	1.156.864,67	1.156.864,67	1.500.000,00	2.656.864,67

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung
26	I 011302101	01130200	Hochbaumaßnahmen u. Betriebsvor. unter Wertgrenze	89.900,00	46.064,61	<b>29.600,00</b>	75.000,00	104.600,00
27	I 030100000	01130200	Schulbaumaßnahmen unter der Wertgrenze	172.000,00	45.324,00	<b>14.300,00</b>	292.000,00	306.300,00
28	K 030102001	01130200	Jung-Stilling-Schule, Erweiterungsbau	5.525.000,00	2.270.724,61	<b>2.270.724,61</b>	50.000,00	2.320.724,61
29	K 030106001	01130200	Komplettsanierung Rundsporthalle, Gym. Auf der Morgenröthe	1.795.000,00	491.766,96	<b>491.766,96</b>	50.000,00	541.766,96
30	K 030108005	01130200	Bertha-von-Suttner-GES, Umbau Barrierefreiheit	257.725,74	143.411,60	<b>143.411,60</b>	0,00	143.411,60
31	T 030102102	01130200	Montessorischule, Schulhoferneuerung	155.000,00	154.298,77	<b>154.298,77</b>	0,00	154.298,77
32	V 011302100	01130200	Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden	295.000,00	244.738,01	<b>244.738,01</b>	250.000,00	494.738,01
33	I 020101000	02010100	Feuerschutz u. techn. Hilfeleistung	40.388,95	8.261,33	<b>8.000,00</b>	200.000,00	208.000,00
34	I 020101011	02010101	Alarmsystem	544.534,58	540.639,43	<b>521.000,00</b>	300.000,00	821.000,00
35	I 020101013	02010101	Maschinen und Geräte-FW	104.292,18	14.758,42	<b>9.000,00</b>	80.000,00	89.000,00
36	V 020101010	02010101	Fahrzeuge Feuerwehr	968.781,60	826.911,90	<b>822.986,15</b>	638.000,00	1.460.986,15
37	V 020201010	02020101	Fahrzeuge Rettungsdienst	1.151.329,26	1.052.234,57	<b>1.047.845,46</b>	0,00	1.047.845,46
38	I 020503000	02050300	Regelung d. Aufenth. v. Ausländern/Büromöbel	29.300,00	24.248,30	<b>9.000,00</b>	22.000,00	31.000,00
39	V 030102102	03010200	Jung-Stilling-Schule, Ausstattung Erweiterungsbau	120.000,00	120.000,00	<b>120.000,00</b>	0,00	120.000,00
40	V 030102104	03010200	Albert-Schweitzer-Schule, Ausstattung Containerbau	80.000,00	8.206,99	<b>4.373,50</b>	0,00	4.373,50
41	I 030102021	03010202	WLAN-Ausbau Grundschulen	166.115,14	113.542,28	<b>73.000,00</b>	70.000,00	143.000,00
42	I 030102023	03010202	Maßnahmen Digitalpakt Grundschulen	45.000,00	45.000,00	<b>45.000,00</b>	133.900,00	178.900,00
43	I 030104023	03010402	Maßnahmen Digitalpakt Realschulen	96.700,00	96.700,00	<b>96.700,00</b>	96.700,00	193.400,00
44	I 030106020	03010602	Medienentwicklungsplanung Gymnasien	152.300,00	94.760,85	<b>47.000,00</b>	120.000,00	167.000,00
45	I 030106023	03010602	Maßnahmen Digitalpakt Gymnasien	1.326.700,00	1.272.808,25	<b>1.272.808,25</b>	524.100,00	1.796.908,25
46	V 030108102	03010800	Gesamts. A.d.Schießberg, Naturwissenschaftl. Raum	180.000,00	180.000,00	<b>180.000,00</b>	0,00	180.000,00
47	I 030108010	03010800	Mobiliar Gesamtschulen	65.000,00	60.237,43	<b>60.000,00</b>	25.000,00	85.000,00
48	I 030108023	03010802	Maßnahmen Digitalpakt Gesamtschulen	1.279.100,00	1.019.918,54	<b>1.019.918,54</b>	640.600,00	1.660.518,54
49	V 030108021	03010802	Netzwerk Gesamtschule Auf dem Schießberg	11.200,00	11.200,00	<b>11.200,00</b>	0,00	11.200,00
50	I 040101000	04010100	Kultur-Veranstaltungen und Einrichtungen - Bibliothek - Inbetriebnahme Sicherungsgates	30.650,00	18.684,03	<b>18.000,00</b>	31.000,00	49.000,00
51	I 040301000	04030100	RFID	37.871,26	20.232,90	<b>8.300,00</b>	45.500,00	53.800,00
52	I 040501000	04050100	Museum	110.000,00	67.443,93	<b>67.000,00</b>	107.000,00	174.000,00
53	V 040501100	04050100	Museum - Lüftungsanlage Bischofhaus -	130.000,00	98.600,00	<b>98.600,00</b>	388.000,00	486.600,00
54	I 040601000	04060100	Musikschule - Instrumentenbeschaffung	57.400,00	3.885,07	<b>3.800,00</b>	6.000,00	9.800,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung	
55	I	040701000	04070100	Apollo Theater	160.000,00	110.118,87	87.000,00	185.000,00	272.000,00
56	I	060101000	06010100	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	12.320,96	10.710,15	10.700,00	23.500,00	34.200,00
57	H	060201106	06020100	Kita Breitscheidstr., Umbau ehem. Hüttentalschule	629.500,00	579.919,82	340.000,00	0,00	340.000,00
58	H	060201116	06020100	Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung	457.000,00	237.542,28	237.542,28	0,00	237.542,28
59	H	060201119	06020100	Kita Waldesruh, Vereinsnutzung – Brandschutz	57.000,00	56.345,50	56.345,50	0,00	56.345,50
60	H	060201100	06020100	Kita Waldesruh, Erweiterung um 2 Gruppen	74.000,00	59.033,66	10.000,00	0,00	10.000,00
61	H	060201105	06020100	Kita Gläserstr., Erneuerung Innen- u. Außenbereich	25.354,68	17.674,19	17.600,00	0,00	17.600,00
62	H	060201117	06020100	Stadtteilzentrum Lindenberg	30.000,00	25.264,41	25.200,00	0,00	25.200,00
63	I	060202000	06020200	Frühe Hilfen für Familien allgem.	18.321,00	3.914,80	3.900,00	10.000,00	13.900,00
64	I	080101000	08010100	Förderung Breiten- und Leistungssport	7.064,33	6.654,42	6.000,00	1.500,00	7.500,00
65	I	080201000	08020100	Stadien und Sportplätze	42.435,67	32.664,14	32.000,00	20.000,00	52.000,00
66	V	080201107	08020100	LED-Technik Flutlicht Kaan Marienborn	36.000,00	36.000,00	32.000,00	0,00	32.000,00
67	V	080201108	08020100	Rekonstruktion Naturrasen Leimbachstadion	125.000,00	8.813,60	8.000,00	0,00	8.000,00
68	I	080302000	08030200	Freibäder	30.000,00	20.804,75	8.000,00	10.000,00	18.000,00
69	H	090201140	09020100	RudS,4.Bew., Rathaus Oberstadt, Barrierefreiheit	629.220,62	490.983,39	490.983,39	0,00	490.983,39
70	H	090201150	09020100	RudS, 5.Bew., Bunker Burgstraße (Planungskosten)	515.000,00	515.000,00	16.000,00	0,00	16.000,00
71	H	090201151	09020100	RudS, 5. Bew., Öffentliche WC-Anlage Schlosspark	5.000,00	5.000,00	5.000,00	420.000,00	425.000,00
72	H	090201200	09020100	DIEK, Bürgerhaus Seelbach, Außensanierung	90.000,00	30.748,60	29.000,00	0,00	29.000,00
73	T	090201080	09020100	Erfahrungsfeld Fischbacherberg	1.092.300,00	416.801,47	416.800,00	50.000,00	466.800,00
74	T	090201087	09020100	Dr.-Dudziak-Park Programm Stadtumbau West	35.000,00	14.418,19	14.400,00	0,00	14.400,00
75	T	090201088	09020100	Siegen zu neuen Ufern- Neugestaltung Herrengarten	1.600.000,00	1.165.557,28	1.165.500,00	2.180.000,00	3.345.500,00



lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung
76	T 090201134	09020100	RudS, 3.Bew., Wiederherstellung Schlosspark	994.300,00	134.782,91	<b>73.400,00</b>	0,00	73.400,00
77	T 090201141	09020100	RudS, 5.Bew., Stadtmauer 4.BA	150.000,00	146.169,03	<b>58.000,00</b>	0,00	58.000,00
78	T 090201153	09020100	RudS, 5.Bew., Erweiterung Schlosspark Mehrkosten	204.000,00	204.000,00	<b>23.000,00</b>	0,00	23.000,00
79	T 090201160	09020100	RudS, 6. Bew., Stadtmauer 6. BA	122.654,90	34.435,07	<b>34.435,07</b>	1.085.000,00	1.119.435,07
80	T 090201170	09020100	RudS, 7. Bew., Stadtmauer 7. BA	171.000,00	171.000,00	<b>171.000,00</b>	8.000,00	179.000,00
81	T 090201180	09020100	RudS, 7. (vorher 8.) Bew., Stadtmauer 8. BA	60.000,00	60.000,00	<b>60.000,00</b>	8.000,00	68.000,00
82	T 090201200	09020100	Dorffinnenentwicklungskonzept Seelbach/Trupbach	50.000,00	42.865,92	<b>42.000,00</b>	95.000,00	137.000,00
83	I 100101000	10010100	Wohnraumförderung	11.330,46	8.200,00	<b>8.200,00</b>	1.000,00	9.200,00
84	I 110101001	11010100	Müllgefäße	51.000,00	12.085,93	<b>10.000,00</b>	35.000,00	45.000,00
85	V 110101001	11010100	Fahrzeuge Abfallentsorgung	2.576.655,11	1.455.379,08	<b>1.450.000,00</b>	390.000,00	1.840.000,00
86	H 120101000	12010100	Radabstellanlagen an Bahnhöfen	535.500,00	430.397,77	<b>430.000,00</b>	110.000,00	540.000,00
87	V 120101001	12010100	Fahrzeuge Straße und Verkehr	433.000,00	393.349,72	<b>393.000,00</b>	250.000,00	643.000,00
88	I 120201000	12020100	Ausbau von Gemeindestraßen	658.321,73	397.056,86	<b>395.000,00</b>	400.000,00	795.000,00
89	I 120201002	12020100	Verkehrssignalanlagen	263.195,61	103.092,87	<b>100.000,00</b>	500.000,00	600.000,00
90	I 120201100	12020100	Parkscheinautomaten	260.000,00	260.000,00	<b>260.000,00</b>	0,00	260.000,00
91	T 120201023	12020100	Adolf-Wurmbach-Straße	10.000,00	10.000,00	<b>10.000,00</b>	0,00	10.000,00
92	T 120201092	12020100	Gewerbegebiet Martinshardt und Leimbachtal	110.000,00	27.020,60	<b>13.000,00</b>	0,00	13.000,00
93	T 120201096	12020100	Ausbau Ludwig- Kenter-Straße	120.000,00	120.000,00	<b>120.000,00</b>	0,00	120.000,00
94	T 120201102	12020100	Erschließung Ober dem Feldgarten	360.000,00	360.000,00	<b>358.000,00</b>	50.000,00	408.000,00
95	T 120201112	12020100	Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße	354.000,00	340.899,84	<b>340.000,00</b>	0,00	340.000,00
96	T 120201117	12020100	Neubau Radweg Siegtal IV, Niederschelden Siegauen	50.000,00	45.597,00	<b>45.597,00</b>	0,00	45.597,00
97	T 120201118	12020100	Neubau Ufermauer An der Alche	820.400,00	41.190,87	<b>30.000,00</b>	0,00	30.000,00
98	T 120201121	12020100	Ausbau Haardtstraße	96.000,00	86.259,01	<b>86.000,00</b>	0,00	86.000,00
99	T 120201126	12020100	Ausweiche Zum Pocheweiher	10.000,00	7.750,90	<b>7.750,90</b>	90.000,00	97.750,90
100	T 120203097	12020300	Ausbau L533 Siegerner Straße	85.000,00	85.000,00	<b>85.000,00</b>	200.000,00	285.000,00
101	T 120203100	12020300	Neubau Brücke 3001 Koblenzer Straße	1.031.900,00	269.861,44	<b>269.850,00</b>	250.000,00	519.850,00
102	T 120204083	12020400	B 62 Eiserfelder Straße 2.BA	1.500.000,00	581.903,35	<b>315.000,00</b>	0,00	315.000,00
103	T 120204084	12020400	Kreisverkehr Schleifmühlchen	1.875.000,00	1.765.997,37	<b>250.000,00</b>	2.308.000,00	2.558.000,00
104	I 120301001	12030100	Ausrüstung Straßenreinigung	6.700,00	6.417,59	<b>5.000,00</b>	9.000,00	14.000,00
105	V 120301001	12030100	Fahrzeuge Straßenreinigung	324.044,89	190.173,72	<b>190.173,72</b>	0,00	190.173,72
106	V 120301002	12030100	Aufbauten Fahrzeuge Winterdienst	186.000,00	16.544,00	<b>16.000,00</b>	60.000,00	76.000,00
107	I 130101000	13010100	Öffentliches Grün	219.237,08	100.149,85	<b>79.000,00</b>	220.000,00	299.000,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung
108	I	130101001	13010103 Öffentliches Grün- Aktion 800 Bäume für Siegen	8.074,31	2.306,18	<b>2.306,18</b>	0,00	2.306,18
109	I	130101002	13010102 Kinderspielplätze	370.000,00	163.950,95	<b>160.000,00</b>	200.000,00	360.000,00
110	I	130101003	13010100 Spielgeräte auf Schulhöfen	117.000,00	113.208,70	<b>110.000,00</b>	70.000,00	180.000,00
111	I	130101100	13010100 Kleingartenanlagen	45.000,00	36.164,84	<b>36.000,00</b>	20.000,00	56.000,00
112	V	130101004	13010100 Fahrzeuge Grünflächen	111.954,45	99.068,31	<b>99.000,00</b>	180.000,00	279.000,00
113	I	130202000	13020200 Städtische Wald- und Forstflächen	18.894,22	9.756,79	<b>9.000,00</b>	17.000,00	26.000,00
114	T	130203001	13020300 Renaturierung Pocheweiher	30.000,00	30.000,00	<b>30.000,00</b>	0,00	30.000,00
115	T	130203013	13020300 Verrohrung Sohlbach, Brücke 3083	100.000,00	100.000,00	<b>100.000,00</b>	240.000,00	340.000,00
116	T	130203088	13020300 Wehrrückbau Weiß Lothar-Irle-Straße	1.293.000,00	67.539,96	<b>15.312,93</b>	0,00	15.312,93
117	T	130203089	13020300 Weiß, Renaturierung im Bereich Haus der Musik	20.000,00	20.000,00	<b>20.000,00</b>	450.000,00	470.000,00
118	T	130203094	13020300 Deichanlage Siegufer Niederschelden	150.000,00	58.685,36	<b>55.000,00</b>	500.000,00	555.000,00
119	I	130301000	13030100 Friedhofs- und Bestattungswesen	303.900,00	146.377,29	<b>121.000,00</b>	228.000,00	349.000,00
120	V	130301001	13030100 Fahrzeuge Bestattungswesen	506.126,97	143.951,92	<b>143.000,00</b>	125.000,00	268.000,00
121	I	140101001	14010101 Klimaschutzmaßnahmen	624.987,78	529.935,89	<b>529.900,00</b>	101.000,00	630.900,00
122	I	150101000	15010100 Wirtschaftsförderung	1.800,00	1.800,00	<b>1.800,00</b>	300,00	2.100,00
123	V	150101004	15010100 Projekt Redidron (ehem. Kodrona)	255.000,00	255.000,00	<b>25.000,00</b>	0,00	25.000,00
124	V	150201003	15020100 Siegerlandhalle, LGS, Audioanlage	92.536,49	92.536,49	<b>92.536,49</b>	0,00	92.536,49
125	I	150202000	15020200 Bismarckhalle	7.000,00	7.000,00	<b>7.000,00</b>	10.000,00	17.000,00
126	V	150202001	15020200 Bismarckhalle, Notstromaggregat	55.000,00	55.000,00	<b>55.000,00</b>	0,00	55.000,00
127	I	150401000	15040100 Märkte	101.200,00	66.277,90	<b>52.500,00</b>	40.200,00	92.700,00
				<b>45.345.652,06</b>	<b>27.051.762,08</b>	<b>23.306.428,61</b>	<b>18.802.300,00</b>	<b>42.108.728,61</b>

Kosten-träger	Sach-konto	Produktbeschreibung	Kontobeschreibung	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl. / abzgl. Verschiebung	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023
01060100	2811726/ 7291000	Finanzmanagement	Sonst. Rückstellung GPA- Prüfung § 105, Auszahlung für sonst. Dienstleistungen	107.000,00	54.860,00	51.100,00	0,00	51.100,00
01130200	2710006/ 7215090	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	851.308,73	766.163,04	703.800,00	700.000,00	1.403.800,00
01130200	2811706/ 7215080	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	2.260.926,72	1.509.501,69	1.455.300,00	1.100.000,00	2.555.300,00
02010101	2811606/ 7421000	Brandschutz, technische Hilfeleistung und Katastrophenschutz allg.	Sonstige Rückstellung Treueprämie FFW	61.600,00	39.008,34	39.000,00	50.000,00	89.000,00
05010200	2811706/ 7215080	Hilfen nach dem AsylbLG allg.	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	14.000,00	14.000,00	14.000,00	0,00	14.000,00
05010200	2811906/ 7499040	Hilfen nach dem AsylbLG allg.	Andere sonstige Rückstellun- gen (Rückzahlung FlüAG- Pauschale)	60.620,00	60.620,00	60.620,00	0,00	60.620,00
08020100	2710006/ 7215090	Sportplätze und Stadien	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	146.800,00	146.800,00	146.800,00	0,00	146.800,00
08030100	2710006/ 7215090	Hallenbäder	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	336.200,00	336.200,00	336.200,00	0,00	336.200,00
12020100	2811736/ 7216090	Gemeindestraßen	Sonstige Rückstellung Beteiligungsmaßnahmen Straßen	741.152,54	741.152,54	741.152,54	0,00	741.152,54
12020200	2811736/ 7216090	Kreisstraßen	Sonstige Rückstellung Beteiligungsmaßnahmen Straßen	327.523,01	327.523,01	327.523,01	0,00	327.523,01
<b>Summe "konsumtive" Auszahlungsmittel, Rückstellungen:</b>					<b>3.995.828,62</b>	<b>3.875.495,55</b>	<b>1.850.000,00</b>	<b>5.725.495,55</b>

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Kämmerei  
Bearbeitet von: Heiko Erner

Siegen, 14.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Bericht über den Haushaltsvollzug 2023**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2023 zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

#### 1. Ergebnisplan

Nachstehend wird ein Bericht über die Abwicklung der Haushaltswirtschaft 2023 zum Stand 30.06.2023 vorgelegt und gleichzeitig, auf Grundlage des derzeitigen Erkenntnisstandes, eine Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis vorgenommen. Der Haushalt 2023 wurde vom Rat der Stadt am 22.02.2023 mit folgenden Eckwerten im Ergebnisplan beschlossen:

Ertrags- und Aufwandsarten in €	ANSATZ 2023
Ordentliche Erträge	363.725.800
Ordentliche Aufwendungen	374.366.750
Ordentliches Ergebnis	-10.640.950
Finanzerträge	5.386.800
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.498.600
Finanzergebnis	-111.800
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-10.752.750
Außerordentlicher Ertrag	11.018.000
Jahresergebnis	265.250

Das eigentliche Defizit beträgt also rd. -10,8 Mio. €. Nur durch den außerordentlichen Ertrag, der den prognostizierten „Corona/Ukraine-Schaden“ enthält, wird ein ausgeglichener Haushalt (Überschuss: knapp 0,3 Mio. €) erreicht.

Derzeit sind folgende wesentliche Veränderungen gegenüber den Planwerten zu erwarten:

## **1.1 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit**

### **1.1.1 Erträge**

Die Haushaltsansätze bei der Einkommens- als auch bei der Umsatzsteuer werden wahrscheinlich nicht erfüllt werden können. Hier ist in Summe mit Mindererträgen von ca. 1 Mio. € zu rechnen. Demgegenüber wird der Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer jedoch übererfüllt. Bei der **Gewerbesteuer** beträgt das momentane Anordnungs-Soll mehr als 90 Mio. € und liegt damit um rd. 14 Mio. € über dem Haushalts-Soll.

Auch bei den Erträgen aus dem **Familienleistungsausgleich** werden rd. 0,25 Mio. € mehr erzielt.

In einigen Bereichen sind Mindererträge zu erwarten, wie z.B. im Bereich der **Verwaltungsgebühren für Bauanträge**. Hier sind aufgrund der gestiegenen Zins- und Baukosten und damit geringeren Anzahl von Bauanträgen Mindererträge von voraussichtlich 250 T€ zu erwarten.

Im **sozialen Bereich** kommt es sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite zu erheblichen Ansatzüberschreitungen. Hier werden ca. 1,1 Mio. € Mehrerträge für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) sowie geschätzte Mehrerträge von 1,7 Mio. € resultierend aus zu berücksichtigenden Landeszuweisungen und FlüAG-Pauschalen erwartet.

Die **Gewinnabführung SVB** wird in 2023 (nach Abzug der Kapitalertragsteuer) mit einem Mehrertrag von 0,4 Mio. € abschließen.

In Summe ergeben sich Mehrerträge von **rd. 16,5 Mio. €**.

### **1.1.2 Aufwendungen**

Bedingt durch das Plus bei der Gewerbesteuer fallen die Aufwendungen für die **Gewerbesteuerumlage** um rd. 1,0 Mio. € höher aus.

Bei der **Gebäudebewirtschaftung** kann dieses Jahr trotz der gestiegenen Energiepreise von einem Minderaufwand von 0,7 Mio. € ausgegangen werden, da die Kostenexplosion nicht so hoch wie ursprünglich erwartet ausgefallen ist.

Erfreulich ist die Entwicklung im Bereich Abfallentsorgung. Da die kalkulierte Kostensteigerung bei den **Deponiegebühren** nur in geringem Umfang eingetroffen ist, kann von Minderaufwendungen von 0,6 Mio. € ausgegangen werden.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wird es erfahrungsgemäß zu einer „pauschalen“ Einsparung von mindestens rd. 1,5 Mio. € kommen, die insbesondere aufgrund von verzögerten baulichen Maßnahmen eintritt.

Bei den **Personalaufwendungen** wird der Haushaltsansatz von rd. 85 Mio. € höchstwahrscheinlich nicht überschritten. Die Tarifierhöhung wurde größtenteils schon im Ansatz berücksichtigt. Zudem sorgen Personalverschiebungen und daraus resultierende Stellenvakanzen für einen auskömmlichen Ansatz.

Das Zinsniveau ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, weshalb deutlich höhere Ansätze geplant wurden. Aufgrund der positiven Liquiditätsentwicklung mussten deutlich weniger Kassenkredite in Anspruch genommen werden. Daher werden die **Zinsaufwendungen** um rd. 0,3 Mio. € bei den Kassenkrediten geringer ausfallen. Auch bei den Zinsen für Investitionskredite werden rd. 0,5 Mio. € Minderaufwendungen erwartet.

Im Bereich der **Straßenunterhaltung** ist mit Mehraufwendungen von rd. 0,4 Mio. € zu rechnen. Hauptsächlich hierfür sind vor allem die hohen Kostensteigerungen im Baugewerbe.

Bei der **Schülerbeförderung** wird es dieses Jahr voraussichtlich in Summe zu einem Mehraufwand von insgesamt ca. 0,1 Mio. € aufgrund gestiegener Preise kommen.

Die meisten Mehraufwendungen (ca. 2,3 Mio. €) werden im **sozialen Bereich** entstehen, die insbesondere aus den erhöhten Ausgaben für Integrationshelfer (0,6 Mio. €), eines erforderlichen Securitydienstes (0,3 Mio. €) sowie den gestiegenen Kosten für die Unterbringung der UMA (1,2 Mio. €) resultieren. Diese werden jedoch durch Mehrerträge relativiert werden. (s. Ziffer 1.1.1)

Mehraufwendungen sind zudem bei der Beteiligung Umlage **Krankenhausfinanzierung** von 0,2 Mio. € sowie für **Niederschlagungen** (Ausbuchung von Forderungen) in Höhe von 0,5 Mio. € zu erwarten.

In Summe ergeben sich Mehraufwendungen von **ca. 1,0 Mio. €**.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ 2023 voraussichtlich um rd. 15,5 Mio. € besser als geplant (+ 4,8 Mio. €) abschließt.

## **1.2 Außerordentlicher Ertrag – „Corona/Ukraine-Belastung“**

Aufgrund des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land NRW (NKF-CUIG) sind Mindererträge und Mehraufwendungen, die im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie dem Krieg in der Ukraine stehen, zu isolieren. Im Haushalt 2023 wurde eine Corona/Ukraine-Belastung von rd. 11 Mio. € etatisiert.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 ist die Summe der Haushaltsbelastungen infolge der COVID-19-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine zu ermitteln. Die enormen Mehrerträge bei der Gewerbesteuer werden

dazu führen, dass in 2023 voraussichtlich keine pandemie- oder kriegsbedingte Haushaltsbelastungen gemäß NKF-CUIG zu buchen sind. Dies würde auch eine Entlastung der Haushalte ab 2026 bedeuten.

in Mio. €	Ansatz 2023	Voraussichtliches Jahresergebnis	Differenz
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-10,7	4,8	15,5
Außerordentlicher Ertrag	11,0	0	-11,0
Jahresergebnis	0,3	4,8	4,5

Aus heutiger Sicht wird das prognostizierte Jahresergebnis um etwa 4,5 Mio. € besser ausfallen als geplant. (Prognose: + 4,8 Mio. €)

Dabei ist zu beachten, dass gerade die Prognose bei der Gewerbesteuer natürlich risikobehaftet ist. Zudem können die notwendigen Jahresabschlussbuchungen (z. B. Abschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen, etc.) das prognostizierte Jahresergebnis noch stark beeinflussen.

## 2. Finanzplan

Das **planmäßige Defizit** des Finanzplans beträgt im Haushaltsjahr 2023 rd. **9 Mio. €**. Von besonderer Bedeutung ist die **Investitionstätigkeit**. Am 07.08.2022 ergibt sich folgendes Bild:

in Mio. €	HH-Soll 2023	Übertragung aus 2022	Summe	angeordnet	Vormerkungen	offen
investive Einzahlun- gen	21,1		21,1	9,1		12,0
investive Auszahlun- gen	47,3	23,3	70,7	11,3	26,5	32,8

Das Investitionsvolumen 2023 beträgt rd. **70,7 Mio. €**. Die gebundenen Mittel betragen rd. **38 Mio. €**. Folglich wurden aktuell rd. **54 % der Auszahlungsmittel** bewirtschaftet.

Die Kreditermächtigung 2023 beträgt rd. 26 Mio. €. Da im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2022 eine Übertragung der verfügbaren Kreditmittel i. H. v. rd. 10 Mio. € vorgenommen wird, ergibt sich somit eine Gesamtermächtigung von rd. 36 Mio. €. In 2023 wurde bisher kein Investitionskredit aufgenommen.

Der Liquiditätsbedarf der Stadtkasse zur Sicherstellung der dauernden Zahlungsfähigkeit (**Kassenkreditbestand**) lag am 07.08.2023 bei rd. 190 Mio. €. Auch anhand dieses Wertes wird die positive Entwicklung des Ergebnisplanes deutlich (Vergleich Kassenkreditbestand zum 07.08.2022: rd. 212 Mio. €; zum 31.12.2022: 196,4 Mio. €). Die für 2023 vorgesehene zusätzliche Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von rd. 9 Mio. Euro wird aus heutiger Sicht nicht erforderlich sein.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius  
Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 31.05.2023

Bereich: Straße- und Verkehr

Bearbeitet von: Frau Bauman, Herr Thomas, Herr Hinkel

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>14.06.2023</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>23.08.2023</b>
<b>Rat</b>	<b>06.09.2023</b>

Kurzbezeichnung:

**Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neuerfassung des Zustands für Straßen, Straßenmanagementsystem, gemäß §29 KomHVO NRW alle 10 Jahre, für das Jahr 2026.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 1 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung von Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 2 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung des Bauprogramms für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 3 aufgeführte Prioritätenliste als Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW.

### Sachverhalt / Begründung:

### Vorgeschichte

Mit den Vorlagen 2358/2009 und 239/2010 sind erstmalig Prioritätenlisten durch den Rat der Universitätsstadt Siegen beschlossen worden. Die in diesen Vorlagen aufgeführten 50 Straßen- und 7 Brückenmaßnahmen wurden umgesetzt.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragte am 09.03.2011 die Verwaltung ein Erhaltungsmanagementsystem und die damit einhergehende Zustandserfassung der Straßen neu aufzustellen. Mit der Vorlage 2523/2019 wurden die Ergebnisse der Zustandserfassung und das Erhaltungsmanagementsystem vorgestellt und mit einer Fortschreibung der Prioritätenlisten beschlossen.

Die Ergebnisse dieser Zustandserfassung bilden die fachliche Basis der Prioritäten im Bereich der Instandhaltung sowie für das Bauprogramm im Straßenneubau.

### **Prioritätenlisten Deckenerneuerungen und Bauprogramm 2023**

Für die Aufstellung bzw. Fortschreibung der Prioritätenlisten sind neben der sachlich, fachlichen Grundlage der Zustandserfassung verschiedene weitere Einflussfaktoren zu berücksichtigen, weshalb die Prioritätenlisten der Deckenerneuerungen (Anlage 1) und des Bauprogramms (Anlage 2) nicht deckungsgleich mit den Ergebnissen der Zustandserfassung sind.

Die Prioritäten berücksichtigen dabei die Maßnahmen aller Ver- und Entsorger, die jährlich aktualisiert über das Jahresbauprogramm koordiniert und abgestimmt werden.

Ebenso werden die zeitlichen Abläufe der Baumaßnahmen anderer Baulastträger berücksichtigt, die Einfluss auf die verkehrlichen Abläufe im Stadtgebiet haben.

Eine weitere Einflussgröße sind die Finanzierbarkeiten durch beispielsweise Zuwendungen und deren Bewilligungen.

In den vergangenen Jahren erschwerte zudem der Fachkräftemangel eine mittelfristige Zeitplanung deutlich. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, Fachkräfte zu gewinnen und Fachkräfte zu halten, ist die Entwicklung und die Erweiterung der Angebote der Stadtverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber positiv.

Allerdings ergeben sich durch das Angebot des Mobilen Arbeitens und auch die höhere Anzahl von Teilzeitkräften neue Arbeitsabläufe und damit einhergehend die Digitalisierungsstrategie der Stadtverwaltung.

Gerade im Straßenbau sind die Projektakten enorm umfangreich. Alle Daten und Unterlagen müssen für die Kollegen digital und zentral bereitgestellt werden. Hierfür sind die Grundlagen zu erarbeiten und bereitzustellen. Die Erfahrungen der angeordneten Heimarbeit während der Pandemie bilden für Straße und Verkehr aktuell die Grundlagen für die Aufarbeitung neuer Arbeitsabläufe, um den aktuell hohen Koordinierungsaufwand der Führungskräfte zu reduzieren.

### **Inventur / Neuerfassung des Zustands für Straßen und Fortschreibung des Erhaltungsmanagements**

Aufgrund einer Änderung der Kommunalen Haushaltsverordnung ist eine Zustandserfassung nicht mehr wie bisher alle 5 Jahre notwendig, der Zeitraum einer Neuerfassung ist auf 10 Jahre ausgeweitet worden.

Folglich ergibt sich eine Änderung zur Vorlage 2523/2019 in der eine erneute Zustandserfassung für das Jahr 2021 beschlossen wurde.

Die nächste Zustandserfassung ist für das Jahr 2026 vorgesehen.

### Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW (KAG)

Über die Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge können die beitragspflichtigen Grundstückseigentümer finanziell entlastet werden. Voraussetzung für die Beantragung von Zuwendungen bei KAG – Maßnahmen ist ein politisch beschlossenes Straßen- und Wegekonzept, welches eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung abdeckt. Das Konzept ist bei Bedarf, jedoch mindestens alle zwei Jahre, fortzuschreiben.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
-	-	-	-	

### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode - Sachkonto -
-	-		-	

### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>     			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>     			

--

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Deckenprogramm 2024 bis 2029](#)
2. [Anlage 2 Straßenbauprogramm 2024 bis 2029](#)
3. [Anlage 3 Straßen- und Wegekonzept 2024 bis 2029](#)

Straße	Art der Sanierung	Abschnitt	Jahr
Koblenzer Straße	Deckensanierung	Koch`s Ecke bis Obergraben	2024
Achenbacher Straße	Deckensanierung	Achenbacher Furt bis OD nach Gosenbach	2024
Gießereistraße	Tragdeckschicht (abhängig Beprobung)	Gesamt	2024
Oranienstraße	Pflasteroberbau, Ecoprec	Gesamt	2024
Birlenbacherstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Haus-Nr. 37 bis 112	2024
Frankfurter Straße	Binder und Decke	Haus-Nr. 101 bis obere Einmündung Idsteiner Straße/OD	2024
Seelbacher Weg	Tragdeckschicht	Trupbacher Straße bis Radweg	2024
Untere Dorfstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Hausnummer 23 bis 109	2024
Stockweg / Tiefenbacher Straße	Binder und Decke Förderantrag mit Straßen NRW	Einmündung Schultestraße - Kreuzung K4/K5 - Tiefenbacher Str. OD	2025
Allensteiner Straße	Deckensanierung	Kreisel Ypernstraße bis Einmündung Gleiwitzer Straße	2025
Am Eichenhang	Decke und Binder	Hochschulstraße bis HTS	2025
Buchener Straße (aus Liste 2009-13)	Deckensanierung	bis Ongelsgrob	2025
Eiserntalstraße	Decke und Binder	Eiserfelder Hütte bis 161	2025
Eiserntalstraße	Decke und Binder	Am Tiefbau Schulstraße, 3 Teilabschnitte	2025
Im Söntchen	Deckensanierung	komplette Länge ca. 330 m inkl. Wende	2025
Zum Wildgehege	Sanierung in Tragdeckschicht	Geisweider Straße bis Ludwig-Kenter-Straße	2025
Adolf-Sänger Straße	Tragdeckschicht	Ziegeleistraße bis Elsa-Brandström-Straße	2026
Hauptmarkt	Deckensanierung	Fahrspur vor dem Mehrfamilienhaus	2026
Münkershütten	Deckensanierung	PP Wagner bis Bismarckstraße	2026
Ziegeleistraße	Tragdeckschicht	Tannenburgstraße bis Ulmenweg	2026
Wetzlarer Straße	Tragdeckschicht (abhängig Beprobung)	Gesamt	2026
Hainer Hütte	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Giersbergstraße bis Am Jähen Hain	2027
Lothar-Irle-Straße	Deckensanierung	Gesamt	2027
Tiergartenstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	LSA bis Freudenberger Straße, ca. 620 m	2027
Sohlbacher Straße	Binder und Decke Förderantrag	Geisweider Str. bis einschl Bachstr.	2028
Sohlbacher Straße	Binder und Decke Förderantrag	Altenzentrum bis Am Rückelchen	2028
Rosterstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Hermann Klaas Str. bis OD	2028
Fischbacherbergstraße	Decke und Binder Förderantrag	Diemstraße bis Hubertusweg	2029
Freudenberger Straße	Deckensanierung	Galerie bis Tiergartenstraße	2029
Giersbergstraße	Deckensanierung	Hohler Weg bis Batterieweg	2029
Hamburgstraße	Tragdeckschicht	Friedrich-Wilhelm-Straße bis Am Schwarzen Barth?	2029

Alle Kalkulationen ohne Bohrkernbefunde. Preisbildung aktuell. Preisentwicklung Folgejahre berücksichtigt.

## Straßenbaumaßnahmen

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Jahr
1	Hengsbachstraße	Gesamt	Neubau	2024/2025
2	Siegener Straße	Gesamt	Neubau	2025
3	Haardtstraße	Gesamt	Neubau	2025
4	Ludwig-Kenter-Straße	Gesamt	Neubau	2025
5	Im Samelsfeld	Gesamt	Neubau	2025
6	Maccostraße Teilstück	Gesamt	Neubau	2025
7	Am Winkel / Schmittenberg	Gesamt	Neubau	2026
8	Trupbacherstraße	Gesamt	Neubau	2026
9	Heckenbergstraße	Gesamt	Neubau	2027
10	Vor den Birken	Gesamt	Neubau	2027
11	Oberschelder Straße	Gesamt	Neubau	2028
12	Spandauer Straße / Frankfurter Straße	Gesamt	Neubau	2028
13	Hagener Straße	Gesamt	Neubau	2028
14	Dreisbacher Straße	Gesamt	Neubau	2029
15	Höllenwaldstraße	Gesamt	Neubau	2029
16	Heuper Straße	Gesamt	Neubau	2029

## Brückenbaumaßnahmen

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Jahr
1	Hubacher Weg	Gesamt	Neubau	2024
2	Berliner Straße	Gesamt	Neubau	2025
3	Achenbacher Straße	Gesamt	Neubau	2025



## a) Geplante voraussichtlich beitragsfreie Straßenunterhaltungsmaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Die geplanten Unterhaltungsmaßnahmen unterliegen voraussichtlich nicht der anteiligen Finanzierung durch Grundstückseigentümer.

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Geplante Unterhaltungsmaßnahme	Jahr
1	Koblenzer Straße	Koch's Ecke bis Obergraben	Deckensanierung	2024
2	Achenbacher Straße	Achenbacher Furt bis OD Gosenbach	Deckensanierung	2024
3	Gießereistraße	Gesamt	Tragdeckschicht	2024
4	Oranienstraße	Gesamt	Pflasteroberbau	2024
5	Birlenbacherstraße	Haus-Nr. 37 bis 112	Asphaltoberbau	2024
6	Frankfurter Straße	Haus-Nr. 101 bis obere Einmündung Idsteiner Straße/OD	Decken- und Bindersanierung	2024
7	Seelbacher Weg	Trupbacher Straße bis Radweg	Tragdeckschicht	2024
8	Untere Dorfstraße	Hausnummer 23 bis 109	Asphaltoberbau	2024
9	Stockweg / Tiefenbacher Straße	Einmündung Schultestraße - Kreuzung K4/K5 - Tiefenbacher Str. OD	Decken- und Bindersanierung	2025
10	Allensteiner Straße	Kreisel Ypernstraße bis Einmündung Gleiwitzer Straße	Deckensanierung	2025
11	Am Eichenhang	Hochschulstraße bis HTS	Decken- und Bindersanierung	2025
12	Buchener Straße	bis Ongelsgrub	Deckensanierung	2025
13	Eiserntalstraße	Talsbachstraße bis 161	Asphaltoberbau	2025
14	Eiserntalstraße	Am Tiefbau Schulstraße, 3 Teile	Decken- und Bindersanierung	
15	Im Söntchen	komplette Länge ca. 330 m inkl. Wende	Deckensanierung	2025
16	Zum Wildgehege	Geisweider Straße bis Ludwig-Kenter-Straße	Sanierung in Tragdeckschicht	2025
17	Adolf-Sänger Straße	Ziegeleistraße bis Elsa-Brandström-Straße	Tragdeckschicht	2026
18	Hauptmarkt	Fahrspur vor dem Mehrfamilienhaus	Deckensanierung	2026
19	Münkershütten	Parkplatz Wagner bis Bismarckstraße	Deckensanierung	2026
20	Ziegeleistraße	Tannenburgstraße bis Ulmenweg	Tragdeckschicht	2026
21	Wetzlarer Straße	Gesamt	Tragdeckschicht	2026
22	Hainer Hütte	Giersbergstraße bis Am Jähen Hain	Asphaltoberbau	2027
23	Lothar-Irle-Straße	Gesamt	Deckensanierung	2027
24	Tiergartenstraße	LSA bis Freudenberger Straße	Asphaltoberbau	2027
25	Sohlbacher Straße	Geisweider Str. bis einschl. Bachstr.	Decken- und Bindersanierung	2028
26	Sohlbacher Straße	Altenzentrum bis x Am Rückelchen	Decken- und Bindersanierung	2028
27	Rosterstraße	Hermann Klaas Str. bis OD	Asphaltoberbau	2028
28	Fischbacherbergstraße	Diemstraße bis Hubertusweg	Decken- und Bindersanierung	2029
29	Freudenberger Straße	Galerie bis Tiergartenstraße	Deckensanierung	2029
30	Giersbergstraße	Hohler Weg bis Batterieweg	Deckensanierung	2029
31	Hambergstraße	Friedrich-Wilhelm-Straße bis Am Schwarzen Barth	Deckensanierung	2029

## b) Beabsichtigte beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und benennt die derzeit vorgesehenen grundhaften Erneuerungen oder Verbesserungen an Straßen, Wegen, Plätzen, die eine Beitragspflicht auslösen.

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Jahr
1	Siegener Straße	Gesamt	Neubau	2025
2	Haardtstraße	Gesamt	Neubau	2025
3	Ludwig-Kenter-Straße	Gesamt	Neubau	2025
4	Im Samelsfeld	Gesamt	Neubau	2025
5	Am Winkel / Schmittenberg	Gesamt	Neubau	2026
6	Trupbacherstraße	Gesamt	Neubau	2026
7	Heckenbergstraße	Gesamt	Neubau	2027
8	Vor den Birken	Gesamt	Neubau	2027
9	Oberschelder Straße	Gesamt	Neubau	2028
10	Spandauer Straße / Frankfurter Straße	Gesamt	Neubau	2028
11	Hagener Straße	Gesamt	Neubau	2028
12	Dreisbacher Straße	Gesamt	Neubau	2029
13	Höllenwaldstraße	Gesamt	Neubau	2029
14	Heuper Straße	Gesamt	Neubau	2029



An die Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister  
Steffen Mues  
Rathaus Siegen  
Markt 2

EINGANG BÜRGERMEISTER	
22. Aug. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

*Handwritten: 4, 4/1*

57072 Siegen

Datum:

22.08.2023

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 12.**

**„Straßenmanagementsystem – Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW“ der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.08.2023.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, nachfolgenden Antrag unter dem TOP 12. der o.g. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung zu stellen:

**Beschlussvorschlag:**

Die in VL 1428/2023 / Anlage 1 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung der Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 – 2029, wird wie folgt geändert:

Die geplante Sanierung der Tragdeckschicht in der Hambergstraße wird über die Bergkuppe hinaus, bis zum Ende der Hambergstraße = Beginn der Straße: „In der Winchenbach“ erweitert und endet nicht, wie in der Anlage aufgeführt, bereits bei der Einmündung zur Straße „Am Schwarzen Barth“.

**Begründung:**

In diesem abschüssigen Bereich schlägt die Fahrbahndecke Falten (Kriechen der Fahrbahndecke bergabwärts), was zu extremen Vibrationen im Fahrzeug führt, auch schon bei geringen Geschwindigkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Klein  
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski  
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Straßenneubau  
Bearbeitet von: Hr. Jenke

Siegen, 25.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Überplanmäßige Mittelbereitstellung KVP Schleifmühlchen  
hier: Baubehelf Bohrpfahlwand Ufermauer Weiß**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 115.000 € für die Investitionsmaßnahme T120204084/7852000 - Kreisverkehrsplatz Schleifmühlchen-.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T120201124 - ZOB Geisweid - in gleicher Höhe.

### Sachverhalt / Begründung:

#### Sachverhalt:

Die ARGE Baustra/Weber hat Bedenken gem. VOB gegen die geplante Ausführung der Bohrpfahlwand an der Weiß angemeldet. Grund ist die nicht nachweisbare Standsicherheit der vorhandenen Ufermauer durch die auftretenden Lasten und Kräfte während der Spezialtiefbauarbeiten, welche deutlich größer als die üblichen Verkehrslasten zu erwarten sind. Das durch die Stadt Siegen zu Rate gezogenen Statikbüro Kunkel & Partner kommt in seiner Stellungnahme vom 13.07.23 ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Lasten für die Ufermauer zu hoch sein könnten.

Es wurden zwei Varianten für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen als Baubehelf erarbeitet und per Kostenschätzung vom bauüberwachenden Büro Plusplan gegenübergestellt und bewertet. Es wurde die Empfehlung für die Variante 1 (Spundwand m. Kopfbalken und bewehrte Betonplatte als Aufstandsfläche für das Bohrgerät) ausgesprochen.

Nach Prüfung durch die Fachabteilung wurde ebenfalls die vorgeschlagene Variante 1 bevorzugt, da sie weniger Unwägbarkeiten und Risiken für Folgekosten erwarten lässt. Daher wurde vom ausführenden Unternehmen die Variante 1 ausführungsfähig geplant.

Für die nun anstehende Nachtragsbeauftragung fehlen ca. 115.000 Euro im Haushalt 2023, die zwar in diesem Jahr beauftragt werden sollen, aber erst im kommenden Jahr kassenwirksam werden. Dafür ist eine VE in Höhe von 115.000 € erforderlich. Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T120201124 - ZOB Geisweid - in gleicher Höhe.

### Kosten:

Bei der Betrachtung der Mehrkosten wurden Kosteneinsparungen, resultierend aus Minderlängen der Bohrpfähle im Hauptauftrag, welche sich im Rahmen der Ausführungsplanung und statischen Bemessung durch das Spezialtiefbauunternehmen im Vergleich zur Ausschreibung ergeben haben, gegengerechnet.

Einsparungen Hauptauftrag wg. Mengenminderungen	-276.186,00 €
<u>Nachtragsangebot 3: Baubehelf Bohrpfahlwand, Variante 1</u>	<u>370.578,87 €</u>
Summe [netto]	94.392,87 €
<u>MwSt 19 %</u>	<u>17.934,65 €</u>
Summe [brutto]	112.327,52 €

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
9,233 Mio. €		4.600.000 €	4.633.000 €	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan  2023-25	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit  6.000.000€	Kostenträger/ Investitionscode T120204084/12020400  Sachkonto 7852000/410000 5216010/413000
--	--	-------------------------------	---	---

**Klimaschutz**

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Durch den Ausbau des Knotenpunktes „Schleifmühlchen“ gemäß vorliegender Ausführungsplanung ist eine Reduzierung der Wartezeiten in den Knotenpunktarmen insbes. zu Spitzenzeiten zu erwarten. Durch die geografische Optimierung, die Anlage einer zweistreifig befahrbaren Kreisfahrbahn und Anlage eines zusätzlichen Bypasses vom Lindenberg Richtung Kaan-Marienborn wird eine Beschleunigung des Verkehrsflusses erreicht, so dass die Lärm- und CO <sub>2</sub> -Emissionen (z.B. durch Stau bzw. Stop-and-Go-Verkehr) reduziert werden. Durch die Verbesserung der Radverkehrsführung am Knotenpunkt wird die Kreuzung „Schleifmühlchen“ sicherer und sorgt somit dafür, den Umstieg vom Kfz auf das klimafreundlichere Fahrrad zu erleichtern.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 21.07.2023

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Herr Daschke, Frau Krippendorf, Herr Meier

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>16.08.2023</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>23.08.2023</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>24.08.2023</b>
<b>Rat</b>	<b>06.09.2023</b>

Kurzbezeichnung:

**Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien  
hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Verwaltung hat mit Vorlage 1438/2023 informiert, dass die Landesregierung am 02.06.2023 den Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) beschlossen und das Beteiligungsverfahren bekannt gemacht hat.

Der Beteiligungszeitraum wurde zwischenzeitlich neu bekanntgemacht. Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen haben während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs vom 23. Juni 2023 bis zum 28. Juli 2023 die Möglichkeit, Stellungnahmen in das Verfahren einzubringen.

Der Antrag auf eine Fristverlängerung, die eine Beratung in den politischen Gremien ermöglicht hätte, wurde durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen am 03.07.2023 abgelehnt.

Die Stellungnahme wurde am 21.07.2023 an das zuständige Ministerium verschickt und den im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen per Mail zur Kenntnis gegeben.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i. A.

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Stellungnahme der Stadt Siegen zum LEP-Entwurf EE](#)





Stadt Siegen • Postfach 10 03 52 • 57003 Siegen

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz  
und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

per E-Mail an [landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de](mailto:landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de)

**Rathaus Geisweid**

Lindenplatz 7

57078 Siegen

**AG 4-5/1 Stadtentwicklung**

Auskunft Herr Meier

Zimmer 127

Telefon 0271 404-3283

Telefax 0271 40436-3283

Zeichen VM

E-Mail [v.meier@siegen.de](mailto:v.meier@siegen.de)

Internet [www.siegen.de](http://www.siegen.de)

Siegen, 14.07.2023

## Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan NRW Stellungnahme der Stadt Siegen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen nimmt zum Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplanes – Erneuerbare Energien wie folgt Stellung:

### A. Allgemein

Die Stadt Siegen begrüßt den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es ist klar, dass dies auch bedeutet, dass innerhalb des Stadtgebietes Flächen dafür zur Verfügung stehen müssen.

Die Stellungnahme setzt sich formal und sachlich mit der Änderung des Landesentwicklungsplanes und den Grundlagen vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit auseinander. Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen und den damit verbundenen Rechtsfolgen zum Stichtag **31.12.2027** ist eine Umsetzung, die einer gerichtlichen Überprüfung standhält, zwingend erforderlich.

Sowohl rechtlich als auch inhaltlich sind hier Aspekte zu benennen, die diese Anforderung nicht erfüllen und Konsequenzen für sämtliche Kommunen bedeuten können.

Die Anforderungen durch die Rechtsprechung an die Flächennutzungsplanung einschließlich der Datengrundlagen zur Darstellung von Windkraftkonzentrationszonen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Ausschlusswirkung) sind sehr hoch, da darüber konkretes Baurecht begründet wird. Dies wird zukünftig durch die Ausweisung von Windenergiebereichen im Regionalplan gemäß dem Landesentwicklungsplan ebenfalls mit Ausschlusswirkung begründet. Es ist zu erwarten, dass die Rechtsprechung hier ähnliche Maßstäbe verlangt.

### Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung NRW dieser Verantwortung gerecht wird.



#### Sprechzeiten

Montag bis Freitag

Dienstag

Donnerstag

keine Sprechzeit

08.30 - 12.00 Uhr

14.00 - 16.00 Uhr

14.00 - 18.00 Uhr

#### Busverbindung

Linie R 10, R 51, C 130

#### Haltestelle

Haltestelle Geisweid Rathaus

#### Parkmöglichkeit

Parkhaus

## **B. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Bundesgesetzen / Erlass „Ziele in Aufstellung“**

Das Raumordnungsgesetz (ROG) wurde im ersten Quartal 2023 geändert. Die Änderung soll zum 28. September 2023 in Kraft treten. Durch die Änderung des Raumordnungsgesetzes in § 3 Abs. 4a werden bereits in Aufstellung befindliche Ziele, also der Stand zu Beginn des Beteiligungsverfahrens, maßgeblich. Dies stellt u. a. die rechtliche Grundlage für Ziel 10.2-13, aber auch für den Erlass „Ziele in Aufstellung“ dar.

Laut Gesetzesbegründung handelt es sich hinsichtlich der in Aufstellung befindlichen Ziele um eine Klarstellung. Ob diese Einschätzung zutrifft, müsste einer rechtlichen Überprüfung unterzogen werden. Wäre diese Einschätzung jedoch korrekt, sind in Aufstellung befindliche Ziele schon immer maßgebend, auch wenn die Bezirksregierung Arnsberg dies bisher anders angewendet hat.

Es ist unklar, warum dies für die Ziele des LEP-Entwurfes und angekündigt für die Übergangsregelung in **Ziel 10.2-13** zusätzlich durch einen Erlass geregelt werden muss. Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, dass Landesregierungen per Erlass Bundesgesetze steuern und regeln, wann in Aufstellung befindliche Ziele maßgebend sind und wann nicht.

Das Raumordnungsgesetz sieht zudem vor, dass für diese in Aufstellung befindlichen Ziele die Beteiligung vollständig durchgeführt sein muss. Es überrascht, dass für die Übergangsregelung bereits eine Karte auf der Internetseite des Ministeriums (MWIKE) veröffentlicht wurde, die diese Anforderung nachweislich nicht erfüllt. Die Gesetzesbegründung zur Änderung des ROG (ROGÄndG) führt dazu eindeutig aus:

*„Wenn die planaufstellende Stelle den Planentwurf nach der (ersten) Beteiligung in geänderter oder ergänzter Fassung in die erneute Beteiligung gibt, ist die Voraussetzung der vollständigen Durchführung des Beteiligungsverfahrens insoweit noch nicht erfüllt. Soweit aber bestimmte Teile des Planentwurfs nicht Gegenstand der erneuten Beteiligung sind, sondern in der Fassung aus der vorausgehenden Beteiligungsrunde weitergeführt werden, ist insoweit § 3 Absatz 1 Nummer 4a – unter den darin genannten weiteren Voraussetzungen (Veröffentlichung eines die Ergebnisse der Beteiligung berücksichtigenden Planentwurfs) – anwendbar.“*

Aus Sicht der Stadt Siegen wird angezweifelt, dass für Windenergiebereiche aus der Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – die Beteiligung, die 2019 stattfand, vollständig durchgeführt wurde. Die gesetzlichen Regelungen und daraus resultierende Rechtsfolgen haben sich diesbezüglich grundlegend geändert, es besteht zu einem Windenergiebereich im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, eine kritische Stellungnahme zur Abgrenzung und es wird eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen geben, die auch das Thema der Erneuerbaren Energien neu betrachten muss. **Die Voraussetzungen gemäß der Änderung des Raumordnungsgesetzes, welches ab dem 28. September 2023 maßgeblich ist, sind somit aus Sicht der Stadt Siegen nicht erfüllt.**

Für Kommunen besteht zudem hoher Handlungsbedarf für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Landesplanerische Anfragen gemäß § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) sollten die Änderung des Raumordnungsgesetzes einpreisen, damit bereits jetzt mit der Bauleitplanung, die sich über einen längeren Zeitraum bis nach dem 28. September 2023 erstreckt, begonnen werden kann.

**Forderungen:**

1. Es wird gefordert, dass das Raumordnungsgesetz rechtssicher für alle in Aufstellung befindlichen Ziele gleichermaßen angewendet wird.
2. Es wird aus Gründen der Rechtssicherheit gefordert, dass zunächst die Änderung des Raumordnungsgesetzes am 28. September 2023 in Kraft tritt.
3. Es wird zudem gefordert, dass in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung bereits jetzt bei landesplanerischen Anfragen gemäß § 34 LPlG für Wohnbaulandentwicklungen Ziele der Raumordnung darstellen, wenn die Bauleitpläne absehbar erst nach dem 28. September 2023 in Kraft treten und die Bezirksregierungen entsprechend angewiesen werden.

**C. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Landesgesetzen**

In der Pressemitteilung zur Vorstellung der LEP-Änderungen wird die Abschaffung der 1000-Meter-Abstandsregelung gemäß BauGB-AG NRW als Konsequenz daraus bezeichnet:

„Mit diesen nun vorgelegten Änderungen des LEP schafft die Landesregierung eine unerlässliche Voraussetzung für eine breit getragene Energiewende. Als Konsequenz daraus kann auch der im Baurecht geregelte Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebäuden bereits jetzt aufgehoben werden.“

(Quelle: Landesregierung NRW, Pressemitteilung vom 06.06.2023, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-beschliesst-entwurf-der-aenderung-des-landesentwicklungsplans> )

Es handelt sich um zwei voneinander getrennte Vorgänge. Die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung kann aus Sicht der Stadt Siegen erst erfolgen, wenn für alle Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat. Es bestehen zudem rechtliche Zweifel, dass mit **Ziel 10.2-13** die Steuerungswirkung erreicht wird (vgl. F zu Ziel 10.2-13).

Die zeitlichen Vorgaben gemäß **Grundsatz 10.2-5** können zudem bei der Abwägung mit anderen relevanten Belangen überwunden werden. Aufgrund der unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen (vgl. F zu Grundsatz 10.2-5) besteht keine Garantie, dass alle Planungsregionen im Jahr 2024 die Beteiligung und im Jahr 2025 das Regionalplanverfahren abgeschlossen haben.

**Forderungen:**

1. Es wird eine Garantie gefordert, dass die in Abhängigkeit gebrachte Änderung des BauGB-AG NRW erst in Kraft tritt, wenn in allen Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat.

**D. Verfahren**

Das Land NRW möchte Vorreiter sein und die Zielvorgaben des Bundes bereits 2025 erfüllen. Dies findet Zustimmung, darf aber nicht zu Verfahrensfehlern führen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) wurde zweimal mit unterschiedlichen Beteiligungszeiträumen bekannt gemacht. Mit der zweiten Bekanntmachung wird die erste aufgehoben, somit ist verfahrensrechtlich allein der zweite Beteiligungszeitraum maßgebend ([Ministerialblatt \(MBL. NRW.\), Ausgabe 2023 Nr. 22 vom 15.6.2023 Seite 549 bis 568](#)).

Bereits der erste Beteiligungszeitraum war rechtlich zu kritisieren, da mit einem Zeitraum vom

14. Juni bis zum 21. Juli 2023 der überwiegende Teil der Beteiligung, bis auf 6 Werktage zu Beginn, innerhalb der Schulferien gelegen hätte. Der zweite, maßgebliche Beteiligungszeitraum vom 23. Juni bis zum 28. Juli 2023 verschärft diese rechtlichen Bedenken, da die Beteiligung nun ausschließlich in den Schulferien liegt. Zudem wurde der Zeitraum von 38 auf 36 Tage reduziert.

Diese Art und Weise geht vor allem zu Lasten der Öffentlichkeit, die in dieser Zeit nur in Teilen erreicht werden kann. Es wird an dieser Stelle auf die einschlägige Kommentierung verwiesen, die die Auslegung in der allgemeinen Schulferienzeit äußerst kritisch bewertet und daher zu dem Ergebnis kommt, dass diese als Auslegungszeitraum ausscheiden dürfte. (Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 9 Rn. 37). Es wird beispielhaft auf die rege Beteiligung der Öffentlichkeit zur Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – verwiesen. Nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg sind bei diesem Verfahren ca. 4.000 private Stellungnahmen abgegeben worden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen am 14.06.2023 informiert und die Abgabe einer Stellungnahme bis zum 28.07.2023 erbeten. Zudem wurde auf das Beteiligungsportal NRW verwiesen, dass seit dem 14.06.2023 zur Verfügung steht, auf dem aber zunächst die aufgehobene Bekanntmachung veröffentlicht wurde.

Zudem hat die Bezirksregierung Arnsberg die Kommunen am 20.06.2023 über das Verfahren informiert und zusätzlich den Erlass „Ziele in Aufstellung“ angehängt, in dem auf einen weiteren Erlass zu Ziel 10.2-13 hingewiesen wird. Der Erlass zu 10.2.13 ist aber elementar für die Beurteilung des Zieles selbst, zumal auch die Frage zu stellen sein wird, ob die Inhalte nicht im LEP selbst zu regeln wären. Die Inhalte werden somit der Beteiligung der Öffentlichkeit entzogen. Selbst wenn der Erlass noch während des Beteiligungszeitraumes erlassen wird, stehen die Inhalte nicht während der gesamten Beteiligung den Kommunen zur Verfügung. Aus Sicht der Stadt Siegen bestehen hier erhebliche materiell-rechtliche und formell-rechtliche Bedenken.

Mit dieser Vorgehensweise wird den Städten und Gemeinden die Möglichkeit genommen, den LEP-Entwurf (LEP-E) in den kommunalen Gremien zu beraten und ihre Stellungnahme kommunalpolitisch abzustimmen. Gerade weil der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energie über das Mindestmaß hinaus auf kommunalpolitische Unterstützung angewiesen ist, trägt dies nicht zur Akzeptanz bei.

Gemäß § 3 Abs. 3 Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist die Änderung des LEP bis spätestens zum 31.05.2024 abzuschließen. Dieser Stichtag allein kann eine solche Vorgehensweise nicht begründen.

Ein Antrag auf Fristverlängerung wurde am 03.07.2023 abgelehnt. In der Antwort, also während die Beteiligung bereits mehrere Tage lief, wurde auf verfügbare Geodaten unter [https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt\\_klima/klima/ee/potentiale/](https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/) verwiesen. Diese sind zwar nicht Bestandteil der ausgelegten Unterlagen, **enthalten aber weitere, für die Beurteilung der LEP-Änderungen wichtige Daten**. Neben den Abgrenzungen der Potentiale mit und ohne BSN-Flächen, die zuvor auch zur Verfügung standen, steht auch eine Excel-Liste zum Download, die die Potentiale in Hektar für jede Kommune benennt. Allerdings stimmen die ausgewiesenen Potentiale nicht mit den Abgrenzungen der Geodaten, die deutlich größer sind, überein. Hier bedarf es zwingend einer Aufklärung (vgl. E).

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG sind **Ziele der Raumordnung** verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Landes- oder Regional-

planung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Sie sind von den in § 4 Abs. 1 ROG aufgeführten Adressaten zu beachten, d. h. es handelt sich um Festlegungen, die eine strikte Bindung auslösen und nicht durch Abwägung überwindbar sind. Es ist daher zu bezweifeln, dass Ziele über angekündigte Erlasse konkretisiert werden und gleichzeitig abschließend abgewogen sein können (**Ziel 10.2-13**).

#### Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Verfahren rechtssicher umgesetzt wird.
2. Es wird gefordert, dass Ziele der Raumordnung abschließend abgewogen sind.
3. Es wird gefordert, dass Regelungen nicht über Erlasse, sondern in den Erläuterungen im Landesentwicklungsplan konkretisiert werden.
4. Es wird gefordert, dass für die Beurteilung erforderliche Unterlagen gebündelt an einem Ort zur Verfügung gestellt werden.

#### E. Flächenanalyse Wind

Die Flächenanalyse Wind stellt die Grundlage für die ermittelten Potenziale dar und somit auch für die Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es wird kritisiert, dass diese sehr umfangreiche Flächenanalyse erst mit der Beteiligung zur Änderung des LEP - und dies auch nicht in Gänze - zur Verfügung gestellt wurde. Die Ergebnisse des Zwischenberichtes vom 07.03.2023 wurden allesamt bestätigt, so dass diese Vorgehensweise nicht nachvollzogen werden kann.

Aber auch mit Veröffentlichung des Berichtes gibt es Punkte, die zu kritisieren sind. Die Daten wurden nicht während des gesamten Beteiligungszeitraums zum Download und zur Verwendung in eigenen GIS-Systemen zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Analyse dieser grundlegenden Daten in unnötiger Weise erschwert. Auch weicht die Darstellung der Planungskarte Wind im Energieatlas von den Darstellungen des Abschlussberichtes ab. So werden beispielsweise die Flächenpotenziale online nur für ganz NRW und nicht wie im Bericht für jeden Kreis dargestellt. Der Bericht sieht zudem keine genaue Flächenangabe, sondern nur eine Flächenspanne beispielsweise für den Kreis Siegen-Wittgenstein von 1.000 bis 5.000 ha vor. Das Potenzial bewegt sich bei einer Fläche des Kreisgebietes von 113.300 ha folglich zwischen weniger als einem Prozent und 4,4 %. Die Einteilung in solche Cluster scheint mehr als fraglich.

Vor diesem Hintergrund ist die spätere Darstellung von Windenergiebereichen gemäß **Ziel 10.2-2** im Regionalplan hinsichtlich der Verteilung in der Planungsregion inhaltlich nur unzureichend zu beurteilen. Auch ist die Betroffenheit von **Grundsatz 10.2-11** nicht zweifelsfrei zu klären.

Zudem definiert die Flächenanalyse den planungsrechtlichen Innenbereich über die landesweite Datengrundlage „AX\_Ortslage“ des Basis DLM (Abschlussbericht, Kapitel 3.1, Seite 19 ff). Diese enthält allein im Stadtgebiet Siegen **mindestens fünf Fehler**, von denen vier Auswirkungen auf die Potenzialermittlung haben, da keine Überlagerung von anderen Ausschlusskriterien vorliegt, bzw. Potentialflächen vorliegen. Aufgrund der kurzen Beteiligungsdauer ist eine abschließende Analyse nicht möglich.

Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf Ziel **10.2-13**, da der Regionalplan-Entwurf zur Neuaufstellung des räumlichen Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein sich auf die gleiche Datengrundlage stützt. Die Abgrenzung des Innenbereiches kann nur verläss-

lich durch die Kommunen ermittelt werden und selbst dann bestehen aufgrund diverser Rechtsprechungen Unwägbarkeiten. Es wird kritisiert, dass die Kommunen hieran nicht beteiligt wurden. Somit ist völlig unklar, wie belastbar die Flächenanalyse tatsächlich ist. Hinsichtlich der Ermittlung der Abstände zur Wohnbebauung werden erhebliche Bedenken geäußert.

Wie unter Punkt D erläutert, wurde am 03.07.2023 in einem Antwortschreiben des NRW-Wirtschaftsministerium auf

[https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt\\_klima/klima/ee/potentiale/](https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/) verwiesen. Die dort verfügbaren Daten sind nicht konsistent, wie die folgenden Tabellen zeigen.

#### NRW

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw, <b>Bericht LANUV</b> )	106.802 ha	126.249 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	127.461 ha	153.008 ha

#### Siegen

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw)	221 ha	272 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	314 ha	388 ha

Die Shape-Dateien stellen deutliche größere Potentiale als der LANUV-Bericht dar. Durch diese starken Abweichungen ist zum einen eine seriöse Beurteilung der Flächenanalyse Wind nicht möglich und erschwert zum anderen unnötiger Weise die Beurteilung der später im Regionalplannentwurf dargestellten Windenergiebereiche.

#### Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass den Kommunen ausreichend Zeit für eine abschließende Analyse der Flächenanalyse Wind eingeräumt wird.
2. Es wird gefordert, dass die zur Verfügung gestellten Daten konsistent sind und eine sachgerechte Analyse ermöglichen.
3. Es wird gefordert, dass die Flächenpotenziale in Form von Hektarangaben für jede Kommune eindeutig benannt werden.
4. Es wird gefordert, dass fehlerhafte Einstufungen zum planungsrechtlichen Innenbereich, die durch die Kommunen per Stellungnahme im LEP-Änderungsverfahren eingebracht werden, korrigiert und die Potenziale daraufhin aktualisiert werden (die bekannten Fehler sind als Anlagen beigefügt).

## F. Änderungen zur Windenergie

### Zu Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen

Diese Regelung ist überflüssig. Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen.

Die regionalplanerischen Windenergiegebiete werden nach diesem Stichtag festgelegt und eine Bestimmung zur Höhe der baulichen Anlagen scheidet somit aus. Eine Regelung im LEP ist somit nicht erforderlich.

#### **Forderungen:**

- 1. Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-3 ersatzlos gestrichen wird.**

### Zu Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen

Mit dieser Regelung wird unmittelbar zeitlicher Druck auf die Bezirksregierungen ausgeübt und lässt die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen außer Acht.

Im Regierungsbezirk Arnsberg wird seit 2018 der Regionalplan – räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – neu aufgestellt, in den die Umsetzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien nach den neuen gesetzlichen Regelungen integriert werden soll. Dies bedeutet, dass das Kapitel 8 des Regionalplanentwurfes insgesamt einen neuen Betrachtungshorizont bekommt. Hier wurden im Rahmen der Beteiligung teils sehr kritische Stellungnahmen vorgebracht und es ist bis heute unklar, wie diese im Entwurf Eingang finden können oder sollen und aus Sicht der Kommunen müssen. Es liegen nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg 111 Stellungnahmen von Verfahrensbeteiligten zu ca. 4.000 Teilaspekten sowie ca. 4.000 Stellungnahmen der Öffentlichkeit vor.

Mit der kompletten Neuausrichtung zu den Themen der erneuerbaren Energien und auch der Zugrundelegung neuer Siedlungsbedarfe ist davon auszugehen, dass hierdurch der Entwurf des Regionalplanes einer eingehenden Überarbeitung bedarf und damit die Stellungnahmen nur zum Teil ihre Gültigkeit behalten. Dies wird vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die Abstimmungen mit den Kommunen haben und damit auf die zeitliche Umsetzung des Verfahrens.

Grundsätzlich hat das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) Stichtage und somit eine zeitliche Vorgabe gesetzt. Eine schnellere Umsetzung ist wünschenswert, sollte aber nicht erzwungen werden.

Der Grundsatz bezieht sich auf das Kapitel zur Energieversorgung und kann daher auch nur zu diesen Inhalten zeitliche Vorgaben machen. Es wird bezweifelt, dass daraus rechtssicher zeitliche Vorgaben für andere Themenfelder oder gar eine komplette Neuaufstellung abgeleitet werden können. Um das zeitliche Ziel nicht zu gefährden, sollte das Kapitel Energieversorgung in einen Teil-Regionalplan ausgelagert werden. Auch das Thema der Rechtsunsicherheit könnte dadurch minimiert werden, da ansonsten wegen einer Vielzahl von Themenfeldern eine rechtliche Überprüfung angestrebt werden kann.

#### **Forderungen:**

- 1. Es wird gefordert, dass Grundsatz 10.2-5 die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen berücksichtigt und kein zeitlicher Umsetzungsdruck über den Landesentwicklungsplan ausgeübt wird, der die Rechtssicherheit gefährdet.**

2. **Es wird gefordert, klarzustellen, dass Grundsatz 10.2-5 nur auf Änderungen oder räumliche und sachliche Teil-Regionalpläne zu Inhalten zu Kapitel 10 LEP Anwendung finden kann.**

#### Zu Grundsatz 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen

Es ist zu kritisieren, dass in den sechs Planungsregionen die Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen unterschiedlich ausfallen können. Aufgrund der Rechtsfolgen durch das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) wird darüber konkretes Baurecht für Windenergieanlagen begründet. Gerade im Hinblick auf bestehende Windenergiestandorte, für die Baurecht besteht, werden bei deren Nichtberücksichtigung rechtliche Bedenken geäußert.

#### **Forderungen:**

1. **Es wird gefordert, dass durch unterschiedliche Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunale Windenergieplanungen keine Rechtsunsicherheiten entstehen.**

#### Zu Ziel 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche

Laut der Bezirksregierung Arnsberg liegt dem Regionalplan ein Planungshorizont von ca. 20 bis 25 Jahren zu Grunde. Grundsätzlich wird die Erforderlichkeit gesehen, diesen Planungshorizont in Bezug auf das aktuelle Thema zu reduzieren.

In der Konsequenz bedeutet Ziel 10.2-10 jedoch, dass dieses Thema ständig diskutiert werden muss. Dies verlangt den Einsatz von Personalressourcen auf allen Seiten. Es wird zudem bezweifelt, dass in Abständen von 5 Jahren grundlegend neue Erkenntnisse bestehen, die diese zeitliche Abfolge erfordern. Auch im Hinblick auf die Verlässlichkeit und Planbarkeit ist diese Regelung auf Ebene der Regionalplanung zu kritisieren und widerspricht dem formulierten Ziel einer langfristigen Sicherung.

Es bleibt unklar, wie Ziel 10.2-10 inhaltlich gemeint ist. Die Überprüfung erfolgt hinsichtlich der technischen Entwicklungen und der Ausnutzbarkeit zur Energieerzeugung. Die Beurteilung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass durch die Ausweisung von Windenergiebereichen und der damit verbundenen Rechtsfolgen konkretes Baurecht begründet wird (Zulässigkeit gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB). Die Streichung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss rechtssicher sein und kann daher keine Flächen betreffen, die (nur) weniger gut geeignet sind. Aufgrund der Interpretationsmöglichkeiten wird das Ziel den formalen Ansprüchen nicht gerecht (Endabgewogenheit).

#### **Forderungen:**

1. **Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-10 in Grundsatz 10.2-10 geändert wird**
2. **Es wird gefordert, dass der Fortschreibungszyklus für die Darstellung von Windenergiebereichen in Regionalplänen auf mindestens 10 Jahre erhöht wird.**
3. **Es wird gefordert, dass die Streichung von Windenergiebereichen in Regionalplänen rechtssicher ist.**



### Zu Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen. Es überrascht, dass in den Erläuterungen die Belange betroffener Kommunen darauf reduziert werden, dass in einzelnen Kommunen nicht mehr als 15 % ihrer Fläche als regionalplanerische Windenergiebereiche dargestellt werden sollen.

Zwar ist grundsätzlich eine Obergrenze zu begrüßen. Es muss jedoch in Frage gestellt werden, ob damit den zu schützenden Belangen einer Kommune insgesamt Rechnung getragen werden kann, wie es die Formulierung vorsieht. Allein eine Beurteilung anhand des Verhältnisses der Windenergiebereiche, gemessen an der Gemeindefläche, stellt nur ein Kriterium dar. Unter „3.9 Sonstiges“ der Flächenanalyse Windenergie wird diese Obergrenze näher erläutert (Seite 46) und vor allem die Vermeidung der Umzingelungen von Ortslagen angeführt. Diese kann jedoch nicht durch die Verhältnisvorgabe der Windenergiebereiche zur Gemeindefläche vermieden werden, **sondern vor allem durch andere Kriterien wie ihrer Lage, Häufung und/oder Streuung**. Auch kann eine Umzingelung durch Darstellungen von Windenergiebereichen in den Nachbarkommunen erfolgen, was mit Grundsatz 10.2-11 gänzlich ohne Betrachtung bleibt und deutlich zu kritisieren ist.

Weiterhin wird darauf abgestellt, dass der Wert von max. 15 % der jeweiligen Gemeindefläche auch deshalb festgelegt werden soll, weil dies in etwa **den größten Flächenanteilen** entspricht, die Gemeinden in NRW bislang tatsächlich planerisch für die Windenergienutzung gesichert haben. Dies allein stellt kein sachlich begründetes Argument dar. Die Planungsvoraussetzungen der Kommunen können stark voneinander abweichen, was unmittelbar Auswirkungen auf die Flächenanteile haben kann, die der Windenergie überhaupt zur Verfügung gestellt werden können. Die Belange der betroffenen Kommunen lediglich mit einem Höchstwert zu berücksichtigen, ist daher unangemessen.

Es wird zudem kritisiert, dass die Flächenanalyse Wind vom LANUV die Potenziale der einzelnen Kommunen nicht benennt und somit die Betroffenheit von dieser Regelung nicht zweifelsfrei geklärt werden kann. Es kann damit auch nicht beurteilt werden, ob diese Regelung wirklich Belange von Kommunen in den Blick nimmt oder nur auf dem Papier existiert.

#### **Forderungen:**

1. **Es wird gefordert, dass die Schutzkriterien für die Belange der betroffenen Kommunen deutlich weitergefasst werden und auch Aspekte wie Lage, Häufung und/oder Streuung umfassen.**
2. **Es wird gefordert, dass die Umzingelungswirkung in den Erläuterungen zu Grundsatz 10.2-11 aufgenommen wird und nicht nur auf die jeweilige Kommune bezogen wird.**
3. **Es wird gefordert, dass dargelegt wird, auf wie viele Kommunen dieser Grundsatz Anwendung findet.**

### Zu Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten

Diese Regelung wird ausdrücklich aufgrund des Mangels an Gewerbeflächen begrüßt, so dass diese Flächen in erster Linie gewerblich entwickelt werden können.

### Zu Ziel 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum

Es wird auf die Ausführungen unter Punkt B, D und E verwiesen. Diese Übergangsregelung ist von besonderer Bedeutung, da parallel die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung aus dem Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW (BauGB-AG NRW) als Konsequenz der LEP-Änderung damit einhergehen soll. Die Regelung wurde im BauGB-AG NRW erst am 15.07.2021 eingeführt, am 01.06.2022 geändert und soll nun abgeschafft werden. Aus Gründen der Planbarkeit und auch der Verlässlichkeit ist dies zu kritisieren.

Es wird rechtlich bezweifelt, dass die Übergangsregelung die Steuerungswirkung erzielen wird. Die Erläuterungen besagen, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen (nur) im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, § 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden soll. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass im Regelfall ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen möglich ist. Dies läuft dem eigentlichen Steuerungsziel zuwider. Hierzu bedarf es weiterer Erläuterungen im LEP, was ein begründeter Einzelfall sein soll und welche Maßnahmen gemeint sind, da ansonsten das Ziel nicht abschließend beurteilt werden kann. Dies wird durch die Rechtsprechung jedoch verlangt. Landesplanerische Aussagen, die eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, können danach die Merkmale eines Ziels der Raumordnung erfüllen, wenn der Planungsträger neben den Regel- auch die Ausnahmenvoraussetzungen mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit festlegt (vgl. BVerwGE 119, 54; BayVGH DVBl 2005, 80).

**Es wird beanstandet, dass die Landesplanungsbehörde weitere Einzelheiten mit gesondertem Erlass regeln wird, was den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes nicht entspricht. Ohne Kenntnis der Inhalte können die Auswirkungen nicht beurteilt werden. Zudem ist fraglich, ob damit das Ziel 10.2-13 abschließend abgewogen sein kann. Dem für eine Zielfestlegung charakteristischen Erfordernis abschließender Abwägung ist genügt, wenn die Planaussage auf der landesplanerischen Ebene keiner Ergänzung mehr bedarf.**

Wie unter Punkt B erläutert, wird die auf der Internetseite des MWIKE veröffentlichte Karte mit der Darstellung von Flächen für den Übergangszeitraum kritisiert.

Die Karte stellt in Siegen einen Windenergiebereich in Obersetzen aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplanentwurf dar. Da die Abstandsermittlung an dieser Stelle auf einer fehlerhaften Ermittlung des Innenbereiches fußt, hat dies zur Folge, dass der Windenergiebereich nicht den eigenen Abstandsvorgaben des Regionalplanentwurfes entspricht. Dadurch entsteht eine Ungleichbehandlung von Kommunen, was im Hinblick auf die Rechtsfolgen, die konkretes Bau-recht begründen (Zulässigkeit von Windkraftanlagen gemäß § 35 (1) BauGB), rechtlich zu beanstanden ist.

Es ist folglich zu hinterfragen, ob die Festlegung der Fläche in seiner dargestellten Abmessung als Windenergiebereich tatsächlich zu erwarten ist, da die Stadt zu der Abgrenzung der Fläche eine kritische Stellungnahme im Rahmen des Regionalplanes abgegeben hat. Zudem haben sich die rechtlichen Regelungen und damit verbundene Rechtsfolgen grundlegend verändert und das Thema der Windenergie wird bei der erneuten Offenlage neu zu bewerten sein.

Auch widerspricht die Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum der wirksamen 28. FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung) und verstößt damit gegen Ortsrecht.

Grundsätzlich bestehen gegen den Windenergiebereich in Obersetzen, bzw. wenn die Abgrenzung auf den planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB abgestimmt wird, keine Bedenken.

**Forderungen:**

1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung eine rechtssichere Übergangsregelung vorlegt, die die Steuerungswirkung erzielt.
2. Es wird gefordert, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete im Regelfall nicht erfolgen kann.
3. Es wird gefordert, dass die Abstandsermittlungen zu Windenergiebereichen sich auf den tatsächlichen planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB beziehen.
4. Es wird gefordert, dass unter Ziel 10.2-13 fallende Flächen nicht gegen Ortsrecht, insbesondere eine wirksame FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung), verstoßen.
5. Es wird gefordert, dass für Windenergiebereiche für die Übergangszeit gleiche Maßstäbe, wie es das Konzept zur Aufstellung des Regionalplanes vorgibt, eingehalten werden.
6. Es wird gefordert, dass mindestens die Fläche im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, in der veröffentlichten Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum korrigiert wird, besser aber die Veröffentlichung eingestellt wird, da die Flächen der Regionalplan-Neuaufstellung den Anforderungen des geänderten Raumordnungsgesetzes nicht entsprechen und die Frage, ob für einen Windenergiebereich die Beteiligung vollständig durchgeführt wurde, nur im jeweiligen Einzelfall beurteilt werden kann.

**G. Änderungen zur Solarenergie**

Grundsätzlich besteht für das Themenfeld der Solarenergie für die Kommunen mehr Möglichkeiten, den Ausbau zu gestalten und zu steuern. Dies wird ausdrücklich begrüßt.

Durch die Teilprivilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB für Freiflächen bis zu einer Entfernung von bis zu 200 m entlang von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen stehen Teilräume im Außenbereich auch ohne Bebauungsplanung für die Solarenergie zur Verfügung. Durch das Bebauungsplan-Erfordernis darüber hinaus können Kommunen den weiteren Ausbau sinnvoll steuern und alle öffentlichen Belange gegeneinander abwägen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

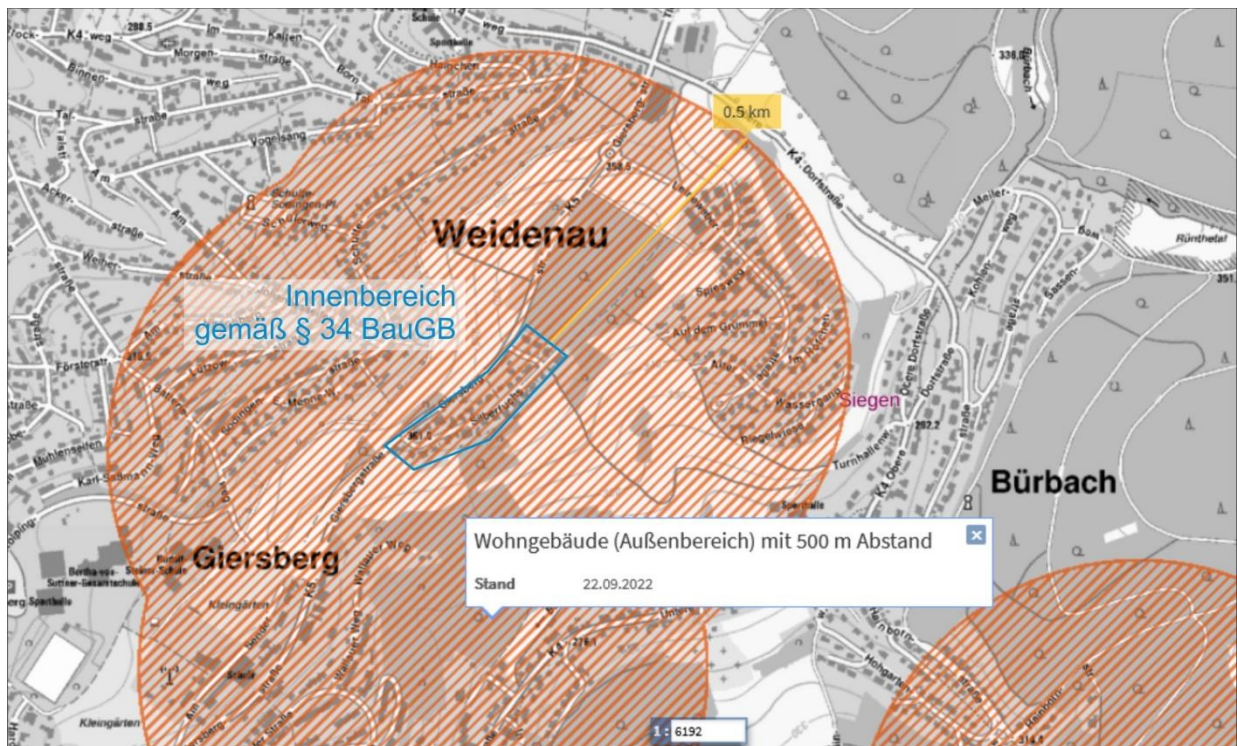


Henrik Schumann  
Stadtbaurat

## Anlagen

1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
  - a. Gemarkung Bürbach
  - b. Gemarkung Eiserfeld
  - c. Feuersbach
  - d. Gemarkung Obersetzen
2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
  - a. Gemarkung Feuersbach

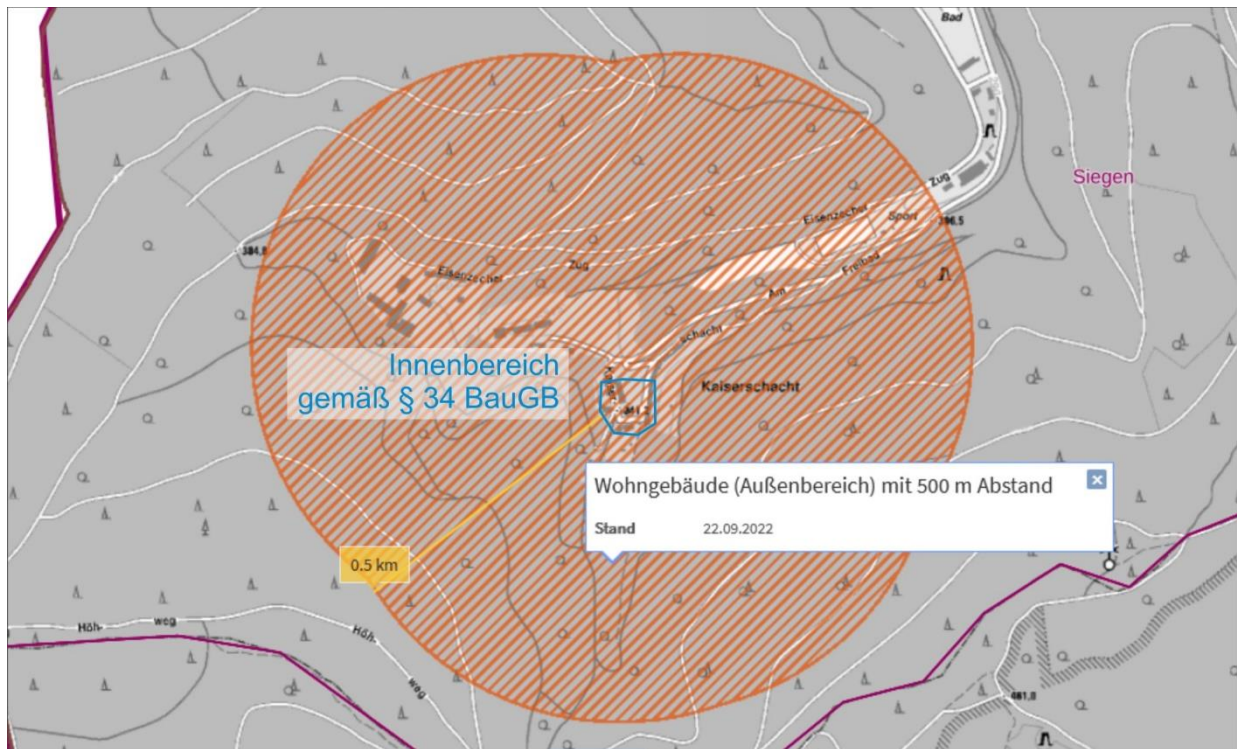
1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
  - a. **Gemarkung Bürbach**



Satzung gemäß § 34 BauGB.

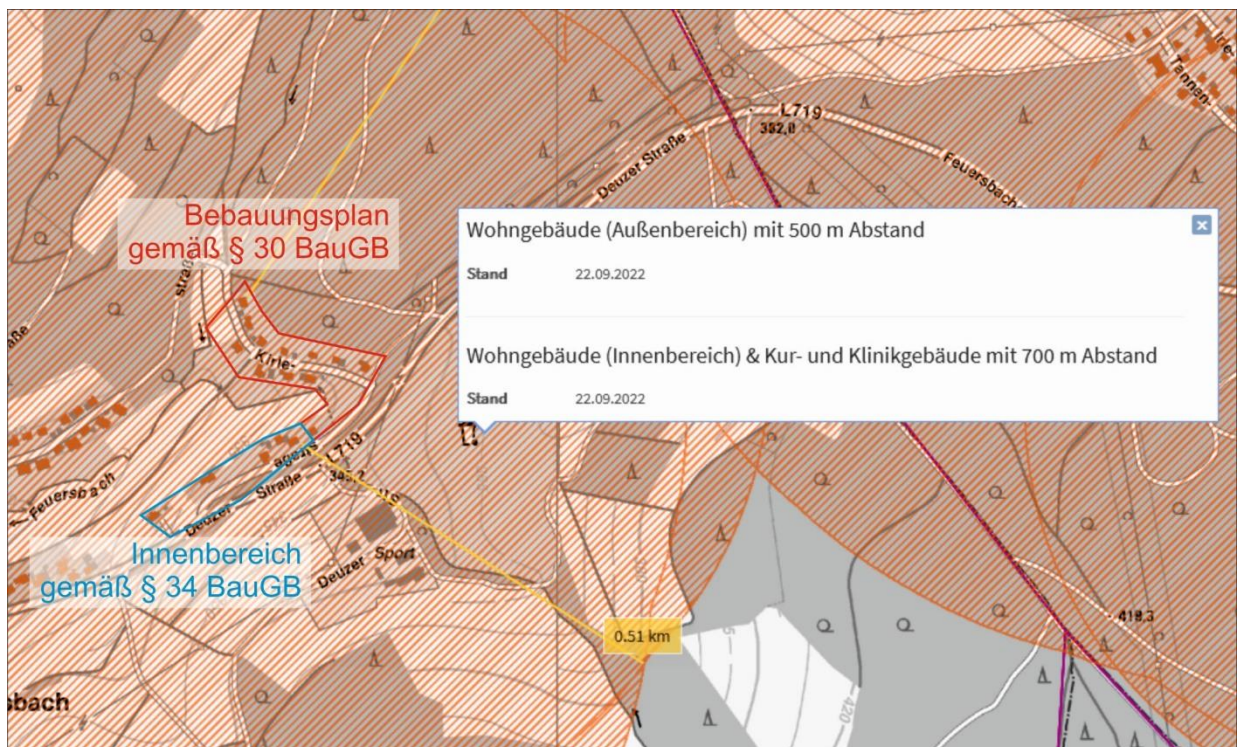


### b. Gemarkung Eiserfeld



Satzung gemäß § 34 BauGB.

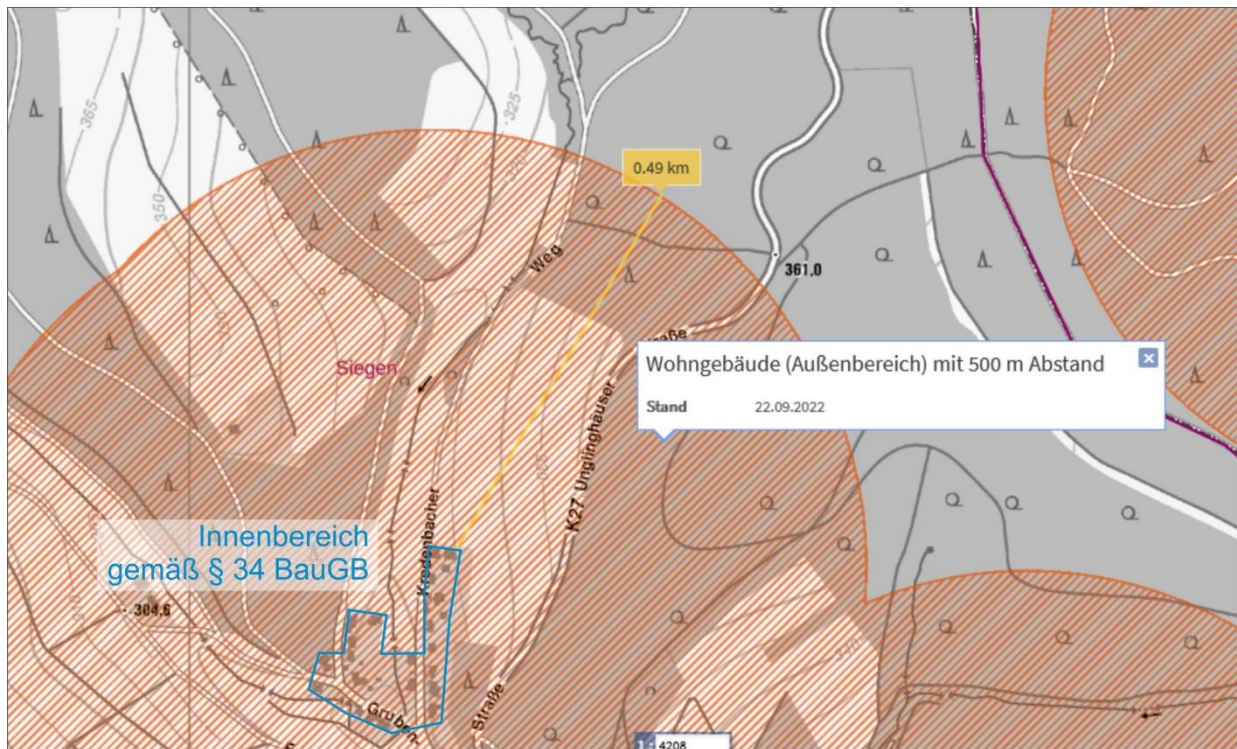
### c. Gemarkung Feuersbach



Satzung gemäß § 34 BauGB



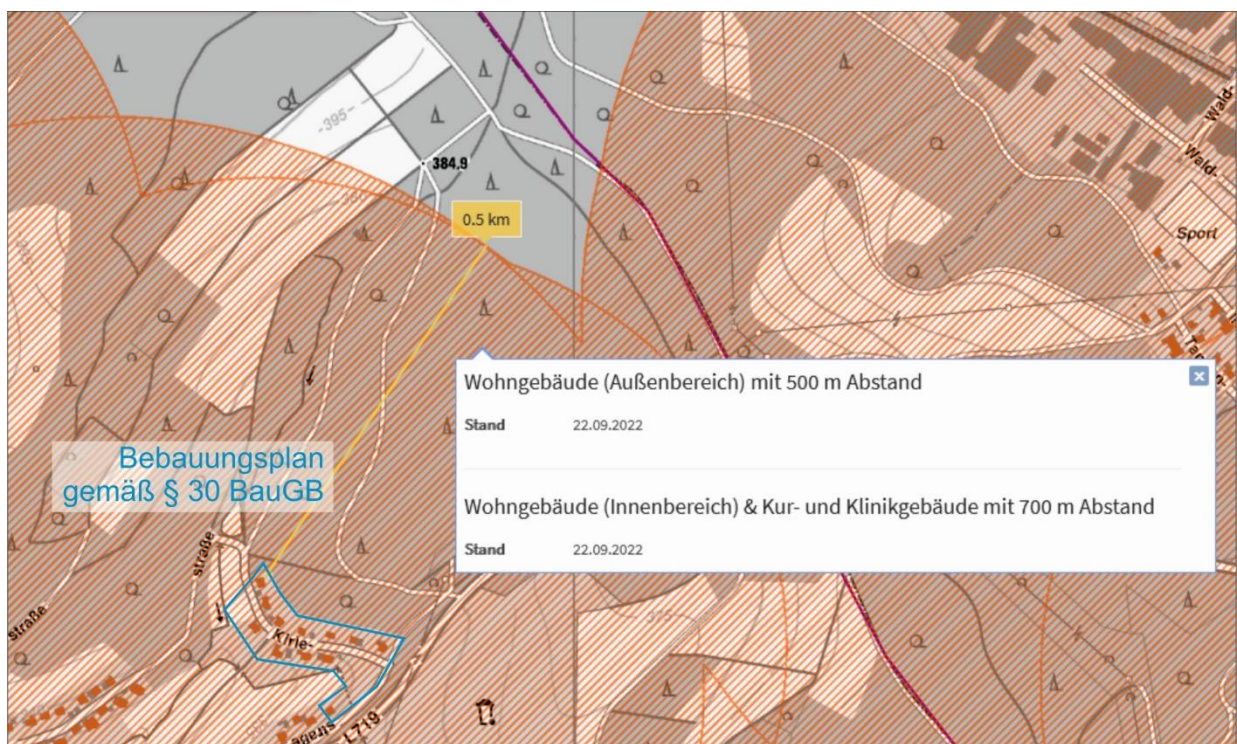
#### d. Gemarkung Übersetzen



Satzung gemäß § 34 BauGB.

#### 2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände

##### a. Gemarkung Feuersbach



Der Bebauungsplan weist ein allgemeines Wohngebiet (WA) aus.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Wiegel, Karolin

Siegen, 22.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat** **06.09.2023**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen  
und Liegenschaften** **14.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Quartiersmanagement Geisweid**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt - vorbehaltlich der Entscheidungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften ~~und des Haupt- und Finanzausschusses~~ - die Rückgabe der Fördermittel für die Durchführung eines Quartiersmanagements in Siegen-Geisweid sowie die Teilaufhebung des Durchführungsbeschlusses 2727/2019.

### Sachverhalt / Begründung:

Die Bezirksregierung Arnsberg hat die Verwaltung - AG Stadtentwicklung - darum gebeten, kurzfristig einen Widerrufsbescheid für die nicht benötigten Mittel einzureichen, wenn die Mittelverwendung nicht mehr erfolgen wird. Dies betrifft die Durchführung des Quartiersmanagements in Siegen-Geisweid. Eine Aufnahme anderer Maßnahmen in den Förderbescheid oder eine Verlängerung des Durchführungszeitraums wurden seitens der Verwaltung geprüft, ist jedoch aufgrund der auslaufenden Gesamtmaßnahme nicht möglich. Der Verfügungsfonds, der ebenfalls Teil des Förderbescheides ist, befindet sich aktuell in der Umsetzung. Die Verwaltung sieht also keine Möglichkeit zur Umsetzung bzw. anderweitigen Mittelverwendung und schlägt daher vor, die Mittel vorzeitig zurückzugeben, damit diese einer Maßnahme in einer anderen Kommune zugeführt werden können.

Zu den Gründen:

Wie in der Vorlage 1394/2023 bereits berichtet, konnte das Quartiersmanagement Geisweid nicht erfolgreich vergeben werden, obwohl die Leistung dreimal ausgeschrieben wurde und verschiedenste andere Umsetzungsmöglichkeiten überprüft wurden. Im Rahmen der Vorlage 1394/2023 wurde dazu wie folgt ausgeführt:

*„Über die Gründe für die gescheiterte Ausschreibung lässt sich nur spekulieren, aber die momentan sehr gute Auftragslage für Planungsbüros im Bereich Quartiersmanagements kann eine mögliche Ursache sein. Durch die gesperrte A45-Talbrücke Rahmede wird zudem die Anfahrt aus dem Ruhrgebiet erschwert, was Aufträge in Siegen zusätzlich unattraktiver wirken lässt. Als abzusehen war, dass das Quartiersmanagement nicht an einen externen Dienstleister vergeben werden konnte, wurde intern nach alternativen Lösungen gesucht. Jedoch dürfen Fördermittel nicht zur Finanzierung städtischen Personals eingesetzt werden, wodurch auch die Zusammenarbeit mit der stadteigenen Stadtmarketing GmbH nicht umgesetzt werden konnte.“ Auszug aus der Vorlage 1394/2023*

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat



Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Emken, Herrn Schneider

Siegen, 11.07.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>16.08.2023</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>23.08.2023</b>
<b>Rat</b>	<b>06.09.2023</b>

Kurzbezeichnung:

**Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen  
(Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)  
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“ sowie „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

### Sachverhalt / Begründung:

Im April 2022 wurden, bezugnehmend auf den Antrag von CDU/SPD im Rat vom 27.10.2021, dem Bauausschuss die Regelungen der sieben städtischen Gestaltungssatzungen<sup>1</sup> hinsichtlich solartechnischer Anlagen dargelegt (vgl. Vorlage 872/2022). Hierbei wurde ersichtlich, dass teilweise einschränkende Vorgaben bestehen oder insbesondere bei älteren Satzungen gar keine diesbezüglichen gestalterischen Vorgaben vorhanden sind. Es wurde daher seitens der Verwaltung empfohlen, für alle Satzungen standardisierte gestalterische Regelungen zu formulieren, um diese „Lücke“ zu schließen. Gerade für solartechnische Anlagen auf Nebengebäuden oder Balkonen, die aktuell sehr nachgefragt werden, besteht Handlungsbedarf.

<sup>1</sup> „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“, „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

Dieser ist spezifisch festzulegen, um die Möglichkeit der Energiegewinnung nur insoweit einzuschränken, als dass es in Bezug auf die Gestaltung des jeweiligen Quartiers geboten ist. Bei der Ausarbeitung der Inhalte zeigte sich, dass aufgrund unterschiedlicher Anforderungen der Satzungen eine differenzierte Betrachtung erforderlich ist. Dies soll auch im Hinblick der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Rechtssicherheit im Umgang mit Regelung zu solartechnischen Anlagen in Gestaltungssatzungen schaffen. Daher wurden anhand des jeweiligen Schutzzweckes und -grades der einzelnen Satzungen drei Kategorien für die zu regulierenden Inhalte herausgearbeitet: Einfache, erhöhte und strenge Anforderungen (siehe Anlage 2).

Einfache Anforderungen	Erhöhte Anforderungen	Strenge Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Innenstadt (ohne Teilbereiche)</li> <li>• Langenholdinghausen</li> <li>• Waldenburger Weg</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Innenstadt (Teilbereich: A, B, C, E)</li> <li>• Eiserfeld Ortsmitte</li> <li>• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Innenstadt (Teilbereich: D „Altstadt“)</li> </ul>

Übersicht der Anforderungen der einzelnen Gestaltungssatzungen

Bedingt durch den technischen Fortschritt und die steigende Nachfrage werden aktuell und zukünftig zu der „üblichen“ Gestaltung von Dächern mit solartechnischen Anlagen weitere regulierungswürdige Inhalte, wie die Anbringung dieser Anlagen auf Garagen, Fassaden und Balkonen, relevant. So sollen für insgesamt sechs Bauteile/Elemente gestalterische Regelungen vorgesehen werden:

- Dach/Dachaufbauten
- Nebengebäuden/-anlagen (u.a. Garagen und Carports)
- Balkone
- Fassaden
- außenstehende Nutzbereiche (u.a. Überdachungen)
- Einfriedungen/Zäune

Das Ziel dieser Regulierung ist, zum einen Klarheit für die Anbringung von solartechnischen Anlagen innerhalb von Gestaltungssatzungen zu schaffen und zum anderen ein stadtbildverträgliches Einfügen dieser Anlagen in (besonders) schutzwürdigen Bereichen zu ermöglichen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die einzelnen Inhalte, die das gestalterisch Notwendige regeln und gleichwohl eine umsetzungsfähige und nach hiesiger Einschätzung wirtschaftliche Installation von solartechnischen Anlagen ermöglichen. Zusätzlich zu den konkreten Satzungsinhalten wird ein Handout erstellt, in dem die wesentlichen Regelungen graphisch aufbereitet werden (siehe Anlage 3). Die relevanten Inhalte der geplanten Regulierungen wurden bereits am 30.03.2023 im Arbeitskreis Stadtentwicklung vorgestellt, diskutiert und Fragen aufgeklärt. Insgesamt wurde der Vorschlag der Verwaltung bestätigt. Eine verwaltungsinterne Nachjustierung erfolgte bezüglich der Kombination von Solaranlagen und Photovoltaikanlagen, die in den Gebieten mit erhöhten Anforderungen und strengen Anforderungen grundsätzlich nicht zulässig sein sollen und lediglich als Ausnahme im Rahmen einer Einzelfallprüfung ermöglicht werden können.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Die Errichtung von solartechnischen Anlagen leistet durch die Stromerzeugung einen erheblichen Beitrag zur CO <sup>2</sup> -Reduktion. Durch die Anpassung wird die solartechnische Nutzung in den Vordergrund gestellt und eine Errichtung gefördert.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i.A.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Satzungstexte der Gestaltungssatzung](#)
2. [Übersicht über die Regelungen für solartechnische Anlagen](#)
3. [Handout Regelungen für solartechnische Anlagen](#)

# **Gestaltungssatzung „Langenholdinghausen“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

### **§ 1 Geltungsbereich**

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzung.

### **§ 2 Inhalt**

Diese Anpassungen werden in der Gestaltungssatzung vorgenommen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

#### **§ 6a**

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Folgende Regelungen beziehen sich auf die Geltungsbereiche I und II der Gestaltungssatzung:

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

###### **b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen**

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# **Gestaltungssatzung „Waldenburger Weg“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

### **§ 5a**

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

###### **b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen**

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

###### **c) Balkone**

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständigung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m



nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständering ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständeringen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# **Gestaltungssatzung „Ortsmitte Eiserfeld“**

## **2. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 8 der Gestaltungssatzung wird aufgehoben bzw. durch folgende Regelung ersetzt:

### **§ 8 Sende- und Empfangsanlagen, technische Anlagen**

Empfangsanlagen für Fernseh- und Rundfunkempfang sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Antennenanlagen für Mobilfunk, Mobiltelefon und andere drahtlose Medien sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Sende- und Empfangsanlagen, gleich welcher Art, sind oberhalb der Firstlinie des Gebäudes sowie auf Flachdächern generell unzulässig.

Die Gestaltungssatzung wird durch folgende Regelung ergänzt:

### **§ 8a**

### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

#### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

#### **Gestalterische Vorgaben**

##### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# **Gestaltungssatzung „Hinteres Wensch“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

### **§ 4a**

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupterschließungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

###### **b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen**

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# **Gestaltungssatzung „Oberes Wensch“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

### **§ 4a**

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupterschließungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

###### **b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen**

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.



# **Gestaltungssatzung „Vorderes Wensch“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

### **§ 1 Geltungsbereich**

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzungen.

### **§ 2 Inhalt**

Die Anpassungen werden in den Gestaltungssatzungen vorgenommen:

### **§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:**

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

### **§ 4a**

### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

#### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

#### **Gestalterische Vorgaben**

##### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# **Gestaltungssatzung „Innenstadt“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 10 Abs. 4 - Abs. 6 der Gestaltungssatzung werden aufgehoben und folgende Regelungen eingefügt:

### **§ 10 Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen und technische Anlagen**

#### **Abs. 4**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Die Module sind in ihrem Format (Modulgröße) einheitlich und in der Ausrichtung geordnet, d.h. unter- bzw. nebeneinander, auszuführen. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Zusätzlich: Bei Neueindeckungen von Dachflächen und gleichzeitiger Installation von solartechnischen Anlagen sind ausnahmsweise Kunstschiefer oder flache bzw. gering profilierte Dachsteine bzw. Tonziegel zulässig. Dies gilt nur, wenn die solartechnische Anlage mindestens 50 % der von der Installation betroffenen Dachfläche überdeckt.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für die Teilbereiche A, B, C und E“ und zusätzlich: Im Denkmalbereich „Altstadt“ ist bei der Anbringung von solartechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung nach denkmalrechtlichen Anforderungen erforderlich.

#### b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geeigneten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche“.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie ergänzend: Solartechnische Anlagen auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

#### c) Balkone

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie abweichend und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Balkonen können unter Berücksichtigung von schwarzen oder anthrazit-farbenen Modulen sowie Rahmen ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

#### d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständigung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

#### e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständigungen sind unzulässig.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und abweichend: Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

#### f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

Für den Teilbereich D:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# Übersicht über die Regelungen für solartechnische Anlagen<sup>1</sup> im Geltungsbereich von Gestaltungssatzungen<sup>2</sup>

Einfache Anforderungen	Erhöhte Anforderungen	Strenge Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Innenstadt</b> (ohne Teilbereiche)</li> <li>• <b>Langenholdinghausen</b></li> <li>• <b>Waldenburger Weg</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Innenstadt</b> (Teilbereiche A, B, C und E)</li> <li>• <b>Eiserfeld Ortsmitte</b></li> <li>• <b>Wensch</b> (Hintere, Obere, Vordere)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Innenstadt</b> (Teilbereich D „Altstadt“)</li> </ul>
Dachflächen		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auf dem Haupt + Nebendach + Dachaufbauten (Gauben)</li> <li>• Einheitliches Format, Ausrichtung und Neigungswinkel an der jeweiligen Dachfläche</li> <li>• Bei Kombination von PV+ST aufeinander abgestimmte Anordnung und Format</li> <li>• Aufständigung unzulässig. Bei Flach- und Pultdächern zulässig (Anforderung wie bei Nebengebäuden)</li> <li>• matt, entspiegelt</li> <li>• einheitliche Module in schwarz/anthrazit</li> <li>• Keine Überschreitung der Dachflächen</li> <li>• Geschlossene Panelreihung („Keine Lücken“)</li> <li>• Abweichung aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten im Einzelfall möglich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>abweichend</b></li> <li>• Auf dem Haupt- oder Nebendach, ausnahmsweise auf Schlepp-Gauben</li> <li>• Grundsätzlich geschlossene, rechteckig angeordnete Modulflächen, keine Auskragung einzelner Module (kein Versatz / Versprung der Module)</li> <li>• Einheitliche Module und Rahmen in schwarz/anthrazit</li> <li>• Kombination von PV+ST als Ausnahme zulässig → Einzelfallprüfung <b>ergänzend</b></li> <li>• GS Innenstadt: Bei Neueindeckung, v.a. bei Schieferdächern; Kompensation mit flachen Dachsteinen möglich, wenn mind. 50 % der betroffenen Dachfläche überdeckt wird</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Erhöhte Anforderungen“ <b>ergänzend</b></li> <li>• Im Denkmalsbereich (Altstadt) ist eine Einzelfallprüfung erforderlich</li> </ul>

<sup>1</sup> Photovoltaik und Solarthermie

<sup>2</sup> Diese Übersicht gibt nur die wesentlichen Inhalte der Regelungen wieder. Es gelten die Regelungen in den einzelnen Gestaltungssatzungen.

## Dachflächen auf Nebengebäuden und -anlagen

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Flachdächern „liegende“ Ausführung</li> <li>• Bei geneigten Dächern Vorgaben für Dachflächen zu beachten</li> <li>• Sichtbare Aufbauhöhe von ca. 0,40 m</li> <li>• Max. Neigung = 20°</li> <li>• 0,30 m Abstand zur Außenkanten</li> <li>• Abweichungen nur aufgrund technisch bedingter Anforderungen und wenn Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>ergänzend</b></li> <li>• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>
---	--	--

## Balkone

<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Plane“ Ausführung (direkt am Balkon oder an Halterung)</li> <li>• Neigung bis 5° zulässig</li> <li>• Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständigung)</li> <li>• aufeinander abgestimmte Gliederung</li> <li>• Keine Kompensation von Dachflächen-PV</li> <li>• Module einheitlich + schwarz, anthrazit</li> <li>• max. Modulhöhe = Brüstungshöhe</li> <li>• Keine Überschreitung der prägenden Bauelemente (v.a. Bodenplatte)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>abweichend</b></li> <li>• Rahmen und Module einheitlich + schwarz, anthrazit <b>ergänzend</b></li> <li>• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Erhöhte Anforderungen“</li> </ul>
---	--	---



Fassaden		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auf Haupt- und Nebengebäude</li> <li>• „Plane“ Ausführung (direkt an der Fassade oder an Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel)</li> <li>• Einheitliches Format und Ausrichtung (senk- oder waagrecht aufeinander abgestimmte Bahnen)</li> <li>• Geschlossene aufeinander abgestimmte Gliederung</li> <li>• Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung)</li> <li>• Abstand von Außenkante der Fassade, Traufe, Ortgang, Öffnungen (Fenster, Türen) mind. 0,20 m</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>ergänzend</b></li> <li>• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Erhöhte Anforderungen“</li> </ul>
Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Plane Ausführung</li> <li>• Einheitliches Format und Ausrichtung</li> <li>• Keine Aufständerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>ergänzend</b></li> <li>• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Erhöhte Anforderungen“</li> </ul>
Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Plane Ausführung</li> <li>• Einheitliches Format und Ausrichtung</li> <li>• Module nur innerhalb der Einfriedung</li> <li>• Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unzulässig</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Erhöhte Anforderungen“</li> </ul>

# Handout

## Regulierungen von solartechnischen Anlagen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen

### Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

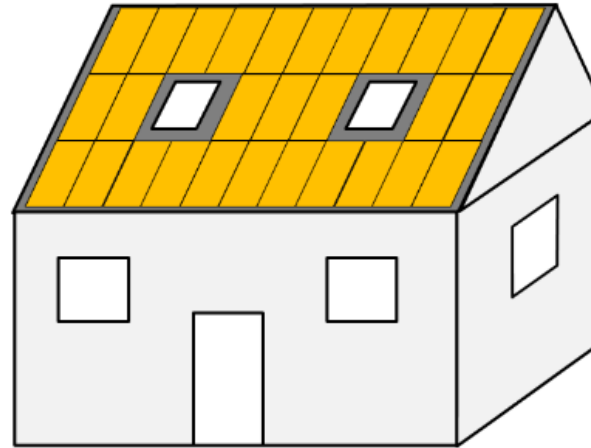
Die folgenden skizzenhaften Darstellungen dienen lediglich als Hilfsmittel zur Veranschaulichung der Regelungen der städtischen Gestaltungssatzungen über die Anbringung von solartechnischen Anlagen. Grundsätzlich gelten die konkreten Festsetzungen in der jeweiligen Satzung.

## Dachflächen

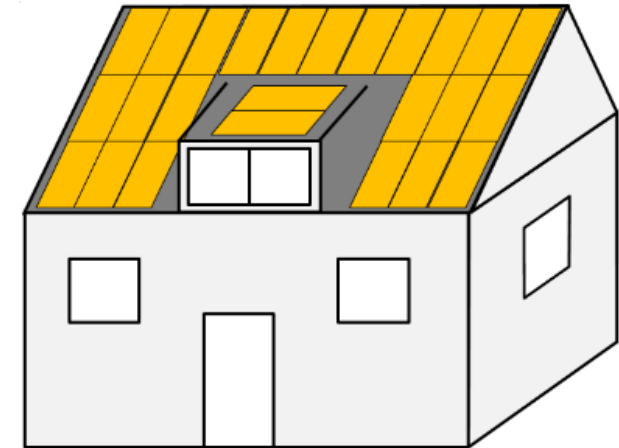
### • Innenstadt (ohne Teilbereiche)

- Auf dem Haupt- + Nebendach + Dachaufbauten (Gauben)
- Einheitliches Format, Ausrichtung und Neigungswinkel an der jeweiligen Dachfläche
- Bei Kombination von PV+ST aufeinander abgestimmte Anordnung und Format
- Aufständerung unzulässig. Bei Flach- und Pultdächern zulässig (Anforderung wie bei Nebengebäuden)
- matt, entspiegelt
- einheitliche Module in schwarz/anthrazit
- Keine Überschreitung der Dachflächen
- Geschlossene Panelreihung („Keine Lücken“)
- Abweichung aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten im Einzelfall möglich

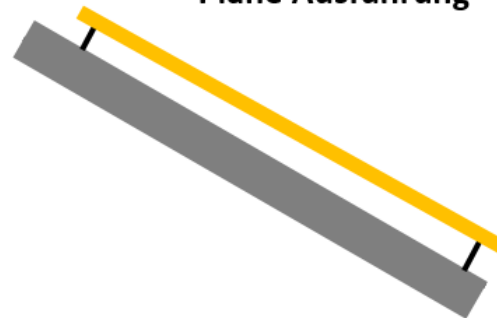
### • Langenholdinghausen

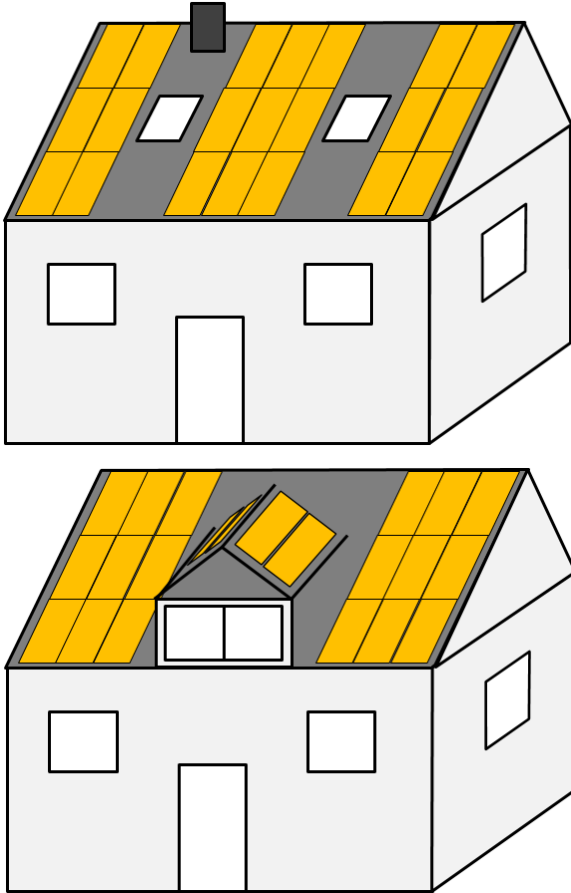
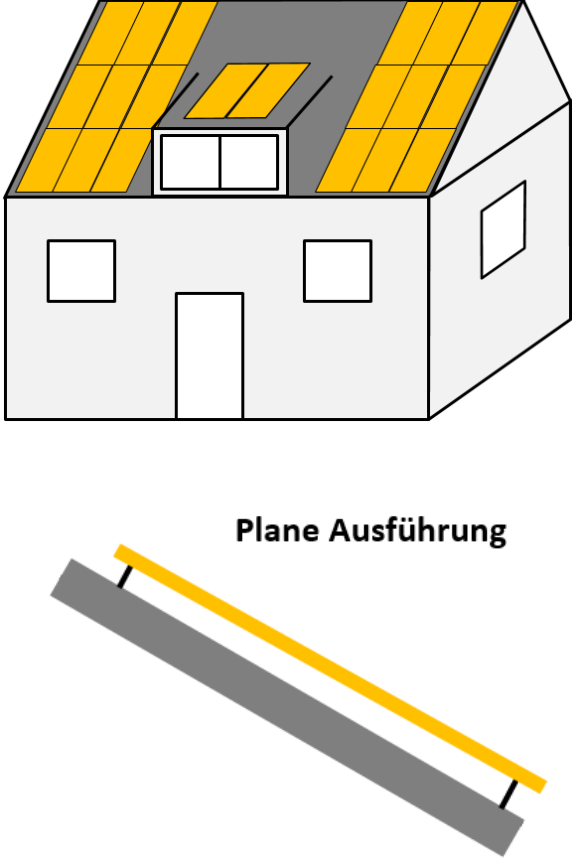


### • Waldenburger Weg



### Plane Ausführung

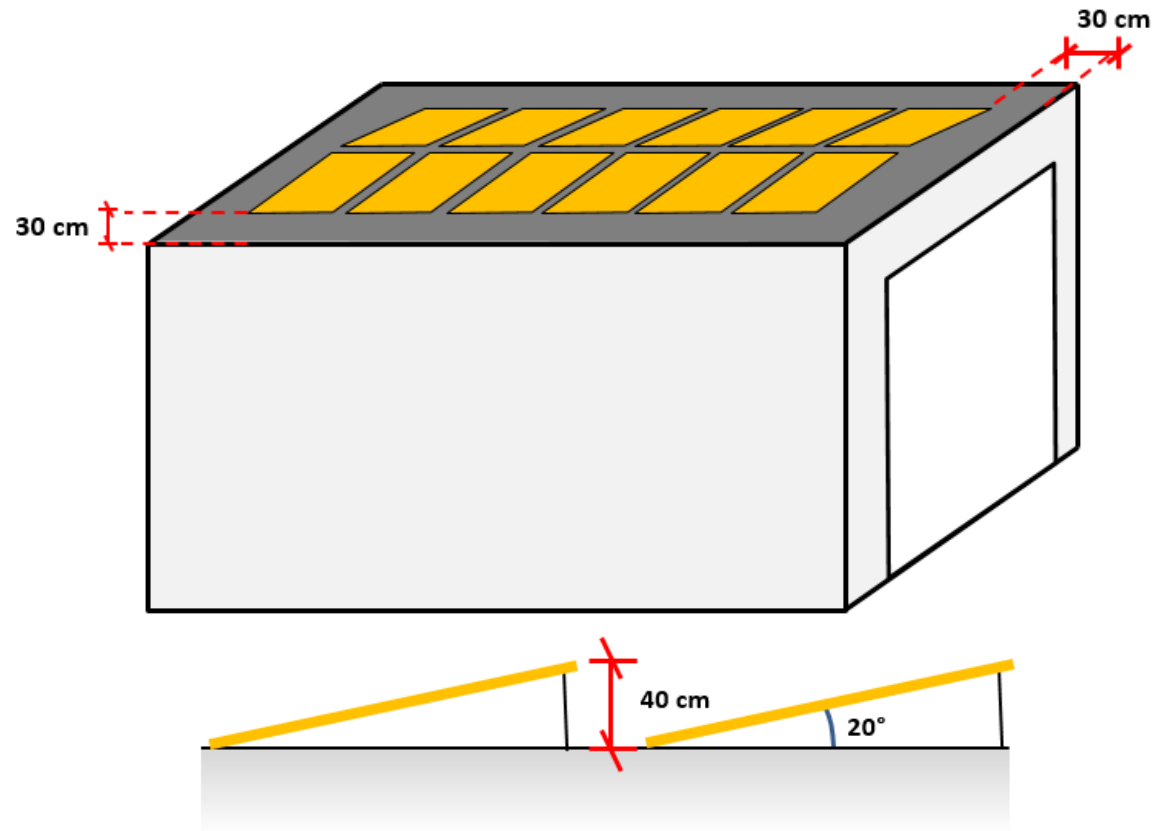


<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Eiserfeld Ortsmitte</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Wensch (Hintere, Obere, Vordere)</b></li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>abweichend</b></li> <li>• Auf dem Haupt- oder Nebendach, ausnahmsweise auf Schlepp-Gauben</li> <li>• Grundsätzlich geschlossene, rechteckig angeordnete Modulflächen, keine Auskrugung einzelner Module (kein Versatz / Versprung der Module)</li> <li>• Einheitliche Module und Rahmen in schwarz/anthrazit</li> <li>• Kombination von PV+ST als Ausnahme zulässig → Einzelfallprüfung <b>ergänzend</b></li> <li>• GS Innenstadt: Bei Neueindeckung, v.a. bei Schieferdächern; Kompensation mit flachen Dachsteinen möglich, wenn mind. 50 % der betroffenen Dachfläche überdeckt wird</li> </ul>		 <p><b>Plane Ausführung</b></p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)</b></li> </ul>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Erhöhte Anforderungen“ <b>ergänzend</b></li> <li>• Im Denkmalbereich (Altstadt) ist eine Einzelfallprüfung erforderlich</li> </ul>		

## Dachflächen auf Nebengebäuden und -anlagen

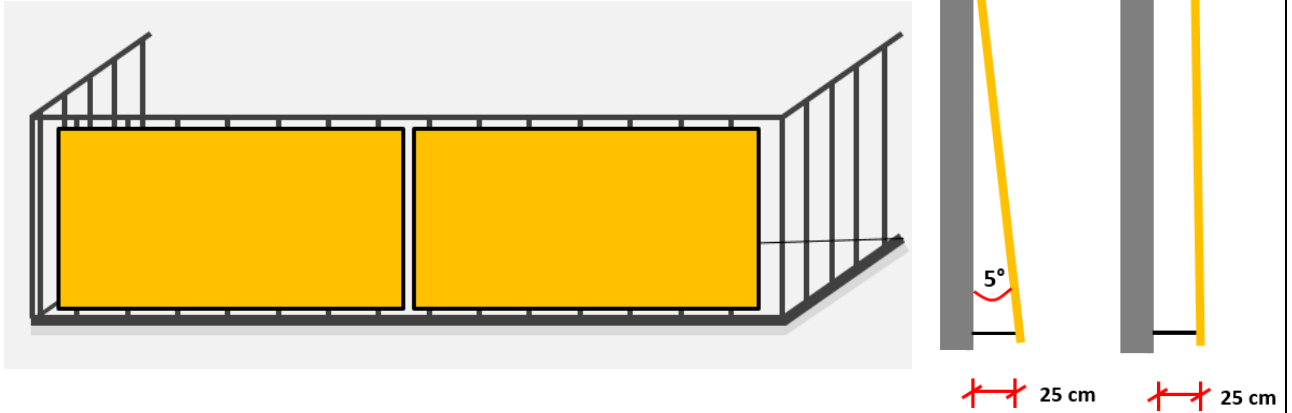
- |   |  |   |
|---|--|---|
| • <b>Innenstadt</b> (ohne Teilbereiche) | • <b>Langenholdinghausen</b>                     | • <b>Waldenburger Weg</b>                 |
| • <b>Eiserfeld Ortsmitte</b>            | • <b>Innenstadt</b> (Teilbereiche A, B, C und E) | • <b>Wensch</b> (Hintere, Obere, Vordere) |

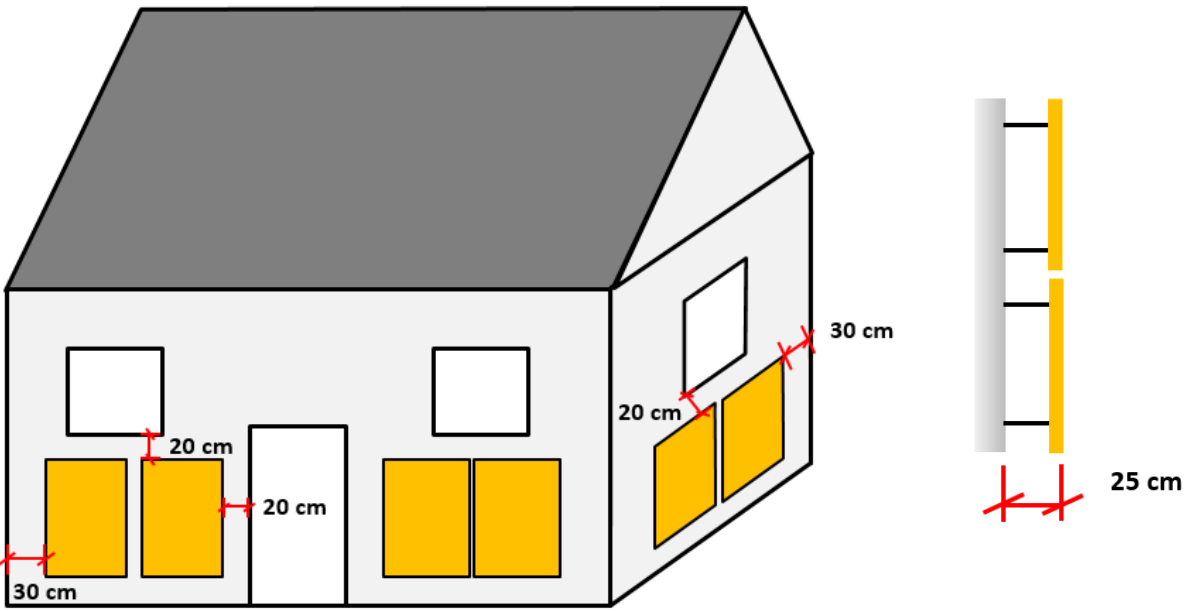
- Bei Flachdächern „liegende“ Ausführung
- Bei geneigten Dächern Vorgaben für Dachflächen zu beachten
- Sichtbare Aufbauhöhe von ca. 0,40 m
- Max. Neigung = 20°
- 0,30 m Abstand zur Außenkanten
- Abweichungen nur aufgrund technisch bedingter Anforderungen und wenn Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird

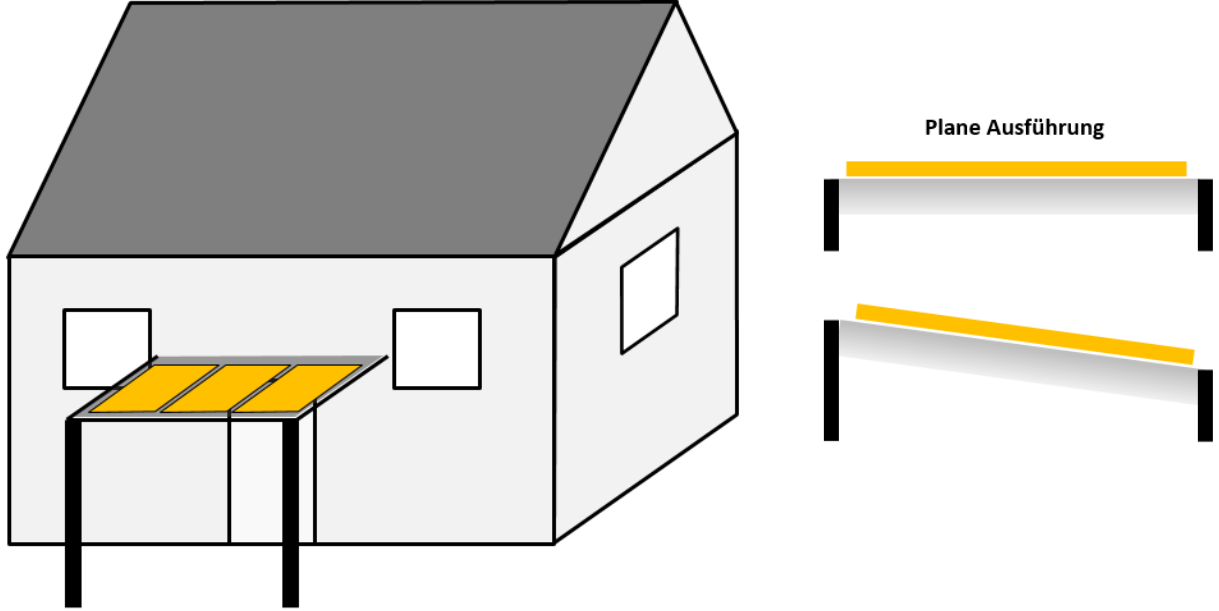


### • **Innenstadt** (Teilbereich D „Altstadt“)

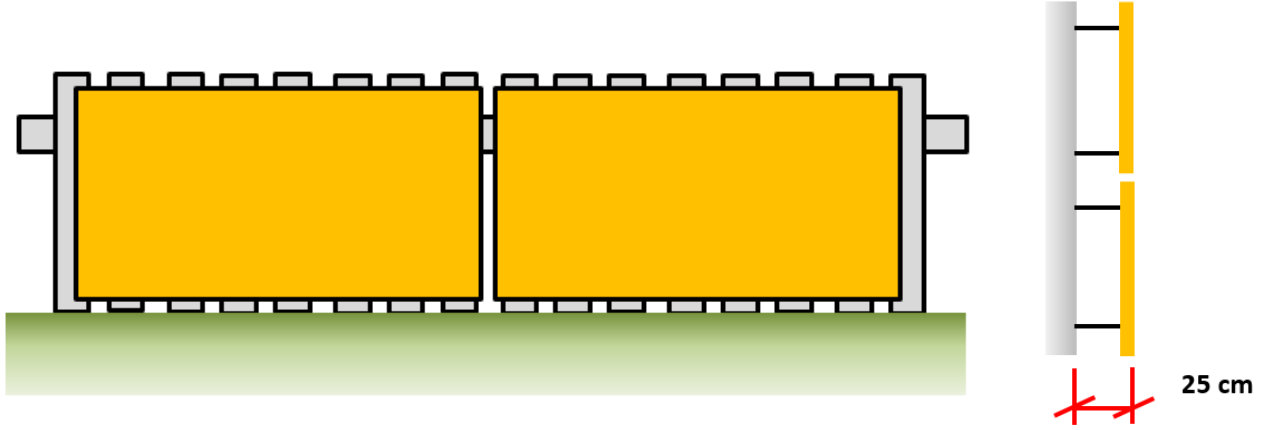
- Wie „Einfache Anforderungen“  
**ergänzend**
- Als Ausnahme (kann zugelassen werden)  
→ Einzelfallprüfung

Balkone		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Plane“ Ausführung (direkt am Balkon oder an Halterung)</li> <li>• Neigung bis 5° zulässig</li> <li>• Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung)</li> <li>• aufeinander abgestimmte Gliederung</li> <li>• Keine Kompensation von Dachflächen-PV</li> <li>• Module einheitlich + schwarz, anthrazit</li> <li>• max. Modulhöhe = Brüstungshöhe</li> <li>• Keine Überschreitung der prägenden Bauelemente (v.a. Bodenplatte)</li> </ul>		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“</li> <li>• <b>abweichend</b></li> <li>• Rahmen und Module einheitlich + schwarz, anthrazit</li> <li>• <b>ergänzend</b></li> <li>• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>		

Fassaden		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> <li>Auf Haupt- und Nebengebäude</li> <li>„Plane“ Ausführung (direkt an der Fassade oder an Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel)</li> <li>Einheitliches Format und Ausrichtung (senk- oder waagrecht aufeinander abgestimmte Bahnen)</li> <li>Geschlossene aufeinander abgestimmte Gliederung</li> <li>Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung)</li> <li>Abstand von Außenkante der Fassade, Traufe, Ortgang, Öffnungen (Fenster, Türen) mind. 0,20 m</li> </ul>		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Wie „Einfache Anforderungen“</li> <li><b>ergänzend</b></li> <li>Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>		

Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Plane Ausführung</li> <li>• Einheitliches Format und Ausrichtung</li> <li>• Keine Aufständering</li> </ul>		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie „Einfache Anforderungen“ <b>ergänzend</b></li> <li>• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung</li> </ul>		



Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Plane Ausführung</li> <li>• Einheitliches Format und Ausrichtung</li> <li>• Module nur innerhalb der Einfriedung</li> <li>• Max. Tiefe 0,25 m (Halte- bzw. Aufständerung)</li> </ul>		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
• Unzulässig		

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Emken, Herrn Schneider

Siegen, 21.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen  
(Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)**

**Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wensch“, „Obere Wensch“, „Vordere Wensch“ und „Innenstadt“.

**Sachverhalt / Begründung:**

Im Zuge der Beratung der Vorlage VL 1259/2023 im Bauausschuss am 16.08.2023 ergaben sich Anregungen, die als redaktionelle Anpassungen und Ergänzungen nunmehr in den Satzungstext aufgenommen wurden. Neben Klarstellungen zur (planen) Ausführung auf geeigneten Dachflächen bei den „Erhöhten Anforderungen“, wird die aus der bestehenden Satzung übernommene Regelung zu Sende- und Empfangsanlagen innerhalb der Satzung „Ortsmitte Eiserfeld“ angepasst. Demnach sind, sofern das Ortsbild nicht wesentlich gestört wird, Anlagen, die der öffentlichen Versorgung dienen sowie Anlagen zum gewerblichem Gebrauch (Mobilfunk, etc.) auf Flachdächern und oberhalb der Firstlinie des Gebäudes zulässig. Auch wenn die bisherige Formulierung den Fokus auf den privaten Nutzern (Hauseigentümern) hatte, so stellt diese Formulierung nunmehr die Sachlage klar, so dass es Mobilfunkanbietern, wie der Telekom oder Vodafone, (weiterhin) ermöglicht wird entsprechende Anlagen (ortsbildkonform) auch auf Flachdächern zu errichten. Die Änderungen sind im Satzungstext (siehe Anlage 1) aufgenommen und ersetzen die Anlage 1 der VL 1259/2023. Die Anlagen 2 und 3 bleiben unberührt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Die Errichtung von solartechnischen Anlagen leistet durch die Stromerzeugung einen Beitrag zur CO <sup>2</sup> -Reduktion. Durch die Anpassung wird die solartechnische Nutzung in den Vordergrund gestellt und eine dem Schutzzweck der Satzung dienende Errichtung ermöglicht.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i.A.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Satzungstexte der Gestaltungssatzung](#)

## **Inhaltsverzeichnis**

Gestaltungssatzung „Langenholdinghausen“ 1. <i>Änderung</i>	A
Gestaltungssatzung „Waldenburger Weg“ 1. <i>Änderung</i>	B
Gestaltungssatzung „Innenstadt“ 1. <i>Änderung</i>	C
Gestaltungssatzung „Hinteres Wenscht“ 1. <i>Änderung</i>	D
Gestaltungssatzung „Oberes Wenscht“ 1. <i>Änderung</i>	E
Gestaltungssatzung „Vorderes Wenscht“ 1. <i>Änderung</i>	F
Gestaltungssatzung „Ortsmitte Eiserfeld“ 2. <i>Änderung</i>	G

# **Gestaltungssatzung „Langenholdinghausen“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

### **§ 1 Geltungsbereich**

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzung.

### **§ 2 Inhalt**

Diese Anpassungen werden in der Gestaltungssatzung vorgenommen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

#### **§ 6a**

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Folgende Regelungen beziehen sich auf die Geltungsbereiche I und II der Gestaltungssatzung:

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

###### **b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen**

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

#### c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

#### d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

#### e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

#### f) Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# **Gestaltungssatzung „Waldenburger Weg“**

## **1. Änderung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

### **§ 5a**

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

##### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### **Gestalterische Vorgaben**

###### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

###### **b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen**

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

###### **c) Balkone**

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständigung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende

Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständering ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständeringen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.



# Gestaltungssatzung „Innenstadt“

## 1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 10 Abs. 4 - Abs. 6 der Gestaltungssatzung werden aufgehoben und folgende Regelungen eingefügt:

### **§ 10 Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen und technische Anlagen**

#### **Abs. 4**

#### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupterschließungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

#### **Gestalterische Vorgaben**

##### a) Dachflächen

##### Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

##### Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. **Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig.** Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

Zusätzlich: Bei Neueindeckungen von Dachflächen und gleichzeitiger Installation von solartechnischen Anlagen sind ausnahmsweise Kunstschiefer oder flache bzw. gering profilierte Dachsteine bzw. Tonziegel

zulässig. Dies gilt nur, wenn die solartechnische Anlage mindestens 50 % der von der Installation betroffenen Dachfläche überdeckt.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für die Teilbereiche A, B, C und E“ und zusätzlich: Im Denkmalbereich „Altstadt“ ist bei der Anbringung von solartechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung nach denkmalrechtlichen Anforderungen erforderlich.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche“.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie ergänzend: Solartechnische Anlagen auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

c) Balkone

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie abweichend und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Balkonen können unter Berücksichtigung von schwarzen oder anthrazit-farbenen Modulen sowie Rahmen ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

d) Fassaden

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal

0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständereien sind unzulässig.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und abweichend: Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständereien ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

Für den Teilbereich D:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# Gestaltungssatzung „Hinteres Wensch“

## 1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

### § 4a

#### Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

##### Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### Gestalterische Vorgaben

###### a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. **Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig.** Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

###### b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# Gestaltungssatzung „Oberes Wensch“

## 1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

### § 4a

#### Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

##### Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

##### Gestalterische Vorgaben

###### a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. **Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig.** Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

###### b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# Gestaltungssatzung „Vorderes Wensch“

## 1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

### § 1 Geltungsbereich

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzungen.

### § 2 Inhalt

Die Anpassungen werden in den Gestaltungssatzungen vorgenommen:

### § 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

### § 4a

#### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

#### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

#### **Gestalterische Vorgaben**

##### a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. **Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig.** Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.



b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

# Gestaltungssatzung „Ortsmitte Eiserfeld“

## 2. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 8 der Gestaltungssatzung wird folgendermaßen geändert:

### **§ 8 Sende- und Empfangsanlagen, technische Anlagen**

Empfangsanlagen für Fernseh- und Rundfunkempfang sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Antennenanlagen für Mobilfunk, Mobiltelefon und andere drahtlose Medien sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. **Sende- und Empfangsanlagen, insbesondere für den privaten Gebrauch, sind oberhalb der Firstlinie des Gebäudes sowie auf Flachdächern generell unzulässig. Sofern das Ortsbild nicht wesentlich gestört wird, sind Anlagen, die der öffentlichen Versorgung dienen sowie Anlagen zum gewerblichen Gebrauch (Mobilfunk, etc.) auf Flachdächern und oberhalb der Firstlinie des Gebäudes zulässig.**

Die Gestaltungssatzung wird durch folgende Regelung ergänzt:

### **§ 8a**

### **Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)**

#### **Zielsetzung**

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

#### **Gestalterische Vorgaben**

##### **a) Dachflächen**

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskrantung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. **Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig.** Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Meier

Siegen, 14.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

### **Namentliche Besetzung des Haupt- und Finanzausschuss und der Fachausschüsse**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Rates wählen in den Haupt- und Finanzausschuss sowie in die Fachausschüsse die in der Anlage aufgeführten Personen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Wahl der Ausschussmitglieder erfolgt nach den Vorschriften des § 50 Absatz 3 GO NW.

Über die AfD-Reserveliste ist ein Mitglied in den Rat nachgerückt und hat sich der Fraktion AfD-Team Dylong angeschlossen. Aufgrund des Spiegelbildlichkeitsprinzips wird hierdurch die Neubesetzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie der Fachausschüsse notwendig.

Bei der Berechnung der Sitzverteilung für den Haupt- und Finanzausschuss sowie in die Fachausschüsse entfallen nach dem o. g. Fraktionswechsel die gleichen Zahlenbruchteile auf die Volt-Fraktion und die AfD-Fraktion. Fraktion, die in einem Ausschuss nicht vertreten sind, haben das Recht, eine Person mit beratender Stimme bestellen zu lassen (vgl. § 58 Abs. 1 Satz 6-8 GO NRW).

Sofern sich die Ratsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt haben, ist der einstimmige Beschluss über die Annahme dieses Wahlvorschlages ausreichend. Kommt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zu Stande, wird nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit in einem Wahlgang abgestimmt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Die Fraktionen haben sich auf den als Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlag verständigt. Änderungen gegenüber der bisherigen Gremienbesetzung sind gelb gekennzeichnet.

net. Sofern die Fraktion selbst gelb gekennzeichnet ist, hat sich die Mitgliedschaft in dem jeweiligen Gremium von beratend zu stimmberechtigt bzw. andersherum verändert.

### Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss wird entsprechend § 40 Absatz 1 Kommunalwahlgesetz zur Vorprüfung von Einsprüchen sowie der Gültigkeit von Gemeinde- und Bürgermeisterwahl gebildet, bevor der Rat der Stadt abschließend entscheidet.

Die nächste Kommunalwahl findet im Herbst 2025 statt. Da es erfahrungsgemäß im Laufe der Jahre immer wieder zu Veränderungen in der personellen Besetzung der Ausschüsse kommt ist es sinnvoll, den Wahlprüfungsausschuss erst zu gegebener Zeit zu besetzen.

### Jugendhilfeausschuss

Zudem ist die Möglichkeit der Auflösung und Neubildung eines Ausschusses während einer Wahlperiode nicht rechtmäßig, wenn der gewählte Ausschuss kraft gesetzlicher Vorschrift für eine gesamte Wahlperiode bestellt ist, auch, wenn sich die Kräfteverhältnisse in diesem Zeitraum verändern. Aus diesem Grund findet für den Jugendhilfeausschuss keine Umbesetzung statt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## Haupt- und Finanzausschuss

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Klein, Marc	Patt, Alexander
Hähner, André	Rompf, Jürgen
Tigges, Johannes	Harnacke, Maik
Weber, Frank	Stinner, Jürgen
<b>Listenvertreter</b>	
Grimm, Benjamin	
Helm, Martin	
Schmidt, Isabelle Cathrin	
Steuber, Hartmut	
Zybill, Christian	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Rujanski, Detlef	Pfeifer, Joachim
Molzberger, Adhemar	Thimm, Heiko
Schlitz, Ingmar	Böcking, Verena
<b>Listenvertreter</b>	
Christian, Thomas	
Eckhardt, Klaus	
Lorenz, Reiner	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Boller, Joachim	Jung, Angela
Groß, Michael	Heilmann, Martin
Shirley, Julia	Schulz, Jürgen
<b>Listenvertreter</b>	
Bleckmann, Lisa	
Cziba, Ansgar	
König, Svenja	
Kraft, Florian	
Mäckeler, Bernd	
Pflogsch, Teresa Elisabeth	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bell, Achim	Krumm, Heike

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Sondermann, Christian	Keßler, Silvia
<b>Listenvertreter</b>	
Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Heupel, Rüdiger	

### FDP

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Walter, Klaus Volker	Könen, Wolfgang

### DIE LINKE

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Klein, Henning	Becker, Melanie
<b>Listenvertreter</b>	
Dil, Yilmaz	
Schneider, Silke	

**AfD-Team Dylong**

<b>Ordentliches Mitglied</b>	<b>1. persönlicher Vertreter</b>
Steffe, Roland	Dylong, Barbara
<b><i>Listenvertreter</i></b>	
<i>Simon, Ursula</i>	

**AfD**

<b>Ordentliches Mitglied</b>	<b>1. persönlicher Vertreter</b>
Schwarzer, Michael	Six, Annette

**Beratende Mitglieder:****VOLT**

<b>Ordentliches Mitglied</b>	<b>1. persönlicher Vertreter</b>
Wittenburg, Samuel	Schulz, Kenny



## Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitz: König, Svenja (B'90)  
Stellv. Vorsitz: N. N.

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Patt, Alexander	Stahl, Peter
Grimm, Benjamin	Vogt, Christian (s. B.)
Harnacke, Maik	Steuber, Hartmut
Gelber, Gunther (s. B.)	Uhlendorf, Jens (s. B.)
Sondermann, Katja (GfS)	Köckritz, Anja Alexandra
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dittrich, Karl-Heinz (s. B.)</i>	
<i>Tigges, Johannes</i>	
<i>Weber, Daniel (s. B.)</i>	
<i>Weißberg, David Ernst (s. B.)</i>	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schiltz, Ingmar	Schwarz, Sibylle
Lorenz, Reiner	Pfeifer, Joachim
Edinger, Nikolai (s. B.)	Berkemer, Wolfgang (s. B.)
Lechthaler, Tim	Simmert, Klaus (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Eckhardt, Klaus</i>	
<i>Molzberger, Adhemar</i>	
<i>Rujanski, Detlef</i>	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Cziba, Ansgar	Shirley, Julia
König, Svenja	Kraft, Florian
Rommel, Markus (s. B.)	Boller, Joachim
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bleckmann, Lisa</i>	
<i>Groß, Michael</i>	
<i>Jung, Angela</i>	
<i>Stoker, Daniela (s. B.)</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bell, Achim	Schneider, Rainer

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Sondermann, Katja (s. B.)	Köckritz, Anja (CDU)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bialowons-Sting, Eva-Marie</i>	
<i>Güner, Salih (s. B.)</i>	
<i>Heupel, Rüdiger</i>	
<i>Keßler, Silvia</i>	
<i>Köckritz, Thomas (s. B.)</i>	
<i>Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Christian Paul</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

### FDP

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schoew, Torsten	Könen, Wolfgang

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dil, Yilmaz	Becker, Melanie
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Klein, Henning</i>	
<i>Schloos, Ulrich (s. B.)</i>	
<i>Schneider, Silke</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dylong, Barbara	Simon, Ursula
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Steffe, Roland</i>	

**AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schwarzer, Michael	Six, Annette

**Beratende Mitglieder:****VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schulz, Patrick (s. B.)	Wittenburg, Samuel

## Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

Vorsitz: Weber, Frank (CDU)  
Stellv. Vorsitz: Böcking, Verena (SPD)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Weber, Frank	Weißelberg, David (s. B.)
Tigges, Johannes	Römer, Guntram (s. B.) (Doppelfunktion)
Steuber, Hartmut	Özcan, Kürsat (s. B.)
Bahnschulte, Claudia (s. B.)	Reinsch, Verena (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Krämer, Hartmut (s. B.)</i>	
<i>Rompf, Jürgen</i>	
<i>Stahl, Peter H.</i>	
<i>Weißelberg, Andreas (s. B.)</i>	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Böcking, Verena	Hokkaömeroglu, Emetullah
Eckhardt, Klaus	Schwarz, Sibylle
Schneider, Manfred (s. B.)	Grimm, Hartmut (s. B.)
Solms, Harold (s. B.)	Utsch, Maik (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Eberlein, Birgit</i>	
<i>Hof, Felix</i>	
<i>Lohmeier, Heinz Werner (s. B.)</i>	
<i>Schneider, Bernd (s. B.)</i>	
<i>Simmert, Klaus Manfred (s. B.)</i>	
<i>Wagener, Tanja</i>	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schütz, Désirée (s. B.)	Heilmann, Martin
Neumann, Daniel (s. B.)	Jung, Angela
Reppel, Thomas (s. B.)	Wüst, Eckhard (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bleckmann, Lisa</i>	
<i>Boller, Joachim</i>	
<i>Groß, Michael</i>	
<i>Shirley, Julia</i>	
<i>Stoker, Daniela (s. B.)</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Grisse, Robert	Krumm, Heike
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Peczinna, Randolph</i>	

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Keßler, Silvia	Jüngst, Christian (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bialowons-Sting, Eva-Marie</i>	
<i>Güner, Salih (s. B.)</i>	
<i>Heupel, Rüdiger</i>	
<i>Köckritz, Thomas (s. B.)</i>	
<i>Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Christian Paul</i>	
<i>Sondermann, Katja (s. B.)</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Walter, Klaus Volker	Schneider, Walter (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Schoew, Torsten</i>	

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dil, Yilmaz	Becker, Melanie
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Klein, Henning</i>	
<i>Schloos, Ulrich</i>	
<i>Schneider, Silke</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dylong, Barbara	Steffe, Roland
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Simon, Ursula</i>	

**AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schwarzer, Michael	Six, Annette

**Beratende Mitglieder:****VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Kamann, Timo (s. B.)	Simon, Alexandra (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dietrich, Erik (s. B.)</i>	
<i>Kammann, Jacob</i>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenberg, Samuel</i>	

## Ausschuss für Schule und Bildung

Vorsitz: Pflogsch, Teresa (B'90)  
Stellv. Vorsitz: Bialowons-Sting, Eva-Maria (GfS)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Patt, Alexander	Katz, Reinhilde (s. B.)
Langemeyer, Susanne (s. B.)	Köckritz, Anja Alexandra
Heupel, Michael (s. B.)	Rompf-Selimi, Nazlije
Hagen, Eva (s. B.)	Koch, Sonja (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Becker, Markus (s. B.)	
Dittrich, Karl-Heinz (s. B.)	
Dörner-Lipinski, Monika (s. B.)	
Hähner, Kathrin (s. B.)	
Lixfeld, Julia (s. B.)	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Pfeifer, Joachim	Schwarz, Sibylle
Thimm, Heiko	Böcking, Verena
Flohren, Angelika (s. B.)	Dehn, Sarah (s. B.)
Weber, Frank (s. B.)	Habel, Andreas (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Eberlein, Birgit	
Hof, Felix	
Hokkaömeroglu, Emetullah	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Kraft, Florian	Hillnhütter, Reinhard (s. B.)
Nüßing, Elisabeth (s. B.)	Grimm, Carolin (s. B.)
Pflogsch, Teresa	Rommel, Marcus (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Bleckmann, Lisa	
Boller, Joachim	
Groß, Michael	
Jung, Angela	
Shirley, Julia	
Stoker, Daniela (s. B.)	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bell, Achim	

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bialowons-Sting, Eva-Marie	Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Güner, Salih (s. B.)	
Heupel, Rüdiger	
Keßler, Silvia	
Köckritz, Thomas (s. B.)	
Sondermann, Christian Paul	
Sondermann, Katja (s. B.)	
Sting, Julia (s. B.)	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Hörnberger, Kevin Lee (s. B.)	Ihnken, Fabienne (s. B.)

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schloos, Ulrich (s. B.)	Klein, Hans-Walter (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Becker, Melanie	
Dil, Yilmaz	
Klein, Henning	
Schneider, Silke	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Simon, Ursula	Steffe, Roland
<b>Listenvertreter</b>	
Dylong, Barbara	

**VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Wittenburg, Samuel	Hoffmann, Georg (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Dietrich, Erik (s. B.)	
Kammann, Jacob s. B.)	
Schulz, Kenny	

**Beratende Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Annette	Schwarzer, Michael

## Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

Vorsitz: Schneider, Silke (DIE LINKE)  
Stellv. Vorsitz: Bleckmann, Lisa (B'90)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Helm, Martin	Katz, Reinhilde (s. B.)
Stahl, Peter	Stinner, Gabriele (s. B.)
Steuber, Hartmut	Hinkel, Petra (s. B.)
Rompf-Selimi-Nazlije	Grimm, Benjamin
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bräuer-Weißelberg, Ute (s. B.)</i>	
<i>Dittrich, Karl-Heinz (s. B.)</i>	
<i>Helm, Claudia (s. B.)</i>	
<i>Köckritz, Anja Alexandra</i>	
<i>Weißelberg, David Ernst (s. B.)</i>	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Hokkaömeroglu, Emetullah	Riebe, Kersten (s. B.)
Molzberger, Adhemar	Michel, Susanne (s. B.)
Lorenz, Reiner	Stündel, Dieter (s. B.)
Dehn, Sarah (s. B.)	Simmert, Klaus (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Müller, Annika (s. B.)</i>	
<i>Schwarz, Sibylle</i>	
<i>Thimm, Heiko</i>	
<i>Weber, Frank (s. B.)</i>	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bleckmann, Lisa	Trefke, Manuela (s. B.)
König, Svenja	Mäckeler, Bernd
Rommel, Marcus (s. B.)	Schulz, Jürgen
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Boller, Joachim</i>	
<i>Groß, Michael</i>	
<i>Jung, Angela</i>	
<i>Shirley, Julia</i>	
<i>Stoker, Daniela (s. B.)</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dr. Henrich, Christian Johannes (s. B.)	Braun, Hans-Peter (s. B.)

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Köckritz, Anja (CDU)	Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bialowons-Sting, Eva-Marie</i>	
<i>Güner, Salih (s. B.)</i>	
<i>Heupel, Rüdiger</i>	
<i>Jüngst, Christian (s. B.)</i>	
<i>Keßler, Silvia</i>	
<i>Köckritz, Thomas (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Christian Paul</i>	
<i>Sondermann, Katja (s. B.)</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schneider, Walter (s. B.)	Dr. Grzonka, Magdalena (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Kutzner, Stefan (s. B.)</i>	

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schneider, Silke	Becker, Melanie
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Becker, Melanie</i>	
<i>Dil, Yilmaz</i>	
<i>Klein, Henning</i>	
<i>Schloos, Ulrich (s. B.)</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dylong, Barbara	Simon, Ursula
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Steffe, Roland</i>	

**VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schuppert, Sören (s. B.)	Haupt, Elisabeth (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dietrich, Erik (s. B.)</i>	
<i>Kammann, Jacob (s. B.)</i>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	
<i>Boulkaboul, Anne (s. B.)</i>	
<i>Steffens, Madita (s. B.)</i>	

**Beratendes Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Annette	Schwarzer, Michael



## Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften

Vorsitz: Rujanski, Detlef (SPD)  
Stellv. Vorsitz: Rompf, Jürgen (CDU)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Klein, Marc	Patt, Alexander
Reifenrath, Frank	Tigges, Johannes
Rompf, Jürgen	Stinner, Jürgen
Klaas, Henner (s. B.)	de Knuydt, Philip (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Hagen, Eva (s. B.)</i>	
<i>Jagielski, Olaf (s. B.)</i>	
<i>Krämer, Hartmut (s. B.)</i>	
<i>Uhlendorf, Jens (s. B.)</i>	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Rujanski, Detlef	Pfeifer, Joachim
Wagener, Tanja	Schwarz, Sibylle
Born, Stefan (s. B.)	Baykal, Ferdi (s. B.)
Schneider, Bernd (s. B.)	Flohren, Angelika (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bähr, Cordula (s. B.)</i>	
<i>Christian, Thomas</i>	
<i>Garcia-Lopez, José-Antonio (s. B.)</i>	
<i>Hof, Felix</i>	
<i>Lechthaler, Tim</i>	
<i>Lorenz, Reiner</i>	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Champollion, Anselme (s. B.)	Waidmann, Maik (s. B.)
Schulz, Jürgen	Korczak, Dominik (s. B.)
Stoker, Daniela (s. B.)	Pflogsch, Teresa
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bleckmann, Lisa</i>	
<i>Boller, Joachim</i>	
<i>Groß, Michael</i>	
<i>Jung, Angela</i>	
<i>Shirley, Julia</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Sündermann, Egon (s. B.)	Bertelmann, Hans-Günter

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bialowons-Sting, Eva-Marie	Güner, Salih (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Heupel, Rüdiger</i>	
<i>Jüngst, Christian (s. B.)</i>	
<i>Keßler, Silvia</i>	
<i>Köckritz, Thomas (s. B.)</i>	
<i>Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Christian Paul</i>	
<i>Sondermann, Katja (s. B.)</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Nüchtern, Markus	Dr. Kutzner, Stefan (s. B.)

**Linke**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schneider, Silke	Schloos, Ulrich (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Becker, Melanie</i>	
<i>Dil, Yilmaz</i>	
<i>Klein, Henning</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Steffe, Roland	Dylong, Barbara
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Simon, Ursula</i>	

**AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Anette	Schwarzer, Michael

**Beratende Mitglieder:****Volt**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schulz, Kenny	Kammann, Jacob (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dietrich, Erik (s. B.)</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	

## Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Vorsitz: Boller, Joachim (B'90)  
Stellv. Vorsitz: Krumm, Heike (UWG)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dr. Zybill, Christian	Engert, Florian (s. B.)
Grimm, Benjamin	Hähner, André
Dinter, Oliver (s. B.)	de Knuydt, Philip (s. B.)
Klaas, Henner (s. B.)	Hinkel, Petra (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dittrich, Karl-Heinz (s. B.)</i>	
<i>Jagielski, Olaf (s. B.)</i>	
<i>Katz, Reinhilde (s. B.)</i>	
<i>Weber, Frank</i>	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Christian, Thomas	Pfeifer, Joachim
Hof, Felix	Molzberger, Adhemar
Bornhütter, Nils (s. B.)	Lohmeier, Elke (s. B.)
Michel, Bärbel (s. B.)	Michel, Volker (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Fries, Traute (s. B.)</i>	
<i>Müller, Annika (s. B.)</i>	
<i>Rujanski, Detlef</i>	
<i>Schiltz, Ingmar</i>	
<i>Semper, Manfred (s. B.)</i>	
<i>Stündel, Dieter (s. B.)</i>	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Boller, Joachim	Gelling, Bärbel (s. B.)
Stoker, Daniela (s. B.)	Shirley, Julia
Groß, Michael	Krombach, Sören Linus (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bleckmann, Lisa</i>	
<i>Jung, Angela</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Krumm, Heike	Scherzberg, Nicole (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Klein, Dominik (s. B.)</i>	

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Sondermann, Christian	Keßler, Silvia
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bialowons-Sting, Eva-Marie</i>	
<i>Güner, Salih (s. B.)</i>	
<i>Heupel, Rüdiger</i>	
<i>Jüngst, Christian (s. B.)</i>	
<i>Köckritz, Thomas (s. B.)</i>	
<i>Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Katja (s. B.)</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schneider, Walter (s. B.)	Kretzer, Martin (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Schneider, Oliver (s. B.)</i>	

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Becker, Melanie	Schloos, Ulrich (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dil, Yilmaz</i>	
<i>Klein, Henning</i>	
<i>Schneider, Silke</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dylong, Barbara	Simon, Ursula
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Steffe, Roland</i>	

**VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Kammann, Jacob (s. B.)	Gieseler, André (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dietrich, Erik (s. B.)</i>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	

**Beratende Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Annette	Schwarzer, Michael

## Bauausschuss

Vorsitz Klein, Marc (CDU)  
Stellv. Vorsitz: Christian, Thomas (SPD)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Reifenrath, Frank	Weber, Daniel (s. B.)
Krämer, Hartmut (s. B.)	Jagielski, Olaf (s. B.)
Uhlendorf, Jens (s. B.)	Dinter, Oliver (s. B.)
Klein, Marc	Dr. Ferger, Martin (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Bohn, Achim (s. B.)	
Doppler, Christian (s. B.)	
Klaas, Henner (s. B.)	
Rompf, Jürgen	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Christian, Thomas	Schwarz, Sibylle
Pfeifer, Joachim	Eckhardt, Klaus
Grund, Annegret (s. B.)	Lohmeier, Heinz Werner (s. B.)
Yousuf, Himat (s. B.)	Solms, Harold (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Lechthaler, Tim	
Lorenz, Reiner	
Schneider, Bernd (s. B.)	
Schneider, Manfred (s. B.)	
Wagener, Tanja	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Cziba, Ansgar	Boller, Joachim
Mäckeler, Bernd	Jung, Angela
Schulz, Jürgen	Stoker, Daniela (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Bleckmann, Lisa	
Shirley, Julia	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Grisse, Robert	Schneider, Rainer (s. B.)

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Heupel, Rüdiger	Keßler, Silvia
<b>Listenvertreter</b>	
Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Güner, Salih (s. B.)	
Jüngst, Christian (s. B.)	
Köckritz, Thomas (s. B.)	
Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)	
Sondermann, Christian Paul	
Sondermann, Katja (s. B.)	
Sting, Julia (s. B.)	

### FDP

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schneider, Walter (s. B.)	Dangendorf, Tobias (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Yousef, Anas (s. B.)	

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dil, Yilmaz	Schneider, Silke
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Becker, Melanie</i>	
<i>Klein, Henning</i>	
<i>Schloos, Ulrich (s. B.)</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Steffe, Roland	Simon, Ursula
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dylong, Barbara</i>	

**AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Annette	Schwarzer, Michael

**Beratende Mitglieder:****VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Welter, Christian (s. B.)	Dietrich, Erik (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Kammann, Jacob (s. B.)</i>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	

## Verkehrsausschuss

Vorsitz: Eckhardt, Klaus (SPD)  
Stellv. Vorsitz: Jung, Angela (B'90)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Kamieth, Jens	Römer, Guntram (s. B.)
Stinner, Jürgen	Weißelberg, Andreas (s. B.)
Jagielski, Olaf (s. B.)	Doppler, Christian (s. B.)
Vogt, Christian (s. B.)	Beitzel, Robin (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Hagen, Eva (s. B.)</i>	
<i>Klein, Marc</i>	
<i>Weber, Frank</i>	
<i>Weißelberg, David Ernst (s. B.)</i>	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Eckhardt, Klaus	Michel, Susanne (s. B.)
Christian, Thomas	Böcking, Verena
Müller, Manfred (s. B.)	Bornhütter, Nils (s. B.)
Neumann, Thomas (s. B.)	Semper, Manfred (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Berkemer, Wolfgang (s. B.)</i>	
<i>Born, Stefan (s. B.)</i>	
<i>Eberlein, Birgit</i>	
<i>Schwarz, Sibylle</i>	
<i>Simmert, Klaus Manfred (s. B.)</i>	
<i>Stündel, Dieter (s. B.)</i>	

### B'90

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Heilmann, Martin	Korczak, Dominik (s. B.)
Jung, Angela	Kraft, Florian
Waidmann, Maik (s. B.)	Neumann, Daniel (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bleckmann, Lisa</i>	
<i>Boller, Joachim</i>	
<i>Groß, Michael</i>	
<i>Shirley, Julia</i>	
<i>Stoker, Daniela (s. B.)</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Englert, Franz	Schneider, Rainer

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Köckritz, Tjomas (s. B.)	Heupel, Rüdiger
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bialowons-Sting, Eva-Marie</i>	
<i>Güner, Salih (s. B.)</i>	
<i>Jüngst, Christian (s. B.)</i>	
<i>Keßler, Silvia</i>	
<i>Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Christian Paul</i>	
<i>Sondermann, Katja (s. B.)</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schoew, Torsten	Könen, Wolfgang
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Schneider, Oliver (s. B.)</i>	

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schneider, Silke	Schloos, Ulrich (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Becker, Melanie</i>	
<i>Dil, Yilmaz</i>	
<i>Klein, Henning</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Steffe, Roland	Dylong, Barbara
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Simon, Ursula</i>	

**VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Krüger, Jannik (s. B.)	Weber, Luca (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dietrich, Erik (s. B.)</i>	
<i>Kammann, Jacob (s. B.)</i>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	

**Beratende Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Annette	Schwarzer, Michael



## Kulturausschuss

Vorsitz: Bialowons-Sting, Eva-Maria (GfS)  
Stellv. Vorsitz: Schwarz, Sibylle (SPD)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schmidt, Isabelle	Özcan, Kürsat (s. B.)
Dr. Zybill, Christian	Weißelberg, David (s. B.)
Bohn, Achim (s.B.)	Opterbeck, Maria (s.B.)
Helm, Claudia (s. B.)	Klaas, Henner (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
DeKnuydt, Philip (s. B.)	
Hagen, Eva (s. B.)	
Rompf, Jürgen	
Stahl, Peter H.	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Lorenz, Reiner	Lechthaler, Tim
Schwarz, Sibylle	Wagener, Tanja
Eberlein, Peter (s. B.)	Michel, Susanne (s. B.)
Fries, Traute (s. B.)	Weber, Rebecca (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Dehn, Sarah (s. B.)	
Garcia-Lopez, José-Antonio (s. B.)	
Hokkaömeroglu, Emetullah	
Michel, Volker (s. B.)	
Molzberger, Adhemar	
Pfeifer, Joachim	
Stündel, Dieter (s. B.)	
Weber, Frank (s. B.)	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Gelling, Bärbel (s. B.)	Affholderbach, Gunter (s. B.)
Waidmann, Maik (s. B.)	Schulz, Jürgen
Jung, Angela	Heilmann, Martin
<b>Listenvertreter</b>	
Bleckmann, Lisa	
Boller, Joachim	
Groß, Michael	
Shirley, Julia	
Stoker, Daniela	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Grisse, Silke (s. B.)	Bell, Achim
<b>Listenvertreter</b>	
Wennemann, Christoph (s. B.)	

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bialowons-Sting, Eva-Marie	Sting, Julia (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Güner, Salih (s. B.)	
Heupel, Rüdiger	
Jüngst, Christian (s. B.)	
Keßler, Silvia	
Köckritz, Thomas (s. B.)	
Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)	
Sondermann, Christian Paul	
Sondermann, Katja (s. B.)	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Könen, Wolfgang	Daub, Burkhard (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Ihnken, Fabienne (s. B.)</i>	

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Klein, Henning	Klein, Hans-Walter (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Becker, Melanie</i>	
<i>Dil, Yilmaz</i>	
<i>Schloos, Ulrich (s. B.)</i>	
<i>Schneider, Silke (s. B.)</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Simon, Ursula	Dylong, Barbara
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Steffe, Roland</i>	

**VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dietrich, Erik (s. B.)	Kammann, Jacob (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	

**Beratende Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Six, Anette	Schwarzer, Michael

## Sport- und Bäderausschuss

Vorsitz: Bell, Achim (UWG)  
Stellv. Vorsitz: Rompf, Jürgen (CDU)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Rompf, Jürgen	Steuber, Hartmut
Hähner, André	Engert, Florian (s. B.)
Schmidt, Isabelle	Gelber, Gunther (s. B.)
Uhlendorf, Jens (s. B.)	Heupel, Michael (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Beitzel, Robin (s. B.)</i>	
<i>DeKnuydt, Philip (s. B.)</i>	
<i>Grimm, Benjamin</i>	
<i>Jagielski, Olaf (s. B.)</i>	
<i>Weber, Frank</i>	
Moumenizade, Leyla (s. B.) (Doppelfunktion)	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Eberlein, Birgit	Molzberger, Adhemar
Hof, Felix	Schiltz, Ingmar
Biermann, Tim (s. B.)	Höfer, Gisela (s. B.)
Weber, Frank (s. B.)	Garcia Lopez, José-Antonio (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bähr, Cordula (s. B.)</i>	
<i>Berkemer, Wolfgang (s. B.)</i>	
<i>Born, Stefan (s. B.)</i>	
<i>Lorenz, Reiner</i>	
<i>Simmert, Klaus Manfred (s. B.)</i>	
<i>Thimm, Heiko</i>	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Trefke, Manuela (s. B.)	Kraft, Florian
Krombach, Sören (s. B.)	Groß, Michael
Krombach, Ulrich (s. B.)	Dr. Reppel, Thomas (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bleckmann, Lisa</i>	
<i>Boller, Joachim</i>	
<i>Jung, Angela</i>	
<i>Shirley, Julia</i>	
<i>Stoker, Daniela (s. B.)</i>	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Bell, Achim	Peczinna, Randolph (s. B.)

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Jüngst, Christian (s. B.)	Köckritz, Thomas (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Bialowons-Sting, Eva-Marie</i>	
<i>Güner, Salih (s. B.)</i>	
<i>Heupel, Rüdiger</i>	
<i>Keßler, Silvia</i>	
<i>Schröers, Anne-Kathrin (s. B.)</i>	
<i>Sondermann, Christian Paul</i>	
<i>Sondermann, Katja (s. B.)</i>	
<i>Sting, Julia (s. B.)</i>	

**FDP**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Könen, Wolfgang	Biazeck, Michael (s. B.)

**DIE LINKE**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Klein, Henning	Becker, Melanie
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dil, Yilmaz</i>	
<i>Schloos, Ulrich (s. B.)</i>	
<i>Schneider, Silke</i>	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Steffe, Roland	Dylong, Barbara
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Simon, Ursula</i>	

**VOLT**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Weber, Luca (s. B.)	Krüger, Jannik (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Dietrich, Erik (s. B.)</i>	
<i>Kammann, Jacob (s. B.)</i>	
<i>Schulz, Kenny</i>	
<i>Wittenburg, Samuel</i>	

**Beratende Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schwarzer, Michael	Six, Annette

## Betriebsausschuss ESI

Vorsitz: Harnacke, Maik (CDU)  
Stellv. Vorsitz: Schoew, Torsten (FDP)

### CDU

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Harnacke, Maik	Dr. Zybill, Christian
Jagielski, Olaf (s. B.)	Stunz-Sondermann, Timo (s. B.)
Stinner, Jürgen	Koch, Sonja (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Grimm, Benjamin	
Katz, Reinhilde (s. B.)	
Krämer, Hartmut (s. B.)	
Rompf, Jürgen	
Weber, Daniel (s. B.)	

### SPD

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Böcking, Verena	Schilz, Ingmar
Eckhardt, Klaus	Hof, Felix
Kirchhöfer, Karl-Wilhelm (s. B.)	Harold Solms (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Garcia Lopez, José-Antonio (s. B.)	
Pfeifer, Joachim	

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Boller, Joachim	Cziba, Ansgar
Mäckeler, Bernd	Wüst, Eckhard (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Bleckmann, Lisa	
Groß, Michael	
Jung, Angela	
Shirley, Julia	
Stoker, Daniela (s. B.)	

### UWG

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Englert, Franz	Grisse, Robert
<b>Listenvertreter</b>	
Spies, Hartmut (s. B.)	

### GfS

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Heupel, Rüdiger	Bialowons-Sting, Eva-Marie

### FDP

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schoew, Torsten	Nüchtern, Markus

### DIE LINKE

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dil, Yilmaz	Knips, Runu (s. B.)
<b>Listenvertreter</b>	
Becker, Melanie	
Klein, Henning	
Schloos, Ulrich (s. B.)	
Schneider, Silke	

**AfD-Team Dylong**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Dylong, Barbara	Simon, Ursula
<b>Listenvertreter</b>	
<i>Steffe, Roland</i>	

**Beratende Mitglieder:****AfD**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Schwarzer, Michael	Six, Annette

**Volt**

Ordentliches Mitglied	1. persönlicher Vertreter
Krüger, Jannik (s. B.)	Kamann, Timo (s. B.)

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Laura Meier

Siegen, 24.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Nachbesetzung in sonstigen Gremien**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt/ benennt:

1. **Herrn Robert Bingener** (s. B.) als 1. persönlicher Vertreter von Herrn Ingmar Schiltz in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld.
2. **Herrn Felix Hof** als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld.
3. **Herrn Wolfgang Könen** als ordentliches Mitglied in den Aufsichtsrat der SVB.
4. **Frau Annette Six** als 1. persönliche Vertreterin von Herrn Michael Schwarzer in den Vergabeausschuss.
5. **Herrn Dr. Bernd Knapp** als beratender Mitglied (Seniorenbeirat) in den AK Wohnbau-landentwicklung.
6. **Herrn Rolf Schirmacher** als 1. persönlicher beratender Vertreter (Sachverständiger BUND) von Herrn Zapletal in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.
7. **Herrn Daniel Tobisch** als Sachverständiger (VWS) in den/die
  - a) Verkehrsausschuss
  - b) AK des Verkehrsausschusses
8. **Frau Eva Hagen** (s. B.) als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss VI - Eiserfeld.

9. **Frau Bärbel Michel** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost.
  10. **Frau Gisela Schneider** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost.
  11. **Herrn José-Antonio Garcia-Lopez** (s. B.) als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss V - Siegen-West.
  12. **Frau Annette Six** als
    - ordentliches Mitglied in
      - a) die Ausstellungskommission + AK Rubenspreis
      - b) die Kommission für Partnerschaften
    - 1. persönliche Vertreterin für Herrn Schwarzer in den
      - c) den VHS-Beirat
      - d) den AK Straßennamen
      - e) den AK Abfallwirtschaft
  13. **Herrn Michael Schwarzer** als
    - ordentliches Mitglied in
      - a) den VHS-Beirat
      - b) die Baumkommission
    - 1. persönlicher Vertreter von Frau Six in
      - c) den AK Klimaschutz
      - d) die AK des Verkehrsausschusses
  14. **Frau Sarah Gatersleben** (s. B.) als 1. Persönliche Vertreterin in die Ausstellungskommission + AK Rubenspreis:
- 

Des Weiteren wählt/ benennt der Rat der Universitätsstadt Siegen ergänzend zur Vorlage VL 1480/2023 (TOP 17 öT) folgende Personen in die Fachausschüsse:

15. **Frau Zemra Zekic** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
16. **Herrn Kersten Riebe** (s. B.) als
  - a) 1. persönlicher Vertreter von Herrn Weber in den Sport- und Bäderausschuss
  - b) stellv. Mitglied in den Ausschuss für Schule und Bildung
17. **Herrn Simon Schulte** (s. B.) als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
18. **Herrn Tim Gries** (s. B.) als stellv. Mitglied in den
  - a) Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
  - b) Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.



**Sachverhalt / Begründung:**

- 1.-2. Die SDP-Fraktion bittet um Personentausch bei diesen beiden Funktionen.
  3. Gemäß einer getroffenen Vereinbarung wechselt das Mandat zur Hälfte der Wahlzeit von der Fraktion Die Linke zur FDP- Fraktion. Herr Henning Klein hat daher seinen Sitz zum 01.09.2023 niedergelegt.
  4. Die AfD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Frau Gatersleben.
  5. Der Seniorenbeirat bittet um Nachbesetzung für Herrn Schiffmann.
  6. Der BUND Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein e.V. bittet um Besetzung des unbesetzten Sitzes.
  7. Die VWS GmbH bittet um Nachbesetzung für Herrn Andreas Dörner.
  8. Die CDU-Fraktion bittet um Besetzung des unbesetzten Ausschusssitzes.
  - 9.-10. Die SPD-Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.
  11. Die SPD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Herrn Robert Bingener.
  12. Die AfD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für
    - a) Frau Sarah Gatersleben
    - b) Frau Brigitte Eger-Kahleis
    - c) Frau Brigitte Eger-Kahleis
    - d) Herrn Helmut Kahleis
    - e) Herrn Michael Maurer
  13. Die AfD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für
    - a) unbesetzten Sitz
    - b) Frau Sarah Gatersleben
    - c) Frau Sarah Gatersleben
    - d) Herrn Michael Maurer
  14. Die AfD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Frau Brigitte Eger-Kahleis.
- 
15. Die SPD-Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.
  16.
    - a) Die SPD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für José-Antonio Garcia-Lopez.
    - b) Die SPD-Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.
  - 17-18. Die SPD-Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.

Darüber hinaus wird **Frau Annika Müller** (s. B.) auf eigenen Wunsch von der Vertreterliste des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren sowie des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie gestrichen.

Außerdem hinaus hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt, dass Herr Florian Kraft seinen **Vorsitz im Schulausschuss** abgibt. Als Nachfolgerin ist **Frau Teresa Pflögsch** benannt.

Die Zählgemeinschaft, die sich auf die Verteilung der Ausschusssitze geeinigt hat, hatte festgelegt, dass der **stellv. Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss** von der Volt-Fraktion besetzt wird. Ausschussvorsitzende sowie deren Stellvertreter sind aus den *stimmberechtigten* Ausschussmitgliedern zu bestimmen. Da die Volt-Fraktion nun nur noch beratend im Rechnungsprüfungsausschuss sitzt, wird die Zählgemeinschaft gebeten, in Bezug auf diesen stellv. Vorsitz eine neue Einigung zu treffen und eine Person zu bestimmen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues

Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Schneider, Herrn Stahl

Siegen, 29.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Bebauungsplan Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" im Stadtteil Siegen**  
**hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**  
**- Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 464 "Eisen-Muscheid-Gelände" als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 13 a BauGB.

### Sachverhalt / Begründung:

Der ca. 1,5 ha große Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt im Stadtteil Siegen und wird folgendermaßen begrenzt:

- im Norden von der Bebauung an der Fölzerstraße,
- im Osten von der Bebauung an der St.-Michael-Straße und dem Hohler Weg.,
- im Süden von der Kampenstraße Nr. 70,
- im Westen von der Kampenstraße.

Der Geltungsbereich (siehe Anlage 1) umfasst in der Gemarkung Siegen, Flur 24, folgende Flurstücke: 207, 208, 352, 375, 377, 379, 385, 389, 390, 400, 450, 456, 457 und 581.

**Ausgangssituation**

Der Schnittpunkt der vielbefahrenen Hauptverkehrsstraßen Sandstraße und Hagener Straße bildet von Norden kommend das Eingangstor zur Innenstadt, die abzweigende Kampenstraße stellt dabei den Eingangsbereich zur Oberstadt Siegens dar und hat daher eine besondere städtebauliche Bedeutung. Gegenüber des ehemaligen Kaisergartens gelegen, prägen die seit 1882 zunächst durch die Waagenfabrik Spies genutzten Liegenschaften das Bild der nördlichen Siegener Innenstadt. In den 1960er Jahren siedelte sich die 1952 von Wilhelm Muscheid gegründete Eisen- und Stahlhandlung auf dem Gelände an. In den darauffolgenden Jahren wurden auf diesem Areal eine Vielzahl neuer Lagerhallen, Ausstellungs- und Büroräume für den Bereich Sanitär- und Heizungsgroßhandel geschaffen. Diese Nutzungen wurden jedoch nach der Jahrtausendwende nach und nach aufgegeben, so dass durch die nun schon seit langer Zeit untergenutzten Flächen ein städtebaulicher Missstand entstanden ist, der das äußere Erscheinungsbild dieses Stadteingangstores dominiert und negative Auswirkungen auf das gesamte Umfeld hat.

**Ziele**

Ziel und Zweck des Bebauungsplans Nr. 464 ist die städtebauliche Steuerung und Neuordnung des seit vielen Jahren leerstehenden und zum Teil brachliegenden „Eisen-Muscheid-Geländes“ und seiner Umgebung. Aufgabe der Bauleitplanung ist es, die bauliche und sonstige Entwicklung von Grundstücken vorzubereiten und zu leiten. Daher soll mit Hilfe der Bauleitplanung eine städtebauliche und verträgliche Entwicklung des Areals ermöglicht werden. Innerhalb der Stadtverwaltung wurden bereits erste städtebauliche Skizzen erstellt, wie dieses Areal städtebaulich entwickelt werden kann. Mit Hilfe der Bauleitplanung sollen städtebauliche Parameter, wie Baufelder, Geschossigkeiten bzw. Höhenentwicklung abgeleitet und somit die städtebauliche Entwicklung gesteuert und geordnet werden.

**Aktuelles Planungsrecht**

Flächennutzungsplan (FNP): Das Areal wird im FNP der Stadt Siegen als „Gemischte Baufläche (MI)“ ausgewiesen. Lediglich die Flurstücke 385, 400, 456 und 457 an der Straße „Hohler Weg“ sind als „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) im FNP dargestellt.

Innenbereich: Die Flurstücke liegen innerhalb der Ortsabrundungssatzung Siegen von 1981 und sind dem Innenbereich gem. § 34 Abs. 2 BauGB zuzuordnen.

Bebauungsplan/Durchführungsplan: Ein rechtskräftiger Bebauungsplan (BPlan) liegt lediglich für das Flurstück 457 vor. Es handelt sich um den Durchführungsplan Nr. 36 "Welterstraße" aus dem Jahr 1961. Am 30.01.2019 hat der Rat der Stadt Siegen die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 443 "Steuerung Einzelhandel und Vergnügungsstätten Hagener Straße / Kampenstraße / Sandstraße" beschlossen (vgl. VL 2229/2018). Die Planung dient der Umsetzung der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzepte gem. § 1 (6) Nr. 11 BauGB, insbesondere des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes (EHEK) und des Vergnügungsstättenkonzeptes (VSK). Der Großteil des Geltungsbereiches des BPlans Nr. 464 ist Teil des Geltungsbereiches des BPlans Nr. 443, daher sind die Zielsetzungen des BPlans Nr. 443 zu übernehmen.

**Fazit**

Kommunen sollen gemäß § 1 Abs. 3 BauGB Bauleitpläne aufstellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung erforderlich ist. Mit Vorliegen der städtebaulichen Situation ist mit den in Rede stehenden Flächen im Innenbereich nach §34 BauGB nur bedingt eine städtebaulich geordnete Entwicklung möglich, so dass die Steuerungsmöglichkeiten eines Bebauungsplans erforderlich werden.

Das Areal „Eisen-Muscheid“ bildet ein innerstädtisches Tor / Eingangstor zum Stadtteil Siegen und besitzt daher eine besondere Funktion. Die städtebauliche und gestalterische Aufwertung dieses zentralen Bereichs ist für die städtebauliche Entwicklung des Stadtteils Siegen von besonderer Bedeutung. Aufgrund der dargelegten Gründe ist die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

**Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Der Aufstellungsbeschluss hat keine direkte Klimarelevanz. Erst die an den Aufstellungsbeschluss anschließende Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beschluss der Offenlage und der Satzung haben eine Auswirkungen Klimarelevanz (z.B. die Festsetzung einer kompakten Bauweise, Festsetzungen zur Begrünung etc.).			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>          			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

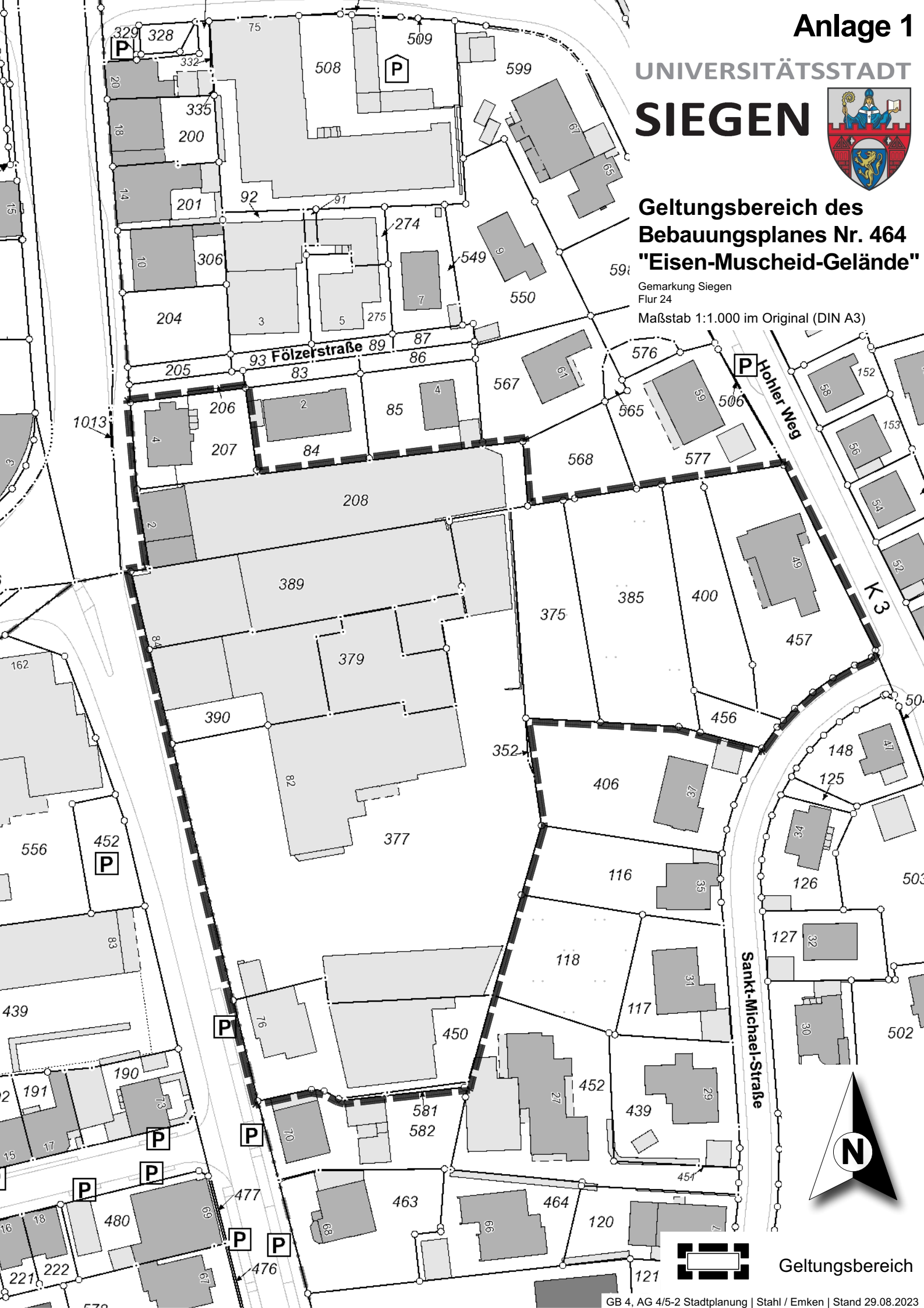
Anlage(n):

1. [Geltungsbereich BPlan Nr. 464](#)



**Geltungsbereich des  
Bebauungsplanes Nr. 464  
"Eisen-Muscheid-Gelände"**

Gemarkung Siegen  
Flur 24  
Maßstab 1:1.000 im Original (DIN A3)



Geltungsbereich

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Herrn Daschke

Siegen, 30.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Erlass einer Satzung der Universitätsstadt Siegen über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet „Untere Kampenstraße“ in Siegen-Mitte**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet „Untere Kampenstraße“ in Siegen-Mitte die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

### Sachverhalt / Begründung:

Nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB kann eine Gemeinde in Gebieten, in denen sie städtebauliche Maßnahmen in Betracht zieht, zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung durch Satzung Flächen bezeichnen, an denen ihr ein Vorkaufsrecht an den Grundstücken zusteht.

Das Ziel der Stadt Siegen ist die städtebauliche Neuordnung und Aufwertung dieser bedeutenden Stadteingangssituation durch die Beseitigung der bestehenden städtebaulichen Mängel sowie eine an die Umgebung angepasste und verträgliche neue Nutzung. Durch den Erwerb der Grundstücke und die Aufstellung eines Bebauungsplanes soll die Entwicklung des Areals ermöglicht und gesteuert werden.

Verwaltungsintern wurden bereits erste städtebauliche Skizzen erstellt, wie dieses Areal entwickelt werden kann. Mit Hilfe der Bauleitplanung sollen städtebauliche Parameter, wie Baufelder, Geschossigkeiten bzw. Höhenentwicklung abgeleitet werden.



Um einer liegenschaftlichen Fehlentwicklung vorzubeugen und zur Sicherung einer geordneten Entwicklung soll das Instrument des besonderen Vorkaufsrechts Anwendung finden.

Für weitere Erläuterungen wird auf die "Anlage 3 - Begründung" verwiesen.

### Finanzierung der Vorkaufsrechtsausübung:

Die Grunderwerbskosten für die durch diese Satzungen entstehenden Erwerbsfälle sollten zunächst über das Erwerbskonto I 011301005 / 7821000 innerhalb der AG 4/5-3 abgewickelt werden.

Sofern sich in der praktischen Anwendung der Vorkaufsrechtsausübungen ein höherer Finanzbedarf ergeben sollte, so wären kurzfristig überplanmäßige Mittel bereit zu stellen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

### Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan  2023	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit  500.000	Kostenträger/ Investitionscode I011301005 Sachkonto 7821000
---	--	-------------------------------	--	---

### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Der Beschluss der Satzung löst keine Klimarelevanz aus. Erst durch den Flächenerwerb und eine Umsetzung der Planung wird ggf. ein Effekt auf das Klima erzielt.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Satzung](#)
2. [Anlage 2 Geltungsbereich](#)
3. [Anlage 3 Begründung](#)

**über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch  
für das Gebiet „Untere Kampenstraße“ in Siegen-Mitte**

**Präambel**

Aufgrund § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221) geändert worden ist und § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490) geändert worden ist, hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in seiner Sitzung am xx.xx.2023 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1 Zweck der Satzung**

Die Vorkaufsrechtssatzung wird zur Sicherung der im Satzungsgebiet in Betracht gezogenen städtebaulichen Maßnahmen und zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung festgesetzt.

**§ 2 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich auf folgende Grundstücke:

Gemarkung Siegen,  
Flur 24,  
Flurstücke: 207, 208, 352, 375, 377, 379, 385, 389, 390, 400, 450, 456, 457 und 581.

Der räumliche Geltungsbereich der Satzung ist in dem als Anlage beigefügten Lageplan gekennzeichnet. Der Lageplan ist Bestandteil der Satzung.

**§ 3 Vorkaufsrecht**

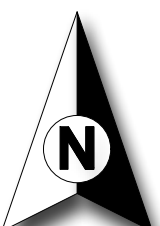
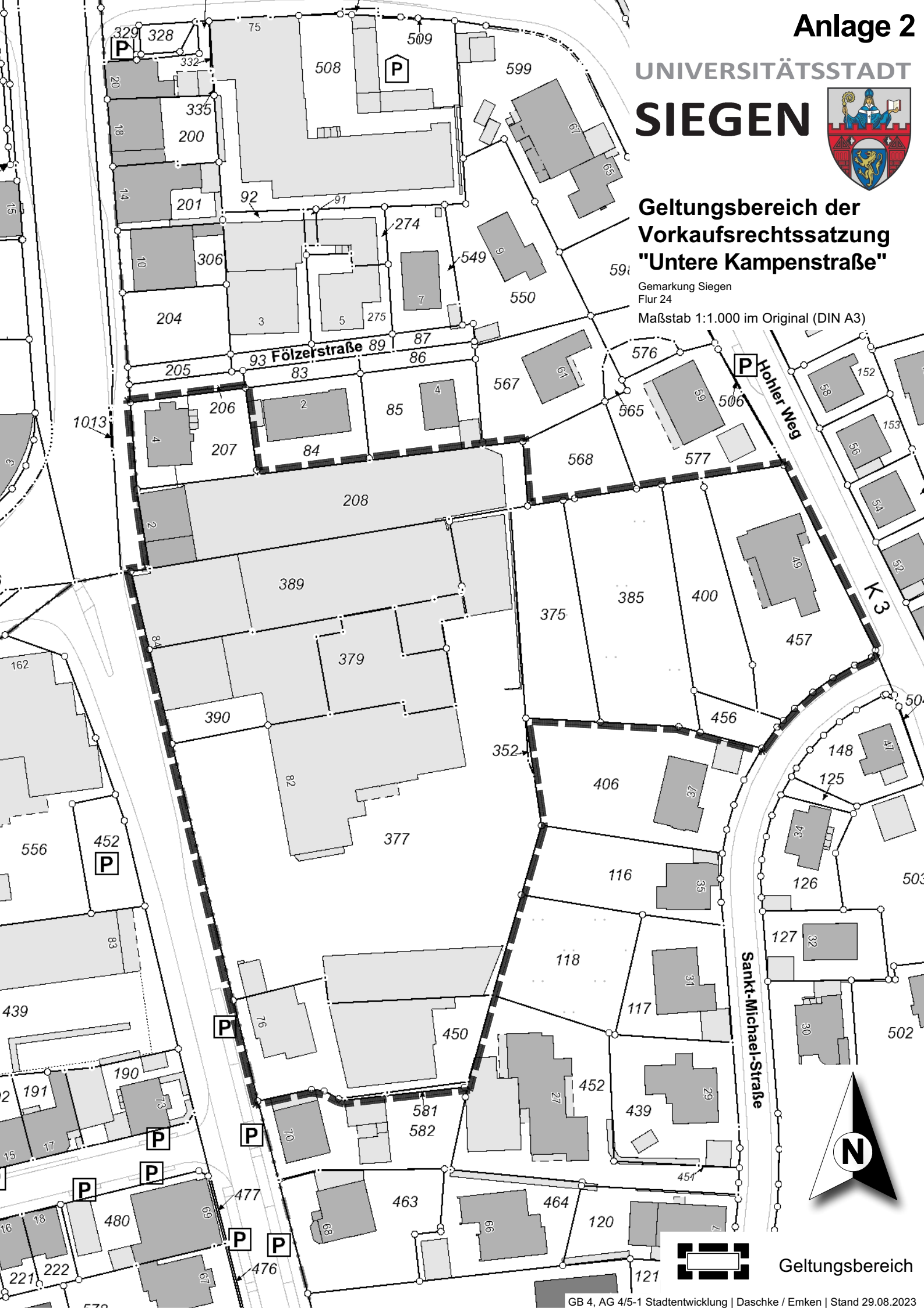
An den im Geltungsbereich dieser Vorkaufsrechtssatzung liegenden Grundstücken steht der Stadt Siegen ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB zu.

**§ 4 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

## Geltungsbereich der Vorkaufsrechtssatzung "Untere Kampenstraße"

Gemarkung Siegen  
Flur 24  
Maßstab 1:1.000 im Original (DIN A3)



## Geltungsbereich

**Begründung**  
zur  
**Vorkaufsrechtssatzung**  
**"Untere Kampenstraße"**  
in Siegen-Mitte



**Universitätsstadt Siegen**

Geschäftsbereich 4

Abteilung 4/5 Stadtentwicklung, -planung  
und Liegenschaften

UNIVERSITÄTSSTADT  
**SIEGEN**



## **Inhalt**

1. Ausgangssituation
2. Städtebauliche Ziele
3. Geltungsbereich
4. Ausübung des Vorkaufsrechts

## **1. Ausgangssituation**

Der Schnittpunkt der vielbefahrenen Hauptverkehrsstraßen Sandstraße und Hagener Straße bildet von Norden kommend das Eingangstor zur Siegener Innenstadt, die abzweigende Kampenstraße stellt dabei den Eingangsbereich zur Oberstadt Siegens dar und hat daher eine besondere städtebauliche Bedeutung. Gegenüber des ehemaligen Kaisergartens gelegen, prägen die seit 1882 zunächst durch die Waagenfabrik Spies und seit den 1960er Jahren die Firma Muscheid genutzten Liegenschaften das Bild der nördlichen Siegener Innenstadt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden auf dem Areal eine Vielzahl neuer Lagerhallen, Ausstellungs- und Büroräume für den Bereich Sanitär- und Heizungsgroßhandel geschaffen. Diese Nutzungen wurden jedoch nach der Jahrtausendwende nach und nach aufgegeben, so dass durch die nun schon seit langer Zeit untergenutzten Flächen ein städtebaulicher Missstand entstanden ist, der das äußere Erscheinungsbild dieses Stadteingangstores dominiert und negative Auswirkungen auf das gesamte Umfeld hat.

Die großen Hallenstrukturen werden nach Osten begrenzt durch einen mit durchgewachsenen Bäumen bestandenen Hang, der eine deutlich wahrnehmbare topographische Zäsur darstellt. Das ebenfalls leerstehende repräsentative Wohngebäude der ehemaligen Eigentümer an der hangaufwärts gelegenen Straße Hohler Weg ist erhaltenswert.

## **2. Städtebauliche Ziele**

Das Ziel der Stadt Siegen ist die städtebauliche Neuordnung und Aufwertung dieser bedeutenden Stadteingangssituation durch die Beseitigung der bestehenden städtebaulichen Mängel sowie eine an die Umgebung angepasste und verträgliche neue Nutzung. Durch den Erwerb der Grundstücke und die Aufstellung eines Bebauungsplanes soll die Entwicklung des Areals ermöglicht und gesteuert werden.

Verwaltungsintern wurden bereits erste städtebauliche Skizzen erstellt, wie dieses Areal entwickelt werden kann. Mit Hilfe der Bauleitplanung sollen städtebauliche Parameter wie Baufelder, Geschossigkeiten bzw. Höhenentwicklung abgeleitet werden.

## **3. Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich der zugehörigen Satzung umfasst alle für die Umsetzung der städtebaulichen Ziele relevanten Grundstücke (vgl. Satzung).

Die Gebietsabgrenzung umfasst eine Fläche von ca. 1,5 ha.

## **4. Ausübung der Vorkaufsrechte**

Der Stadt Siegen steht durch die Satzung ein besonderes Vorkaufsrecht an den Grundstücken innerhalb des Satzungsgebietes zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und zur Umsetzung der vorgenannten städtebaulichen Ziele und Maßnahmen zu (vgl. Nr. 2).

Siegen, 31.08.2023

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Herrn Werthenbach

Siegen, 31.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**"Europa fängt in der Kommune an" - Projektteilnahme der Stadt Siegen**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nominiert Herrn/Frau \_\_\_\_\_ als aktives Mitglied am Projekt „Europa fängt in der Kommune an“.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 21.06.2023 die Teilnahme am o.a. Projekt beschlossen. Ziel ist es, dass ein Lokalpolitiker dem Grunde nach als „Europabotschafter“ fungiert und aktives Mitglied des Netzwerks wird. Ziel ist es, regelmäßig EU-Inhalte zu vermitteln. Im Weiteren wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung



<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

**Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div></div>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  <div></div>			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Microsoft Word - Informationszusammenstellung zum Projekt Europa fängt in der Gemeinde an](#)

## **Teilnahme am Projekt "Europa fängt in der Gemeinde an"**

### **1. Teilnahmevoraussetzungen**

- Je Kommune kann ein gewählter politischer Vertreter bzw. eine Vertreterin nominiert werden
- Teilnahme erfolgt nach Einreichung einer Bewerbung und Unterzeichnung einer Erklärung die von dem gesetzlichen Vertreter der Kommune und dem nominierten Gemeinderatsmitglied zu unterzeichnen sind
- Keine Vorgaben wie die Auswahl des Politikers/der Politikerin erfolgen muss

### **2. Welche Aufgabe übernimmt der Politiker/die Politikerin?**

- Der/die ernannte gewählte Lokalpolitiker/in wird aktives Mitglied des Netzwerks und erhält Zugang zu spezifischen Informationen sowie einer speziellen digitalen Plattform und unterhält eine privilegierte Beziehung zu den EU-Institutionen.
- Regelmäßige Vermittlung von EU-Inhalte, das bedeutet, regelmäßig Diskussionen und Debatten mit den Mitgliedern des Wahlkreises oder Lokalmedien über die allgemeinen politischen Initiativen und Maßnahmen der EU zu führen und die Bürgerinnen und Bürger dazu anzuregen, sich an Debatten über die Zukunft der EU zu beteiligen.
- Die EU wahrheitsgemäß und objektiv vertreten. Politik, Maßnahmen und Initiativen der EU sollen anhand zutreffender Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen objektiv dargestellt werden.
- Regelmäßiges Einbringen ins Netzwerk „Europa fängt in der Gemeinde an“, etwa auf der Online-Plattform oder durch Beteiligung an Seminaren und Besuchen, die von der Europäischen Kommission angeboten werden (je nach Verfügbarkeit). Zudem muss an Umfragen teilgenommen werden, die etwa zweimal im Jahr durchgeführt werden, und die Bereitstellung von Feedback zu den Aktivitäten im Rahmen des Netzwerks.

### **3. Welches Profil sollte das zu entsendende Gemeinderatsmitglied haben?**

- Jeder Hintergrund und jedes Profil ist willkommen. Es gibt keine spezifischen Anforderungen hinsichtlich der politischen Zugehörigkeit oder der Rolle im Gemeinderat. Die Mitglieder müssen im Rahmen des laufenden Wahlmandats in den Gemeinderat gewählt worden sein. Außerdem müssen sie von der lokalen Behörde, die sie vertreten, nominiert werden.
- Die Mitglieder müssen bereit sein, proaktiv mit den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Region über EU-Themen zu kommunizieren.
- Die Kommission begrüßt die Ernennung von Frauen oder Mitgliedern unterrepräsentierter Gruppen.

- Es werden keine sprachlichen Anforderungen an die Mitglieder gestellt, da das Projekt mehrsprachig ist. Das gesamte Material wird in der jeweiligen Landessprache zur Verfügung gestellt.

#### 4. **Welche Aufgabe übernimmt die Kommune?**

- Die sich bewerbende lokale Behörde fungiert als Partner der Europäischen Kommission für das Projekt und erhält Materialien, die sie als Stelle auszeichnen, die Bürgerinnen und Bürger über EU-Fragen informiert und für diese Themen interessiert (man erhält eine Metallplakette und ein Roll-up, die an öffentlich zugänglichen Orten platziert werden können). Die lokale Behörde sorgt für Kontinuität und ernennt ein neues Mitglied, sobald das Wahlmandat des vorherigen Mitglieds ausläuft oder aus irgendeinem Grund nicht mehr besteht.
- Es sollte eine Kontaktperson innerhalb der lokalen Behörde benannt werden, um die Kontinuität nach lokalen Wahlen zu gewährleisten.

#### 5. **Vorteile die durch eine Mitgliedschaft entstehen**

- Privilegierter Zugang zu offiziellen EU-Kommunikationsquellen in Landessprache, Kommunikationsmaterial, Online- und Offline-Seminare und weitere Informationen, die es erleichtern, mit den Bürgerinnen und Bürgern über EU-Themen zu sprechen.
- Einladungen zu physischen oder digitalen Besuchen bei EU-Institutionen, die, wenn möglich, in der entsprechenden Sprache organisiert werden.
- Gezielte Informationen zu Themen, die das Mitglied interessieren und die für die Region relevant sind, basierend auf den Präferenzen, die auf dem Bewerbungsformular angegeben werden
- Die Unternehmungen des Mitglieds im Zusammenhang mit dem Netzwerk sorgen für Sichtbarkeit auf EU-Ebene.
- Umfassender Austausch mit anderen Mitgliedern des Netzwerks über eine spezielle Online-Plattform.
- Privilegierter Zugang zu einer Vielzahl an EU-Netzwerken für Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler Ebene.

#### 6. **Ist die Teilnahme mit Kosten verbunden?**

Nein, es sind keine direkten Kosten damit verbunden. Alle Reisekosten für die Teilnahme an Projektveranstaltungen, die nicht online stattfinden, werden entweder von der Europäischen Kommission übernommen oder die Teilnahme ist nicht verpflichtend. Die Aktivitäten der Netzwerkmitglieder (Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über EU-Angelegenheiten, regelmäßiges Einbringen ins Netzwerk), werden individuell gestaltet und sind nicht unbedingt mit Kosten verbunden.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 Siegen, 30.08.2023  
Bereich: Technische Gebäudewirtschaft Baunterhaltung/ Umbau  
Bearbeitet von: Bernd Wiezorek

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

**Ersatzneubau Hallenbad Weidenau mit Mitteln aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"**  
**- Durchführungsbeschluss -**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Teilnahme am Projektaufruf für die Maßnahme „Neubau des Hallenbades Weidenau als Ersatz für das bestehende Hallenbad Weidenau und das Hallenbad Löhrtor“ bei dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur." (SJK) des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB).

### Sachverhalt / Begründung:

Kosten der Gesamtmaßnahme laut Schätzung: 40.750.000,00 € netto

Beantragt Zuschuss: 6.000.000,00 € netto

Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel: s. Finanzierungsplan

Zuschussmaßnahme: X ja nein

Bewilligungsbescheid erteilt: ja X nein

Sachverhalt:

Mit dem Förderaufruf vom 19.06.2023 wurde das vom Deutschen Bundestag beschlossene Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" (Förderrahmen 400 Mio. Euro) bekannt gemacht.

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen trifft derzeit alle Vorbereitungen, die neue Förderung schnellstmöglich umzusetzen. Da die Mittel im Bundeshaushalt 2023 zur Verfügung stehen, müssen sie noch bis Ende 2023 gebunden werden. Daher wurden den Kommunen sehr kurze Fristen für die Teilnahme an diesem Programm gesetzt. Gemäß den Verfahrensregeln für dieses Programm ist im Antragsverfahren das Vorliegen eines entsprechenden Durchführungsbeschlusses des Rates zur Teilnahme am Projektaufruf erforderlich.

Die Stadt Siegen betreibt aktuell 3 Hallenbäder. Das „Löhrtorbad“ (ca. 60 Jahre alt) ist auf Grund der baulichen und technischen Substanz nicht mehr zu sanieren. Es soll so lange wie möglich weiterbetrieben werden um das Schwimmbadangebot auch während der Bauphase der anderen Schwimmbäder in Siegen aufrecht erhalten zu können. Das Hallenbad (HB) Eiserfeld (ca. 40 Jahre alt) besitzt grundsätzlich eine gute Bausubstanz ist aber technisch in einem kritischen Zustand. Es soll technisch u. energetisch saniert werden. Das HB Weidenau (ca. 67 Jahre alt) wurde vor rd. 50 Jahren erweitert. Es ist ebenso in einem schlechten baulichen u. technischen Zustand.

Der Rat der Stadt Siegen hat die Verwaltung beauftragt die Erarbeitung eines zukunftsorientierten, nachhaltigen Bäderkonzeptes durchzuführen. Dies mündete in 2015 in einer großen Untersuchung der Sanierungs- und Unterhaltungskosten der Siegener Bäder im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung. Darauf aufbauend wurde eine Machbarkeitsstudie für die Neuordnung und Alternativen der Siegener Bäderlandschaft durchgeführt und ein Arbeitskreis eingerichtet. Die aktuelle Baupreisentwicklung hat auf die Planungs- u. Baukosten des Hallenbades erhebliche Auswirkungen. Die Kostenansätze aus den Jahren 2019 -2021 hatten keinerlei Aussagekraft mehr und mussten durch externe Planer überprüft werden. Die Überprüfung mündeten in drei Lösungsvarianten.

Variante 1: Umbau im Bestand basierend auf dem Stand der Bauvoranfrage. Dabei zeigte sich, dass nicht alle Bedürfnisse der unterschied. Nutzungsgruppen abgebildet werden konnten.

Es fehlten ausreichende Flächen für Foyer, Umkleiden, Technik- u. Nebenräume. Kostenschätzung ca. 42 Mio. € brutto.

Variante 2: Umbau im Bestand mit Einhaltung des Flächenprogramms u. der Nutzeranforderungen. Kostenschätzung ca. 47 Mio. € brutto.

Variante 3: Ersatzneubau auf dem Grundstück. Kostenschätzung ca. 47 Mio. € brutto.

Nach Abwägung aller Fakten hat der Rat die Umsetzung der Variante Ersatzneubau des HB Weidenau u. die Sanierung des HB Eiserfeld beschlossen.

Die zu beantragende Zuwendung kann als Projektförderung in Form der Anteilsfinanzierung (festgelegter prozentualer Anteil an den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben) als nicht rückzahlbarer Zuschuss bewilligt werden.

Der Bund fördert bis zu 45 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Entsprechend beträgt der aufzubringende kommunale Eigenanteil für die Stadt Siegen mindestens 55 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben.

Die Bewilligung ist auf einen Höchstbetrag begrenzt. Der Bundesanteil der Förderung soll in der Regel mindestens 1 Millionen betragen. Der Höchstbetrag der Förderung liegt bei 6 Millionen Euro. Das Projekt muss von der Stadt Siegen mitfinanziert werden.

Die genaue Förderhöhe legt der Haushaltsausschuss in seiner Auswahlentscheidung fest.

Die Finanzierung mit der zu beantragenden Förderung sieht dann voraussichtlich wie folgt aus:

Jahr	(1) Eigenmittel der Kommune	(2) Mittel unbeteiligter Dritter (z.B. Spenden)	(3) Bundesmittel (Zuwendung)	Bemessungsgrundlage der Zuwendung	(4) Mittel beteiligter Dritter	Summe	Bundesmittel – prozentualer Anteil	Eigenmittel – prozentualer Anteil
2024	825.000,00	0,00	675.000,00	1.500.000,00	0,00	1.500.000,00	45,00	55,00
2025	4.620.000,00	0,00	3.780.000,00	8.400.000,00	0,00	8.400.000,00	45,00	55,00
2026	6.855.000,00	0,00	1.545.000,00	8.400.000,00	0,00	8.400.000,00	18,00	82,00
2027	8.880.000,00	0,00	0,00	8.880.000,00	0,00	8.880.000,00	0,00	100,00
2028	13.570.000,00	0,00	0,00	13.570.000,00	0,00	13.570.000,00	0,00	100,00
<b>Gesamt</b>	<b>34.750.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>6.000.000,00</b>	<b>40.750.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>40.750.000,00</b>	<b>15,00</b>	<b>85,00</b>

Einsendeschluss für die 1. Phase des Förderaufrufes (das Interessensbekundungsverfahren) der Projektskizze ist der 15. September 2023. Da der Ratsbeschluss nachgereicht werden kann wurde die Projektskizze (Online-Kennung: 100645358) bereits versandt. Der Ratsbeschluss muss bis zum 06. Oktober nachgereicht werden.

Die Beantragung der Zuwendung (2. Phase des Förderaufrufes) kann nach Projektauswahl durch das BBSR eingereicht werden. Der Zuwendungsantrag umfasst insbesondere das Antragsformular, den Ausgaben- und Finanzierungsplan, den Ablauf- und Zeitplan sowie die entsprechenden Nachweise des kommunalen Finanzierungsanteils (Ratsbeschluss).

Finanzielle Auswirkungen    ☒ ja    ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
40.750.000,00€				

## Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode H080301100 Neubau HB Weidenau Sachkonto 7852000
---	--	-------------------------------	----------------------------------	---

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>          			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>          			

Im Auftrag

gez.

Peter Meyer  
Abteilungsleiter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

